



Da.Gegen.Red | Abschlussbroschüre

Ein Modellprojekt zur Stärkung im Umgang mit Hass im Netz

.....

“Wie kann man nur auf den Gedanken kommen, daß Menschen durch Briefe miteinander verkehren können! Man kann an einen fernen Menschen denken, und man kann einen nahen Menschen fassen, alles andere geht über Menschenkraft.”

Franz Kafka
1883 - 1924

Herausgeberinnen



Landesarbeitsgemeinschaft
Mobile Jugendarbeit/Streetwork
Baden-Württemberg e.V.

Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit / Streetwork Baden-Württemberg e. V.

FEX- Fachstelle Extremismusbekämpfung

Heilbronner Straße 180 ■ 70191 Stuttgart | Telefon: 0711 / 16 56 475
fex@demokratiezentrum-bw.de



Jugendstiftung Baden-Württemberg

Meldestelle respect!

Schlossstraße 23 ■ 74370 Sersheim | Telefon 0 70 42 / 83 17 47
info@demokratiezentrum-bw.de

Konzeption, Grafik und Redaktion: Mathieu Coquelin

Druck: Flyeralarm.de

Bildnachweis: Alle Bilder, sofern nicht anders ausgewiesen, von pixabay.com

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar.

Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/die Autorinnen die Verantwortung.

Gefördert durch



Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR SOZIALES UND INTEGRATION

und



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Das Demokratiezentrum wird gefördert vom Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
Einblicke in Da.Gegen.Red	6
Zahlen. Daten. Fakten	28
Grundlegende Informationen	30
Wir gegen die Anderen?	31
<i>Mathieu Coquelin und Stephan Ruhmannseder</i>	
Über den kommunikativen Notstand in den Sozialen Medien und den Einsatz für eine bessere Diskussionskultur	42
<i>Hannes Ley</i>	
„Das wird man wohl noch sagen dürfen“ vs. Grenzen der Meinungsfreiheit.	45
<i>Sina Laubenstein</i>	
Weiterführende Informationen	48
Verschwörungstheorien, Fake News, Hass und Gewalt	49
<i>Michael Butter</i>	
Genese einer Ideologie	55
<i>Vanessa Vu</i>	
Von Paulus bis Kant, von Böckel bis Gedeon.	61
<i>Armin Langer</i>	
Islam-/Muslimfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus	72
<i>Eren Güvercin und Engin Karahan</i>	
Die Spirale des Extremen	79
<i>Jens Ostwaldt</i>	
Die rechtsextreme Netzcommunity „Reconquista Germanica“ und ihre Verbindungen	86
<i>Leo Träumer</i>	

Vorwort

Simon Fregin | LAG Mobile



Liebe Leserinnen und Leser,

auch in Baden-Württemberg, einem eigentlich wohlhabenden Bundesland, leben junge Menschen unter schwierigen und prekären Lebensbedingungen. An diese wendet sich die Mobile Jugendarbeit.

Ein großer Teil von ihnen ist auf eine individuelle Unterstützung und Hilfe angewiesen, da sie oftmals weder in ausreichendem Maß auf ein stützendes Elternhaus zurückgreifen können, noch das Vertrauen in traditionelle Institutionen der Jugendhilfe besteht. Cliques und Szenen stellen für Jugendliche wesentliche Orte des sozialen Lebens und Lernens dar und dienen zur Identitätsbildung. Gegenseitig geben sie sich in der Gruppe Stabilität und helfen bei der Bewerkstelligung ihres Alltags. Zur Bewältigung ihrer Entwicklungsaufgaben benötigen diese jungen Menschen aber auch die Unterstützung durch verlässliche erwachsene Vertrauenspersonen.

Fachkräfte aus dem Arbeitsfeld der Mobilen Jugendarbeit verfügen über die notwendigen Kenntnisse und Erfahrungen, um jungen Menschen in ihren besonderen Lebenslagen zur Seite zu stehen. Die Arbeitsformen (Streetwork/ aufsuchende Arbeit; individuelle Unterstützung und Beratung, Angebote für Cliques und Gruppen; gemeinwesenorientierte Arbeit) sowie die akzeptierende Haltung der Mitarbeitenden gegenüber ihren Adressat*innen sind die Basis für tragfähige und vertrauensvolle Kontakte und Beziehungen zu diesen Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Mobile Jugendarbeit begleitet und unterstützt junge Menschen in ihrem Lebensalltag und entwickelt gemeinsam mit ihnen Wege, Schwierigkeiten erfolgreich zu bewältigen. Wenn Jugendliche Brüche, Verletzungen und Ablehnung erfahren haben und diese negativen Prägungen, Anerkennung und positive Selbstwertgefühle dominieren, benötigen sie Zeit und Vertrauen, um ihre eigenen Werte und Wege zu finden. Junge Menschen brauchen Vertrauen in ihre eigenen Fähigkeiten, die Sicherheit ernst genommen zu werden und Erwachsene, die ihnen etwas zutrauen und im besten Sinne Reibungsfläche bieten.

In sozialen Netzwerken und Medien können junge Menschen ähnliche Antworten auf ihre Themen und Problematiken finden. Diese bürgen jedoch oft auch die Gefahr manipulativ zu sein und fragwürdige Inhalte zu verbreiten. Der Sozialen Arbeit fehlt es hier noch an geeigneten Methoden.

Das Modellprojekt Da.Gegen.Redde bietet jungen Menschen die Gelegenheit, sich aktiv mit täglich in sozialen Medien Erlebtem auseinanderzusetzen. Gleichzeitig sensibilisiert es Fachkräfte für die Sichtweise junger Menschen auf soziale Netzwerke und zeigt mögliche Umgangsformen mit bedenklichen Inhalten und diskriminierenden Botschaften auf.

Im Namen der Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit / Streetwork Baden-Württemberg e. V. möchte ich mich bei allen beteiligten Kooperationspartner*innen bedanken, die Da.Gegen.Redde mitentwickelt, unterstützt und umgesetzt haben und wünsche nun eine gewinnbringende Lektüre dieser Abschlussbroschüre.



Simon Fregin

1. Vorsitzender
Landesarbeitsgemeinschaft
Mobile Jugendarbeit / Streetwork
Baden-Württemberg e. V.

Einblicke in Da.Gegen.Red

Ein Modellprojekt zur Stärkung im Umgang mit Hass im Netz

Ausgangssituation

Die Fachstelle Extremismuskonstanzierung (FEX) ist seit Mai 2015 in Baden-Württemberg zuständig für die im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ beschriebene Aufgabe der Distanzierungshilfe bzw. der Ausstiegsberatung. Gemeinsam mit anderen Fachstellen des Demokratiezentrum Baden-Württemberg (DZBW) wurde ein Konzept entwickelt, welches ideologieunabhängige Faktoren bei Radikalisierungsprozessen in den Vordergrund rückt und sich mit der Entwicklung von pädagogischen Handlungsansätzen beschäftigt.

In diesem Zusammenhang spielte und spielt die Auseinandersetzung mit den online verfügbaren Narrativen, Social-Media-Kanälen und Anwendungen eine gewichtige Rolle. Mit Gruppierungen wie beispielsweise der „Identitären Bewegung“ auf der politisch rechtsextremen Seite und Aktivistinnen und Akteuren wie der salafistischen „Al Muhajirin Media“ oder „Muslim Mainstream“ standen immer schon digitale Erscheinungsformen radikaler Ideologien und deren Agieren im Fokus der Aufmerksamkeit. Radikalen Ideologien und den mit ihnen einhergehenden Filterblasen muss selbstverständlich in sämtlichen extremistischen Spektren in geeigneter Weise begegnet werden.¹

Narrative extremistischer Gruppierungen in Reichweite eines Klicks

Im Bereich der Distanzierungshilfen sind Angebot und Nachfrage radikaler Ideologien, vor allem bezüglich der individuellen Deutung von relativen Deprivationssituationen, zentral². War es früher noch notwendig, dass sich die individuell wahrgenommene Unzufriedenheit durch lokale,

1 Frankenberger, Patrick, Flemming Ipsen, Julian Bollhöfner, Christina Seitz und Michael Wörner-Schappert. 2017. *Bericht. Rechtsextremismus im Netz*. Mainz: jugendschutz.net, 2018.

Frankenberger, Patrick, Ingrid Hofmann, Flemming Ipsen und Nava Zarian. 2017. *Bericht. Islamismus im Netz*. Mainz: jugendschutz.net, 2018.

2 Coquelin, Mathieu und Jens Ostwaldt. „Radikalisierung - Theoriemodelle für die Praxis.“ Forum Kriminalprävention, 2 2018: 10-13.

radikale Organisationen, Kameradschaften oder dschihadistische Moscheen instrumentalisierte, befindet sich heute in der Weite des Internets jede noch so fragwürdige Weltsicht samt dazugehörigem Netzwerk in Reichweite eines Klicks.

Das Internet hat die Welt und den Alltag jeder und jedes Einzelnen verändert. Betrachtet man allein die Entwicklung des Besitzes von internetfähigen Endgeräten, so zeigt sich, dass im Jahr 2014 bereits 88 % aller Jugendlichen zwischen 12 und 19 Jahren über Zugang zu einem Smartphone verfügen und 2017 mit 97 % fast von einer vollständigen Verfügbarkeit für nahezu alle Jugendlichen gesprochen werden kann.³

Soziale Netzwerke stellen aber nicht nur für Jugendliche einen wesentlichen Teil der Lebenswelt dar. Sie bieten vielfältige Möglichkeiten der Information, der Unterhaltung, des Austauschs und der Kommunikation sowie der Partizipation. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass im Vergleich zu 2015 in oben genannter Altersgruppe ein Zuwachs von 12 Prozentpunkten hinsichtlich des Interesses an Bundes- und Weltpolitik, 8 Prozentpunkten an aktuellem Weltgeschehen und mit 4 Prozentpunkten selbst an Lokalpolitik zu verzeichnen ist. Von der Gruppe derer, die am aktuellen Weltgeschehen interessiert sind, informieren sich 41 % im Internet.⁴

Zunehmende Professionalisierung radikaler Akteurinnen und Akteure

Kombiniert mit der Tatsache, dass die drei beliebtesten Angebote für diese Altersgruppe YouTube, WhatsApp und Instagram sind, ergibt sich eine Ausgangslage, in der Handeln

3 Medienpädagogischer Forschungsverband Südwest (mpfs). *JIM 2017. Jugend, Information, (Multi-) Media. Basisstudie zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger in Deutschland*. Stuttgart: Medienpädagogischer Forschungsverband Südwest, 2017: 8.

4 ebd. 17.



geboten scheint. Bedienen doch gerade auch die oben benannten Akteurinnen und Akteure aus der rechtsextremen und salafistischen Szene diese Kanäle sehr professionell, meist tagesaktuell und selten so, dass man deren ideologische Ausrichtung und Agenda direkt erkennt. Hinzu kommen eine allgemeine Zunahme und Erreichbarkeit von Fake News beziehungsweise unvollständiger, tendenziöser oder maximal vereinfachter Kontexte. Nicht nur für Jugendliche ist es nicht immer einfach, diesen Informationsfluss differenziert zu betrachten.⁵

Befördert durch die Algorithmen der Anbieter formen sich Filterblasen, die die wahrgenommene Realität der Userinnen und User gestalten. Diese Blasen oder auch Echo-kammern sind das Ergebnis selektierter Informationen. Nur wer durch die Stärkung von Medienkompetenz in der Lage ist, dies zu erkennen, kann entscheiden, ob sie oder er in die eigene Wahrnehmung der Realität nicht ändernd eingreifen möchte.

Wer verspricht hier eigentlich was?

*Ein Mensch kann zwar tun, was er will,
aber er kann nicht wollen, was er will.*

- Arthur Schopenhauer -

Bei einer solch komplexen, unsichtbaren, aber schnell erreichbaren und grenzenlosen Welt ist es wichtig, die Jugendlichen wie auch die erwachsenen Bezugspersonen über die Gefahren der Netzpropaganda der Extremisten aufzuklären. So wird auf verschiedenen Ebenen zum Hass, in Form von Gewalt, Ausgrenzung oder Benachteiligung, gegen andere aufgerufen. Gruppenbezogene Abwertungen finden hierbei ihren Weg auch in realweltliche Bezüge. Antisemitismus, Sexismus, Homophobie oder antimuslimischer Rassismus sind nur einige Kategorien, in denen Hassreden im Netz stattfinden. Mit der aktiven Umsetzung von Hassreden kann nicht nur für Jugendliche ein Prozess der sprachlichen Enthemmung und damit der Radikalisierung einhergehen.

.....
⁵ Medienpädagogischer Forschungsverband Südwest (mpfs). *JIM 2017. Jugend, Information, (Multi-) Media. Basisstudie zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger in Deutschland*. Stuttgart: Medienpädagogischer Forschungsverband Südwest, 2017: 32-33.

Frankenberger, Patrick, Ingrid Hofmann, Flemming Ipsen, und Nava Zarian. *2017 Bericht. Islamismus im Netz*. Mainz: jugendschutz.net, 2018.

Aus diesen Gründen bestätigt die Erfahrung aus der bisherigen Arbeit der Fachstelle auch die Ergebnisse einer Studie der Landesanstalt für Medien NRW aus dem Jahr 2018, nach der 78 % aller Befragten schon einmal Hassrede bzw. Hasskommentare im Netz gesehen haben (11 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr) und 10 % dies sogar sehr häufig beobachten. Für die Gruppe der 14- bis 24-Jährigen sind diese Werte noch einmal höher als im Durchschnitt. So geben hier 96 % an, bereits Hasskommentare wahrgenommen zu haben und 39 % haben den Eindruck, dass Hetze die Sachbeiträge überflügelt.⁶

Das grundlegende Konzept

.....

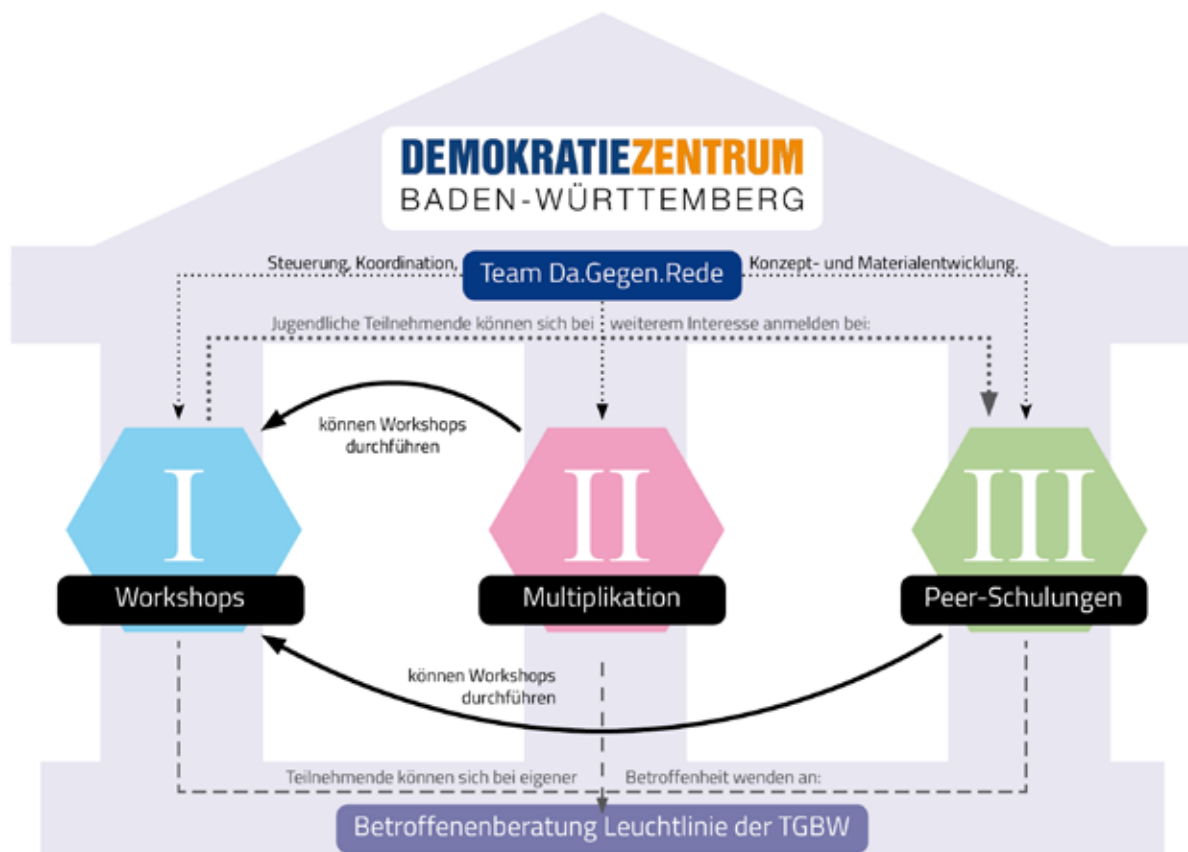
Das Modellprojekt fußte im Kern auf drei Säulen, welche während der Projektlaufzeit fortlaufend weiterentwickelt wurden. Das grundlegende Ziel war es, möglichst viele Menschen für die Thematik zu sensibilisieren, die Relevanz stattfindender Diskurse zu analysieren und auf unterschiedlichen Ebenen Möglichkeiten der Gegenrede zu thematisieren. Dies alles natürlich verbunden mit dem Aufzeigen von Meldewegen und weiterführenden Anlaufstellen im Netz bzw. Angeboten des DZBW.

Diesen Zielaspekten lag ein wichtiger Gedanke zugrunde. Wie lässt sich die Bearbeitung des Themas nachhaltig in die Breite bringen? Denn niemand aus dem Projektteam ging ernsthaft davon aus, dass die Notwendigkeit sich diesem Phänomen zu widmen, nach 2019 obsolet werden wird.

Im Zuge dessen galt es zu vermeiden, dass Einrichtungen wie Schulen oder Jugendhäuser in ganz Baden-Württemberg perspektivisch auf die Expertise und zeitlich limitierten Projektmittel aus Stuttgart angewiesen sind.

Aus dieser komplexen Aufgabenstellung heraus entstanden die drei in unterschiedlicher Art und Weise miteinander kombinierbaren Säulen.

.....
⁶ Forsa. *Ergebnisbericht Hassrede. Ergebnisbericht*, Düsseldorf: Landesanstalt für Medien NRW, 2018.



Sensibilisierungsworkshops

Dieses Format bildet den eigentlichen Kern des Modellprojekts und richtet sich primär an Jugendliche und junge Erwachsene. Die Teilnehmenden werden für Hass im Netz sensibilisiert und durch das Aufzeigen von Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit Hate Speech gestärkt. Es geht um das Erkennen von pauschalen Abwertungen, das Aufzeigen von Möglichkeiten der Meldewege und praktikable Gegenstrategien.

Das Format besteht aus einem bildnerischen Anteil, mit dem Ziel, die wesentlichen Begriffe im Themenfeld zu besprechen und, wo möglich, zu definieren (Hate Speech, Fake News, Filterblasen, Algorithmen etc.), einer Vergruppungsübung und Arbeitsphasen zur Erprobung von Gegenstrategien an aktuellen Beispielen von Hassreden aus unterschiedlichen Phänomenbereichen (Rassismus, Antisemitismus, Sexismus etc.).

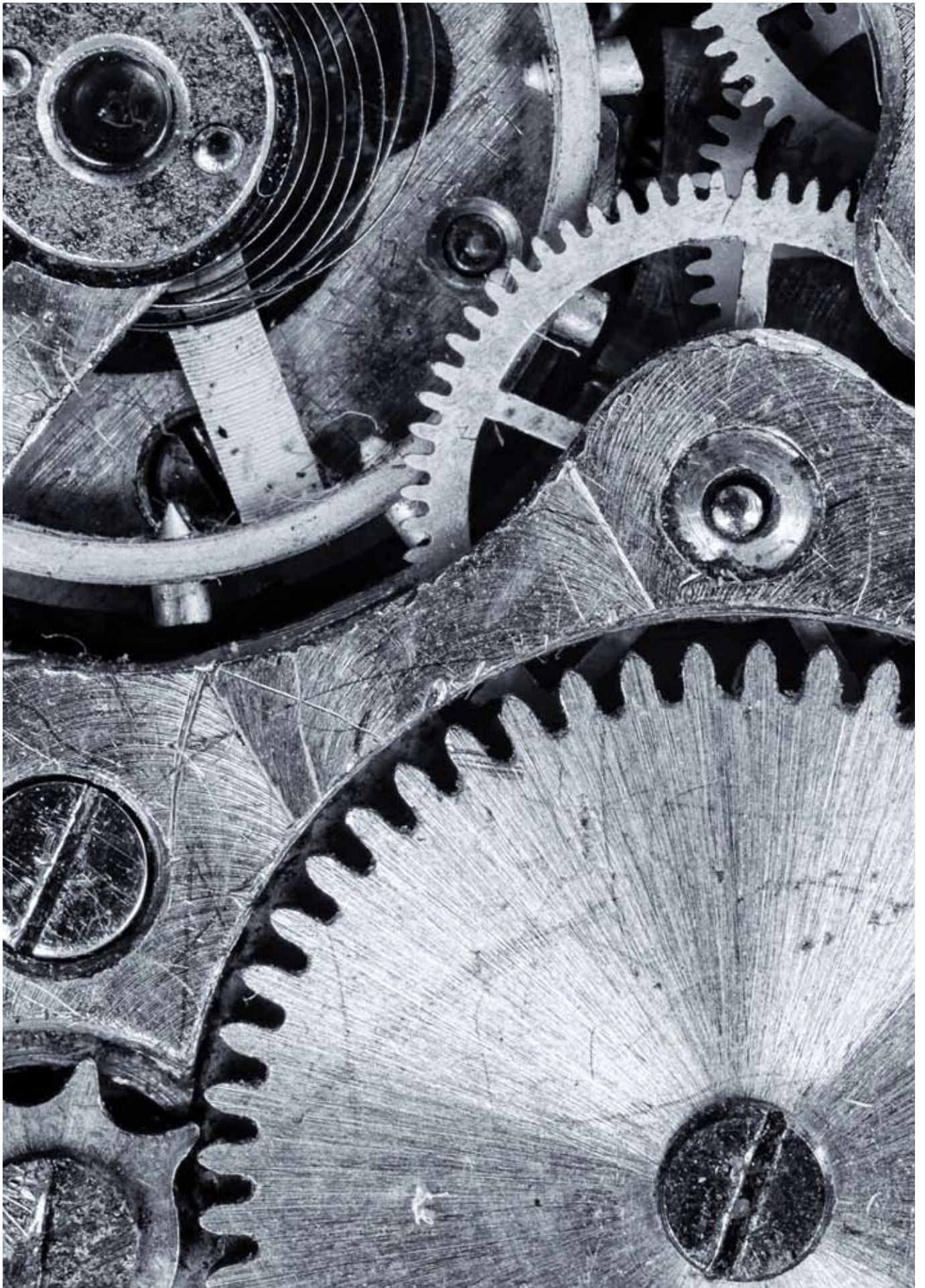
Hierbei ist es wichtig, dass die Teilnehmenden in einem zeitlichen Setting von 2 bis 3 Stunden grundlegend sensibilisiert werden und ihnen niedrighwellige Gegenstrategien aufgezeigt werden. In aller Regel steht hierbei die Erstellung von Memes oder die Möglichkeit, positive Kommentare gegenseitig zu liken, im Fokus.

Workshops für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren

Das oben beschriebene Format wurde - und das ist die Pointe für die Implementierung in ein Flächenland wie Baden-Württemberg - nicht direkt von den Mitarbeitenden des Projektteams umgesetzt, sondern über ein Qualifikationsformat für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.

Die Teilnehmenden dieses Formats wurden ebenfalls für Hass im Netz sensibilisiert und durch das Aufzeigen von Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit Hate Speech gestärkt. Es ging aber, neben dem Erkennen und den Möglichkeiten der Meldewege und der Gegenstrategien, auch darum, die Teilnehmenden zu befähigen, selbst Workshops mit Jugendlichen durchzuführen, um Sensibilisierungsschwerpunkte im Themenfeld zu setzen.

Somit war eine der zentralen Aufgaben des Projektteams, Arbeitsmaterialien zu erstellen und die zu thematisierenden Inhalte so vorzubereiten, dass diese auch für Personen ohne dezidiertes Wissen im Themenfeld umsetzbar sind.



Konkret bedeutete dies, dass bei Anfragen von Schulen oder anderen Einrichtungen nach Sensibilisierungsworkshops für Jugendliche, immer angestrebt wurde, Multiplikationsschulungen im Vorfeld zu organisieren. Damit es eben nicht bei einer einmaligen Umsetzung für einen kleinen ausgewählten Kreis an Teilnehmenden bleibt, sondern methodisch-didaktisches Rüstzeug bereitgestellt wurde, mit dem auch nach dem Projekt noch nachhaltig zum Thema gearbeitet werden kann.

Peer-Schulungen

Das Highlight im Modellprojekt stellt sicherlich der Peer-Ansatz dar. Hierbei ging es darum, besonders engagierte und interessierte junge Menschen in einem zwei- bis dreitägigen Block gezielt zu ausgewählten Phänomenbereichen zu informieren und ihnen das Rüstzeug mitzugeben, dieses Wissen an andere Jugendliche weiterzugeben.

Es ging hier bewusst nicht ausschließlich um die Stärkung im Sinne niedrigschwelliger Gegenstrategien, sondern um die inhaltliche Auseinandersetzung mit pauschalen gruppenbezogenen Abwertungen. Die Jugendgruppen hierfür wurden vor allem über die etablierten Netzwerke des DZBW gewonnen. Die Jugendlichen erhielten die Möglichkeit, aus verschiedenen Schwerpunkten selbst auszuwählen, mit welchem Thema sie sich auseinandersetzen möchten. Auch hinsichtlich der Referierenden wurde den Teilnehmenden ein Mitspracherecht eingeräumt.

Folgende Themenbereiche wurden in der Projektlaufzeit angeboten:

- ✓ Rassismus | antimuslimischer Rassismus
- ✓ Rechtsextremismus
- ✓ Extremismus allgemein⁷
- ✓ Antisemitismus

.....
7 Der aus Bundes- und Landesmitteln finanzierte Trägerverbund Demokratiezentrum Baden-Württemberg verfolgt im Bereich der Extremismusprävention einen grundsätzlich merkmalsübergreifenden Ansatz. Dieser schließt die Auseinandersetzung mit extremistischen Standpunkten jeglicher Couleur eindeutig mit ein.

Hatten die Jugendlichen sich für ein Thema entschieden, organisierte das Modellprojekt in Abstimmung mit der Gruppe eine Referentin oder einen Referenten mit Expertise im Themenfeld. Diese bekamen vor der Schulung vom Team Da.Gegen.Rede aktuelle Beispiele für phänomenbezogene Inhalte, die über die Meldestelle respect! eingegangen waren.

Der erste Tag gehörte nun den Referierenden, mit der Aufgabe, ihren Inhalt so aufzubauen, dass die Teilnehmenden die im Diskurs relevantesten Facetten der jeweiligen gruppenbezogenen Abwertung erkennen und benennen und inhaltlich darauf reagieren können.

Fachbezogene Expertise aus unterschiedlichen Themengebieten

Am zweiten Tag wurden die Teilnehmenden durch die Mitarbeitenden des Modellprojekts für Hass im Netz grundlegend sensibilisiert. Hier ging es neben dem Erkennen und den Möglichkeiten der Meldewege nun vor allem darum, in den Arbeitsphasen auf die phänomenbezogenen Beispiele der Meldestelle inhaltliche Gegenreden zu formulieren.

Dadurch wurden sie selbst zu Expertinnen und Experten im Themenfeld Hate Speech und können in ihrem alltäglichen Umfeld andere zur Gegenrede motivieren. Einige Teilnehmende, die dieses Format mitgemacht hatten, boten im Nachgang selbst Workshops zur Sensibilisierung an oder nahmen vereinzelt an weiteren Qualifikationsformaten des DZBW teil.

Nähere Informationen hierzu in dem Bericht einer Teilnehmerin in dieser Broschüre.⁸

.....
8 Siehe Text von Şenay Mercan ab Seite 18



Säulenübergreifende Ziele

Über alle Formate hinweg standen diese Aspekte im Vordergrund:

- ✓ Stärkung der Medienkompetenz, um zu erkennen, ob die individuell erlebte Deprivation real ist oder Resultat von Fake News, welche radikale Akteurinnen und Akteure mit genau der Intention streuen, Ängste zu schüren.
- ✓ Erkennen von radikalen Akteurinnen und Akteuren und deren Narrative.
- ✓ Erklären und erfahrbar machen der Wirkweisen von Algorithmen, um Filterblasen und deren Auswirkungen bewusst zu machen.
- ✓ Vermittlung von Handlungskompetenzen im Umgang mit einer sich verschärfenden Diskussions- und Streitkultur.
- ✓ Stärkung von Empathie und grundlegenden Formen der gesitteten, aber dennoch streitbaren Konversation.

Soweit zur Theorie...

.....

Ist man in kleinen Dingen nicht geduldig, bringt man die großen Vorhaben zum Scheitern.

- Konfuzius -

Mit dem Modellprojekt wurde über die Laufzeit eine breite Palette an Adressatinnen und Adressaten erreicht. Diese reichte von Jugendlichen, jungen Erwachsenen über Fachkräfte und ehrenamtlich Tätige aus der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit bis hin zu einer sogenannten Ü70-Gruppe an der Stuttgarter Volkshochschule.

Einblicke in die Praxis

Nachdem das Projekt Ende 2017 startete, waren die ersten Herausforderungen die zeitnahe Erstellung der Arbeitsmaterialien, die Strukturierung der einzelnen Bausteine und die Auswahl an methodischer Didaktik zur optimalen Wissensvermittlung für die unterschiedlichen Zielgruppen.

Durch die vielfältige Expertise der am Modellprojekt beteiligten Akteurinnen und Akteure konnte hier auf solide Vorerfahrungen und Erkenntnisse aufgebaut werden. Somit gelang es bereits im Jahr 2017, mit Ausnahme der Peer-Schulungen, alle Formate in der Praxis anzubieten.

Allerdings zeigten sich, gerade durch die geballte Expertise innerhalb des DZBW und den damit verbundenen inhaltlichen Ansprüchen, auch schnell ein paar Divergenzen zwischen den theoretischen Überlegungen innerhalb der Konzeption und deren praktischer Umsetzung.

Handlungsleitender Anspruch war, dass die Formate von den an den Multiplikationsformaten Teilnehmenden auch ohne große inhaltliche Vorkenntnisse reproduziert werden können. Doch die ersten Qualifikationsformate zeigten, dass es zwar durchweg positive Rückmeldungen der Teilnehmenden zu den Inhalten und der generellen Stoßrichtung des Workshops gab, es sich aber nur ein geringer Teil von ihnen auch zutraute, die Formate später eigenständig anzubieten. Der überwiegende Teil gab hingegen an, dass es eine gute Veranstaltung zur Sensibilisierung zum Thema gewesen sei, die den Anspruch einer Multiplikationsschulung aber noch verfehlt habe.

Die Gründe hierfür waren vielschichtiger Natur. Manche Teilnehmende merkten an, dass die Formate zu sehr auf fachspezifischen Termini (Clickbait, Filterblase etc.) oder Zusammenhängen (z. B. Funktionsweise von Algorithmen) gründeten, die ihnen nicht geläufig oder gar so vertraut wären, dass sie über diese nach einmaligem Input selbst referieren könnten. Andere gaben an, dass mitunter die Themendichte zu breit angelegt sei, um sie im Nachgang

mit Jugendlichen innerhalb des zeitlichen Rahmens, den gerade die Institution Schule für solche Settings zur Verfügung stellt, sinnvoll abzuarbeiten. Wieder andere wiesen darauf hin, dass so manche analytische Trennschärfe einzelner Begriffe in der Praxis nicht nur schwer zu vermitteln, sondern auch eher von nachrangiger Bedeutung sei (z. B. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit) und das Format durch die Dichte an Inhalten kaum Raum für Diskussionen und andere Formen der Interaktion lasse.

Somit wurde der Segen, viel Expertise zu haben und diese auch unterbringen zu wollen, zum Fluch in der praktikablen Reproduktion.

Ein weiterer Grund, der das Projektteam zum Handeln und Überdenken der zu vermittelnden Inhalte bewegte, war die Tatsache, dass gerade die Multiplikationsformate zunächst als ganztägiges Format gedacht waren und nur von den wenigsten anfragenden Institutionen in diesem Umfang angeboten werden konnten.





Aus Alt mach Neu

Wenn ich mein Leben noch einmal leben könnte, würde ich die gleichen Fehler machen. Aber ein bisschen früher, damit ich mehr davon habe.

- Marlene Dietrich -

Zwischenfazit

•••••

Zwischen Können und Tun liegt ein Meer und auf seinem Grunde gar oft die gescheiterte Willenskraft.

- Marie von Ebner-Eschenbach -

Doch der Reihe nach. Zunächst lag der Fokus sehr breit auf dem Thema und orientierte sich an damaligen Handlungsempfehlungen relevanter Akteurinnen und Akteure im Themenfeld:

- ✓ Thematisieren von stereotypen Zuschreibungen;
- ✓ Definitionsentwürfen zum Phänomen Hate Speech in besonderer Abgrenzung zu Begriffen wie (Cyber-)Mobbing;
- ✓ Skizzierung des Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit;
- ✓ Definitionen zu benachbarten und themenfeldrelevanten Begriffen wie Fake News, Filterblasen, Echokammern, Algorithmen;
- ✓ Formen von Hate Speech;
- ✓ Strategien der Hassenden einerseits (Themenhopping, Whataboutism, Tarnung als Humor etc.)
- ✓ und Gegenstrategien andererseits. (Ignorieren, Argumentieren, Moderieren, Distanzieren etc.)

Was sich bis hier wie eine Form des Scheiterns liest, stellte für das Projektteam genau den Charme eines Modellprojekts dar. Nämlich mit Ideen zu starten, diese im Feld zu erproben, Rückmeldungen ernst zu nehmen und auch dazu bereit sein, am Reißbrett erdachte Konzepte im Prozess und vor allem in den Prozessen neu zu denken.

Da viele der Anfragen zu Angeboten aus Da.Gegen.Redde aus dem Kontext Schule kamen, nutzte das Projektteam eine der sich bietenden nachfragearmen Phasen - auch bekannt als Schulferien -, um die bisherigen Formate einer gründlichen Revision zu unterziehen.

Hierzu gab es zunächst eine Neuausrichtung der bisherigen Inhalte, vor allem unter Berücksichtigung der realistisch verfügbaren zeitlichen Rahmungen, sowohl bezogen auf die Sensibilisierungs- als auch die Multiplikationsformate. Das Peer-Format blieb hiervon zunächst ausgenommen, da durch die Durchführung als Block am Wochenende bislang stets ausreichend Zeit für die Vermittlung der Inhalte zur Verfügung stand.

Die Ergebnisse der Neustrukturierung waren ein Rekurs auf die wesentlichen und relevantesten Aspekte eines Workshops, der Menschen dazu anregen soll:

- ✓ Hate Speech nicht nur zu erkennen,
- ✓ sondern dieser auch zu begegnen
- ✓ bzw. Wissen über Meldeplattformen zu vermitteln

und die Notwendigkeit zur Diskussion stellt, zu reagieren.

Das Ergebnis der damaligen Überlegungen findet sich in den seit Mitte 2018 überarbeiteten und zum Abschluss des Projekts soweit final elaborierten Materialien, welche im Nachgang an Multiplikationsqualifikationen über die Homepage des DZBW abgerufen werden können.

Ein paar ausgewählte Neuerungen sollen an dieser Stelle kurz skizziert werden. Hate Speech wird nicht mehr allgemeingültig definiert, sondern es wird auf aktuell stattfindende Definitionsdiskurse verwiesen. Als Definitionsgrundlage für den Workshop wird folgende Formulierung gesetzt:

Menschen werden nicht aufgrund ihrer Individualität abgewertet, sondern über ihre Zugehörigkeit zu bestimmten sozial konstruierten Gruppen.

Damit einher, geht dann eben auch die analytische Trennung von (Cyber-)Mobbing. Wobei deutlich gemacht wird, dass diese Differenzierung rein analytischer Art ist und es für Betroffene emotional keine Rolle spielt, ob eine Abwertung individuell oder über die Gruppenzugehörigkeit erfolgt. Allerdings ergeben sich aus dieser Betrachtung unterschiedliche pädagogische Herangehensweisen in der Stärkung der Betroffenen.

Der Workshop legt ein Augenmerk darauf, warum sich Vorurteile so hartnäckig halten und skaliert auf der Grundlage verschiedener Beispiele (Wahlplakate, Witze, Memes von verschiedenen Plattformen etc.) deren potenzielle Problematik und gesellschaftliche Bedeutung bis hin zur klaren Grenze der strafrechtlichen Relevanz.

Außerdem wurde der Rückmeldung Rechnung getragen, dass das Format in Summe zu sehr frontal und zu wenig interaktiv angelegt war. Eine anschließende Übung macht Vergruppungsprozesse erlebbar und ermöglicht über verschiedene ausgearbeitete Reflexionsfolien Diskussionen über Stereotype im Allgemeinen.

Die Arbeitsmaterialien wurden dezidiert in zwei Versionen erstellt. In einer Basisvariante, mit Raum für Diskussionen und einer eher grundlegenden Sensibilisierung für die gesellschaftliche Relevanz von Fake News sowie der Vorstellung von Methoden zu deren Thematisierung, im Umfang von zwei bis drei Schulstunden. Und einer Kürvariante, mit einer ausgiebigen Arbeitsphase zu ausgewählten Beispielen, in der die Gruppe selbst Möglichkeiten der Reaktion erarbeiten soll, im zeitlichen Rahmen von vier bis sechs Schulstunden.

Volltreffer

Erfolg ist ein großartiges Deodorant.

Es entfernt alle Gerüche der Vergangenheit.

- Elizabeth Taylor -

Gab es bezogen auf die Multiplikationsformate doch einiges an Nachjustierungen, folgte die Realität in Bezug auf den Peer-Ansatz den konzeptionellen Überlegungen und erwies sich als besonders gewinnbringend.

Den Auftakt gab es im ersten Quartal 2018. Gemeinsam mit einer Jugendgruppe des Landesjugendverbands Baden der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB) konnte unter Mitwirkung des Berliner Autors Armin Langer eine Einheit zum Thema Antisemitismus umgesetzt werden. Ein Zitat eines Teilnehmenden fasst die Einheit recht gut zusammen:

„Zum einen war mir zuerst gar nicht so richtig klar, dass es bei dem Thema Antisemitismus um Juden geht, da ich nur wegen einem Freund mitgekommen bin. Ich stellte dann aber doch recht schnell fest, dass ich selbst so einige Vorurteile gegenüber Juden hatte und kann jetzt nach dem Wochenende sagen, dass ich die Dinge hier mittlerweile anders bewerte.“

Ein anderes Zitat verdeutlicht einen der wesentlichen Ansatzpunkte des gesamten Projektkonzepts, nämlich den der Stärkung der Empathie durch die Ermöglichung von Perspektivwechseln:

„Als wir uns so mit den Äußerungen der Antisemiten aus der Jahrhundertwende auseinandergesetzt haben und deren Texte lasen, fiel einem schon auf, wie vieles den antimuslimischen Vorurteilen und Erzählmustern von heute ähnelt.“

Gerade aus dieser Jugendgruppe heraus gelang ein weiterer Synergieeffekt durch die enge Anbindung an das DZBW. Zwei der Jugendlichen haben sich direkt im Nachgang an die Peer-Schulung für weitere Ausbildungen zu Multiplikatorinnen bzw. Multiplikatoren angemeldet und gemeinsam mit Honorarkräften des DZBW bereits erfolgreich Workshops zu Rassismus in ihren Gemeinden umgesetzt.

Weitere Einblicke zu den Peer-Ansätzen sollen nicht aus der Perspektive der Projektverantwortlichen erfolgen, sondern aus Sicht einer Teilnehmerin.⁹

Zielerreichung

••••••••

Über eigene Veranstaltungen des DZBW und durch Kooperationen mit dem Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS), den regionalen Demokratiezentren und Vertreterinnen und Vertretern der Verbandslandschaft konnten eine Vielzahl an Workshops für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren umgesetzt werden.

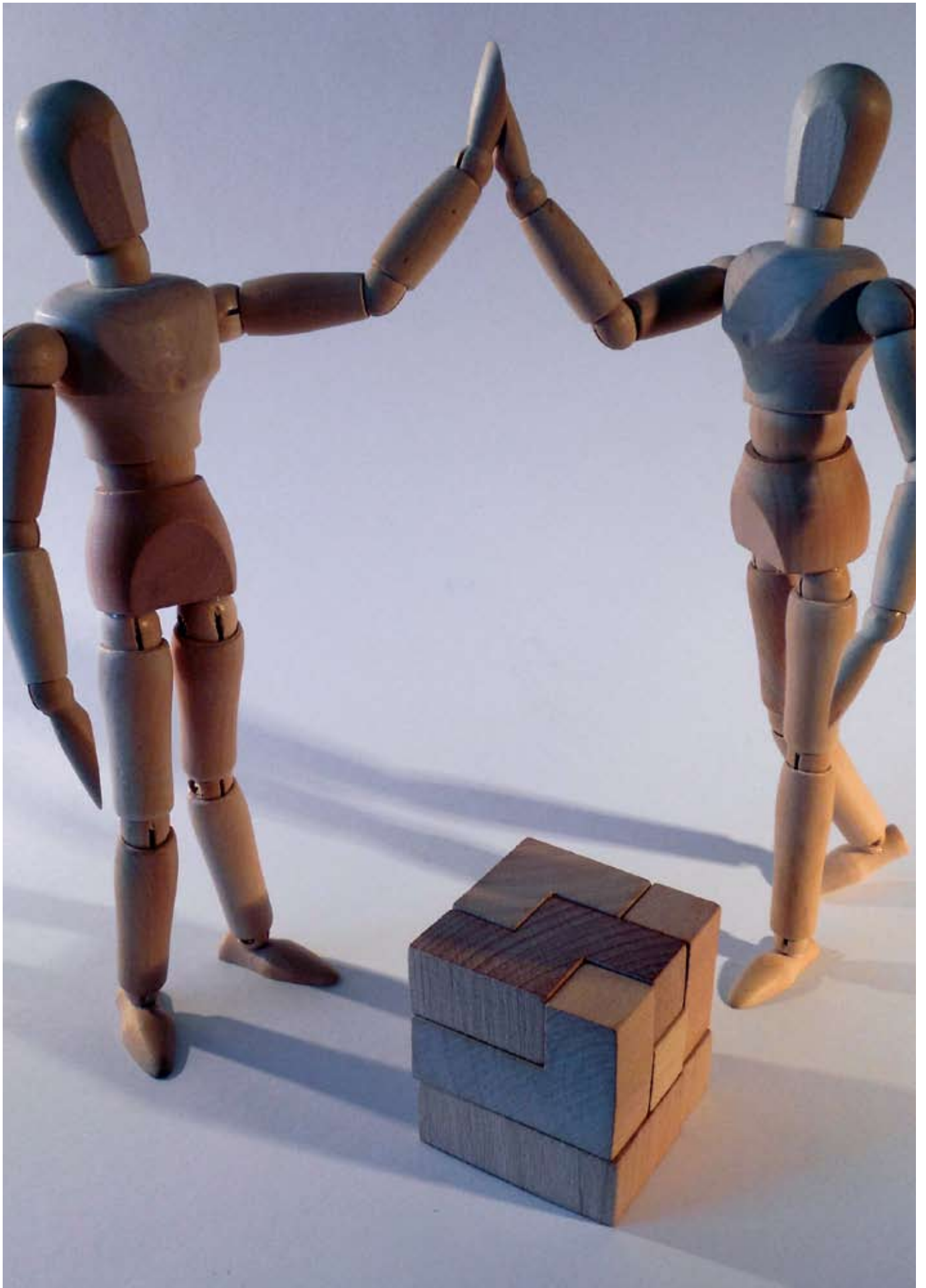
Hinsichtlich der Sensibilisierungsworkshops hat sich gezeigt, dass das grundlegende Konzept, nach der Überarbeitung bezogen auf die methodische Didaktik und die zeitliche Rahmung, für eine breite Altersspanne funktioniert (wie oben erwähnt gab es eine Umsetzung mit einer Ü70-Gruppe an der VHS Stuttgart), allerdings mit unterschiedlichen Beispielen gearbeitet werden muss. Bislang gab es Umsetzungen von der 5. bis zur 11. Klasse, von Werkrealschulen über Berufsschulen bis hin zu Gymnasien, Bundesfreiwilligendiensten und Studierendengruppen.

Reflexion, Medienkompetenz und Perspektivwechsel

Ebenfalls lässt sich jetzt schon festhalten, dass, neben einem Basiswissen über die Funktionsweisen der Sozialen Plattformen und die verwendeten Begrifflichkeiten sowie einer gewissen Medienaffinität, vor allem ein gewisses pädagogisches Handwerkszeug ausschlaggebende Voraussetzung ist. Dies vor allem, da das Format darauf setzt, gemeinsam mit der Gruppe im realweltlichen Kontext virtuelle Inhalte zu besprechen und zu reflektieren. Gerade bei der Bearbeitung von sensiblen Themen, bei denen einzelne Anwesende exponiert werden können, bedarf es eines Fingerspitzengefühls für die jeweiligen Situationen, die nicht nach Schema F ablaufen. Aus diesem Grund war auch recht schnell klar, dass neben den über das Land verteilten Schulungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ein Format angeboten werden muss, in dem sich die umsetzenden Personen über Erfahrungen austauschen können und somit auch die Möglichkeit haben, gemeinsam an der Weiterentwicklung der Inhalte und Methoden zu partizipieren.

Dies war allerdings allein mit den im Rahmen des Modellprojekts zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht leistbar und muss perspektivisch zentral über das DZBW erfolgen, da das Konzept der Multiplikation sich ja nicht auf das Thema Hate Speech beschränkt, sondern der Gedanke der Nachhaltigkeit bei der Entwicklung von Formaten auch in anderen Modulen des DZBW handlungsleitend ist (Rassismus, Demokratiebildung etc.).

.....
9 Siehe Text von Şenay Mercan ab Seite 18



Nur gemeinsam sind wir stark!

.....

Wenn wir die Menschen nur nehmen, wie sie sind, so machen wir sie schlechter; wenn wir sie behandeln, als wären sie, was sie sein sollten, so bringen wir sie dahin, wohin sie zu bringen sind.

- Johann Wolfgang von Goethe -

Das Modellprojekt wurde als Kooperation dreier Trägerinnen des DZBW umgesetzt und war mit seinen oben näher beschriebenen Formaten für die Dauer der Projektlaufzeit bis Ende 2019 über das reguläre Angebotsportfolio des DZBW (www.demokratiezentrum-bw.de/angebote) abrufbar. **Da.Gegen.Red**e wurde gefördert durch das **Bundesprogramm „Demokratie leben!“** des **Bundesfamilienministeriums** und das **Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg**.

Die Federführung und der Impuls für die Antragstellung zur Förderung gingen von FEX unter Trägerschaft der **Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork Baden-Württemberg e. V.** aus.

Meldestelle respect!

Die **Jugendstiftung Baden-Württemberg** - so wie alle weiteren Partnerinnen fester Bestandteil des DZBW - stellte in diesem Antrag eine wichtige Akteurin dar, da sie durch die im Jahr 2017 geschaffene **Meldestelle respect!** ein bundesweites Novum etablieren konnte. Die Meldestelle funktioniert im Sinne einer Clearingstelle, an die Userinnen und User Hasskommentare melden können. Das Team von **respect!** prüft anschließend, ob bei den Inhalten Gesetze verletzt wurden. Handelt es sich um strafrechtlich relevante Officialdelikte, wie beispielsweise Volksverhetzung, so erstattet die Meldestelle nach Beweissicherung selbst Anzeige, meldet dem Plattformbetreiber die Einträge und fordert deren Löschung. In Fällen von Beleidigung, übler Nachrede und/oder Verleumdung werden Betroffene unterstützt und an weiterführende Institutionen verwiesen. Die meldenden Userinnen und User können über ein Ticketsystem zu jedem Zeitpunkt den Stand ihrer Meldung überprüfen und so transparent den Verlauf verfolgen.

DEMOKRATIEZENTRUM
BADEN-WÜRTTEMBERG

Hass
online
melden!

Die **Meldestelle respect!** wendet sich an alle, die im Netz auf Hasskommentare stoßen und etwas dagegen tun möchten.

Das geht ganz einfach: **Meldebutton** drücken, **Meldemaske** ausfüllen und **abschicken!**

respect.demokratiezentrum-bw.de

Für alle, die von rechter Gewalt betroffen sind oder Zeugin und Zeuge einer solchen Tat werden, gibt es jetzt in Baden-Württemberg die Beratungs- und Anlaufstellen **LEUCHTLINIE!**

Wir beraten anonym, kostenlos, vertraulich – auch in Deiner Nähe.

Beratung und Auskunft:
0711 / 888 999 33

E-Mail: kontakt@leuchtlinie.de
www.leuchtlinie.de

LEUCHTLINIE
Beratung für Betroffene von rechter Gewalt
in Baden-Württemberg

Du bist **betroffen**
von rechter Gewalt?



Die Aufgaben der Meldestelle und des Modellprojekts greifen somit in verschiedener Art und Weise sehr gewinnbringend ineinander. Mittels aktueller Meldungen an respect! lassen sich die Inhalte der Workshops von **Da.Gegen.Red** stets nah am Zeitgeschehen abbilden. Über die gemeldeten Inhalte und die gesammelte Erfahrung kann ein realistisches Bild vermittelt werden, für welche Inhalte bei einer Anzeige Aussichten auf gerichtlichen Erfolg bestehen und wie sich ein Diskurs in welchen Phänomenbereichen aktuell entwickelt. Darüber hinaus kann die Meldestelle als Institution selbst durch die auch nach dem Modellprojekt angebotenen Workshops und Schulungen beworben werden und mit steigender Bekanntheit mehr Meldungen bearbeiten. Zu guter Letzt können Betroffene, die sich an die Meldestelle wenden und sich selbst im Netz engagieren wollen, auf die im Modellprojekt entwickelten Angebote verwiesen werden.

Die Betroffenenperspektive und die Gefahr selbst in den Fokus zu geraten

Das Modellprojekt **Da.Gegen.Red** hat sich zum Ziel gesetzt, Jugendliche und junge Erwachsene darin zu (be-)stärken, sich gegen Hass im Netz zu positionieren. Dies ist ein Engagement, das nahezu immer mit zusätzlicher Exposition einhergeht und gerade dadurch Anfeindungen hervorrufen kann.

In allen Formaten des Modellprojekts auf ein passendes Beratungsangebot hinzuweisen, war dahert essentiell, um die Teilnehmenden im Nachgang nicht mit eventuell auftretenden Anfeindungen alleinzulassen: Die Fach- und Beratungsstelle LEUCHTLINIE begleitet und betreut Betroffene von rechter Gewalt. Trägerin der DZBW-Fachstelle LEUCHTLINIE ist die **Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e.V. (tgbw)**.

Über den LEUCHTLINIE-Beirat bestehen Kontaktmöglichkeiten zu Akteuren, Akteurinnen und Institutionen aus weiteren zivilgesellschaftlichen Bereichen und Betroffengruppen.

Ein Wochenende mit Da.Gegen.Red

Ein Bericht aus Sicht einer Teilnehmenden



„Nicht das Kopftuch ist es, was mich unterdrückt, sondern der Teil der Gesellschaft, welcher mir nichts zutrauen möchte.“

- Şenay Mercan -

Mein Name ist Şenay Mercan und ich bin 22 Jahre alt.

Zunächst habe ich ein Sozialwirtschaftliches Gymnasium besucht und nach dem Abitur für ein Jahr als Stellvertretung die Filialleitung für zwei Modegeschäfte unterstützt.

Seit dem Oktober 2018 studiere ich den dualen Studiengang Sozialwirtschaft mit dem Studienschwerpunkt Kinder- und Jugendhilfe an der Dualen Hochschule Villingen-Schwenningen. Meine duale Partnerin ist eine interkulturelle Kindertagesstätte. Mit dem Studium verfolge ich das Ziel, mich zunehmend mehr für die soziale Gerechtigkeit einsetzen zu können.

Außerdem bin ich im Jugendvorstand unserer Moscheegemeinde und setze mich dort aktiv für eine fördernde Jugendarbeit ein.

In meiner Freizeit pflege ich es, regelmäßig Sport zu machen.

Welcher junge Mensch würde sich nicht freuen im Freundeskreis ein aufregendes Wochenende im französischen Strasbourg verbringen zu dürfen.

Über dieses (mal etwas andere) Wochenende gemeinsam mit dem Demokratiezentrum Baden Württemberg, möchte ich meine gesammelten Erfahrungen und Erlebnisse teilen.

Tag 1

Begrüßung mal ganz anders.

Sei es aus der Schule, dem Studium oder vom Arbeitsplatz - alle kennen diese Situationen von Vorstellungsrunden, in welchen reihum aufgefordert wird, sich vom Sitzplatz zu erheben und den Namen, das Alter und vielleicht sogar ein Hobby zu nennen.

Dadurch, dass ein Großteil der Jugendlichen sich untereinander oft noch nicht kennt, ist die Vorstellungsrunde für einige unangenehm und lässt die Betroffenen nervös werden. Die inneren Zustände brodeln insgeheim auf „Was soll ich über mich erzählen?“, denn niemand möchte etwas Unangebrachtes oder Uncooles sagen.

Mit dem Demokratiezentrum Baden Württemberg lief das Geschehen an diesem Wochenende dagegen etwas anders ab, denn vorab mussten einige sehr wichtige Glaubensfragen geklärt werden: Ananas auf der Pizza oder nicht, Playstation oder Xbox? Durch die unerwarteten und trotzdem amüsanten Fragen wurden die ersten Barrieren umgehend gelöst und es konnte mit viel Gelächter und Vorfreude losgehen.



Der Einstieg in das Programm

.....

Die Akteure

Nach dem abwechslungsreichen Start wurde uns neben dem Ablaufplan und der Organisation das Modellprojekt Da.Gegen.Redde und das Demokratiezentrum Baden Württemberg vorgestellt.

Die Referierenden sind uns gegenüber sehr offen und authentisch aufgetreten, vor allem waren sie bunt und für mich dadurch geeignet, um diese Thematik repräsentativ verkörpern zu können. Eine Derya Şahan, mit ihrem charakterstarken Auftreten, ein Mathieu Coquelin, mit seinen bunten Tattoos, Hemd und den Lackschuhen, ein Stephan Ruhmannseder mit seiner sehr lässigen Ausstrahlung, aber auch ein Armin Langer, mit seinen Erfahrungsberichten und seinem beeindruckenden Werdegang, machten das Erscheinungsbild komplett.

Wobei, ein elementarer Faktor fehlt noch: die Gruppe.

Aus den verschiedensten Regionen Baden-Württembergs sind ca. 30 muslimische Jugendliche angereist. Von dem spannenden Projekt haben wir durch die Moscheegemeinden erfahren, welche das Ziel verfolgen, aktive Jugendliche für ein demokratisches Miteinander zu schulen und zu sensibilisieren. Nicht nur das Thema Hate Speech und insbesondere Hate Speech in der virtuellen Welt des Internets, sondern auch der Bezug zum Antisemitismus konnte mich dazu motivieren, ein lehrreiches Wochenende in Frankreich zu verbringen. Die Thematik ist zeitlos, wobei sie im Zuge der Digitalisierung zunehmend an Präsenz gewinnt. Auch der Antisemitismus gehört dazu, von ihm haben wir nur im allgemeinen Kontext im Geschichtsunterricht etwas erfahren können, aber mehr als die Basis wurde uns nicht nahegebracht. Nun hatten wir die Möglichkeit durch dieses Projekt einen direkten und offenen Austausch zu erleben.



Da.Gegen.Red

.....

Umgang mit Hate Speech

Diese spannenden Inputs wurden uns vermittelt:

- ✓ Was ist Hate Speech?
- ✓ Das Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit
- ✓ Die Abgrenzung zum Cybermobbing
- ✓ Propaganda, Spam und Fake News
- ✓ In welchen Formen tritt Hate Speech auf?
- ✓ Welche Hassstrategien gibt es?
- ✓ Welche Gegenstrategien können wir verwenden?

Das Besondere an diesen Inputs war die Gestaltung der Vermittlung. Es gab ausreichend Bewegung und eine abwechslungsreiche Verwendung von Medien, so dass es nicht langweilig werden konnte. Die Übermittlung der Theorie war keineswegs wie im alltäglichen Schulunterricht oder einer Vorlesung, vielmehr ist es eine Interaktion

zwischen der Zuhörerschaft und den Referierenden gewesen. Die Möglichkeit, das Programm mitzugestalten und die eigenen Gedanken, Erfahrungen, Ängste und Fragen äußern zu können, ohne sich dafür schlecht zu fühlen oder gar schämen zu müssen, war immer gegeben.

Die Persönlichkeit des Armin Langers wirkte auf mich beeindruckend, sein Werdegang ist erstaunlich und seine Ausdrucksweise sehr fesselnd gewesen.

Phase 1 bis 3

.....

Antisemitismus und Relevanz im medialen Diskurs

Das Thema des Antisemitismus hat mich persönlich am meisten berührt. Die Persönlichkeit des Armin Langers wirkte auf mich beeindruckend, sein Werdegang ist erstaunlich und seine Ausdrucksweise sehr fesselnd

gewesen. Er war ehrlich und offen und ist ein selbstbewusster Mann mit jüdischem Glauben. Es ist faszinierend gewesen, zu hören, welche unerwarteten Ähnlichkeiten zwischen den Religionen vorhanden sind. Auch ich hatte paradoxerweise insgeheim emotionale Unsicherheiten gegenüber anderen Glaubensrichtungen, wobei ich als Muslimin in Deutschland doch auch als Mensch anerkannt und wertgeschätzt werden möchte. Doch genau das ist der Grund, weshalb ich aktiv jede Chance ergreifen möchte, meine Mitmenschen näher kennenzulernen und sie dadurch besser verstehen zu können. Die Mehrheit hat insgeheim Ängste gegenüber Unbekannten, wobei dies ein natürlicher Mechanismus des Menschen ist. Wichtig ist es, sich diesen Ängsten und Fragen zu stellen. Eine geeignete Möglichkeit, welche ich jedem nahelegen möchte, ist die offene Kommunikation. Armin Langer hat sich unseren Fragen gestellt. Manchmal war es erschreckend, wie geprägt meine Sitznachbarinnen und Sitznachbarn vom Einfluss von Propaganda und Fake News waren, umso erleichternder war es zu erleben, dass die Gestaltung seines Vortrages die Vorurteile lösen konnte. Unterstützend konnte sein Humor einiges zur Änderung von Ansichten beitragen, er konnte uns in unerwarteten Momenten mit amüsanten Argumenten überraschen und dabei auch über sich selbst lachen.

Nach einem langen Tag, der um 9.00 Uhr morgens die eigentlichen Langschläfer aus den Betten in die Seminarräume geführt hatte und um 18.00 Uhr sein Ende durch das gemeinsame Abendessen gefunden hatte, kam noch etwas Unerwartetes.

Die Gruppe hat sich innerhalb von wenigen Stunden zu einem Team mit einem erkennbaren Wir-Gefühl entwickelt.

Ein unvergessliches Abendprogramm

Eigentlich war der Großteil der Gruppe nach dem langen und informativen Tag erschöpft, aber das Referent*innenteam und der Vorstand des DITIB Landesjugendverbands Baden hatte noch genug Energie für uns alle übrig. Das Team hat sich ein Programm einfallen lassen, worüber ich heute noch schmunzeln muss, wenn ich daran denke. Die Gruppe hat sich innerhalb von wenigen Stunden zu einem Team mit einem erkennbaren Wir-Gefühl entwickelt. Wir konnten ausgelassen wie Kinder miteinander spielen und uns dabei gegenseitig die Tränen wegwischen, welche wir vor lauter Lachen vergossen hatten.



Die kleine Tochter von Derya Şahan war bei den Gruppenaufgaben eine starke Unterstützung und hat uns jungen Erwachsenen vorgemacht, wo es lang geht. Über Teppichfliesen mussten wir laufen, ohne uns dabei an der drum herumliegenden Lava zu verbrennen, wobei der Schwierigkeitsgrad natürlich für uns Profis erhöht werden musste, indem immer mindestens zwei Personen auf einer kleinen Teppichfliese stehen mussten, sonst schmolz diese unter der Lava dahin. Auch das blinde Aufsetzen eines Balles auf einen Gegenstand aber geführt vom Team, hatte uns zu stolzen und gemeinschaftlichen Siegerinnen und Siegern gemacht.

Abends auf den Zimmern angekommen, war ich sehr gerührt über unsere Unterkunft. In jedem Kleiderschrank hatte sich ein Gebetsteppich, eine Gebetskette und eine Markierung für die Gebetsrichtung finden lassen. Ich habe mich als Teil der muslimischen Moscheegemeinde sehr angenommen und wertgeschätzt gefühlt.

Tag 2

Phase 1

Reflexion des Vortages

Etwas sehr zu schätzendes an diesem Morgen ist, neben der motivierenden Begrüßung, die Reflexion des vorangegangenen Tages gewesen, denn es wurde nicht einfach straff das Programm weiter durchgezogen, sondern wir konnten die neuen Eindrücke welche wir über Nacht nochmals überdenken konnten, aussprechen und mit allen teilen. Auch die Meldestelle respect! wurde uns nahe gelegt, aber dies nicht nur für uns als Betroffene, sondern auch als Zeuginnen und Zeugen.



Gemeinsam konnten wir nun unserer Kreativität freien Lauf lassen.

Phase 2

Gruppenarbeit

Nach der Reflexion ging es fleißig weiter, doch nun war die Gruppe gefragt. Gemeinsam konnten wir unserer Kreativität freien Lauf lassen. Wir wurden in Kleingruppen eingeteilt, jede Gruppe hatte eine Darstellung bekommen, über die wir uns nun austauschen sollten, ob es sich hier um eine antisemitische Abbildung handeln würde oder nicht. Einige Bilder wirkten auf den ersten Blick amüsant, doch bei näherem Betrachten und Besprechen dieser Darstellungen wurde klar, dass der menschliche Humor oft jegliche Grenze auf Kosten der anderen überschreitet und dies nicht bemerkt wird - im Gegenteil, im Internet werden diese Beiträge fleißig geteilt.

Phase 3

Abschluss, Auswertung und Feedback

Die Zeit ist unfassbar schnell vergangen und zum Ende gelangt. Das Wochenende hat mich sehr nachdenklich gemacht. Nicht nur mich hatte es emotional beschäftigt, sondern auch die anderen Jugendlichen, wie das Feedback bewiesen hat. Innerhalb kürzester Zeit wurden viele Barrieren überwunden, wodurch wir auf einer sehr persönlichen und emotionalen, aber auch auf einer informativen Ebene gemeinsam viel erarbeiten und lernen konnten.

Die Gruppe war zunächst zurückhaltend, konnte sich aber innerhalb kürzester Zeit zu einem Team entwickeln welches gemeinsame Interessen und Ziele und Emotionen teils erleben konnte. Auch die Referierenden wurden nicht nur in ihrer Rolle als Beauftragte des Demokratiezentrum wahrgenommen, sondern auch als Teil dieser aufregenden Gruppe.



Das Ziel unserer Moscheegemeinden, die uns Jugendlichen die Teilnahme am Projekt ermöglicht hatten, wurde erreicht. Wir als Musliminnen und Muslime sollten uns nicht in den Moscheen verstecken und uns darüber wundern, weshalb sich nichts an den Meinungen von außen ändert, wenn wir nicht selbst den Schritt in die gemeinschaftliche Welt wagen. Dank des DITIB Landesjugendverbandes und dem Vertrauen des Demokratiezentrum können wir nun dazu beitragen, uns für ein friedliches Miteinander in der Gesellschaft einzusetzen.

Es war aufregend, zu erleben, dass Tabuthemen, welche uns als Musliminnen und Muslime betreffen und verletzen können, plötzlich ganz andere Reaktionen hervorrufen. Denn durch das Projekt konnten wir lernen, dass durch gezielte Strategien antisemitische und diskriminierende Konflikte gelöst werden können. **Werde ich in Zukunft wegsehen, wenn antisemitische und diskriminierende Angriffe stattfinden oder möchte ich selbstbewusst und strategisch argumentieren oder finde ich sogar den Mut, Widersprüche offenzulegen?**

Werde ich in Zukunft wegsehen, wenn antisemitische und diskriminierende Angriffe stattfinden oder möchte ich selbstbewusst und strategisch argumentieren oder finde ich den Mut, Widersprüche offenzulegen?

Nicht nur diese Frage beschäftigt mich seitdem, sondern auch, wie ich meine Mitmenschen sensibilisieren möchte und werde. Wir dürfen nicht wegsehen, sondern sollten es uns zur Aufgabe machen, uns über die Lebensphilosophien unserer Mitmenschen zu informieren und jede Einzelne und jeden Einzelnen mit ihrer oder seiner Weltanschauung zu akzeptieren.

Ich fühle mich durch das Projekt in meiner Haltung bestätigt und verantwortlich, mich von jeglicher Art von menschenausgrenzendem Verhalten zu distanzieren und mich aktiv für meine Mitmenschen einzusetzen.



Ich möchte allen Betroffenen beistehen und mein Mitgefühl aussprechen.

Ich möchte allen Betroffenen beistehen und mein Mitgefühl aussprechen. Auch ich sammle regelmäßig Erfahrungen durch antimuslimische Diskriminierungen. Ich selber habe nun gelernt, das Gespräch mit den Menschen zu suchen, die mich aufgrund meines Glaubens oder der Herkunft meiner Eltern verurteilen. Es ist nicht immer einfach, anders zu sein, aber genau diese individuellen Eigenschaften an jedem und jeder Einzelnen machen die Gesellschaft doch zu etwas Besonderem. Jeder einzelne Mensch ist für seine Individualität wertzuschätzen, denn nur durch diese wird unsere Gesellschaft bunt und vielfältig.

Abschließend möchte ich die Jugendlichen und jungen Erwachsenen dazu aufrufen, sich Projekten wie diesem anzuschließen und die Chance zu ergreifen auch einen Beitrag zum gesellschaftlichen Miteinander leisten zu können.

Ich bedanke mich bei allen Beteiligten und möchte sie ermutigen, weiterhin mit dieser Motivation und Freude solche Projekte durchzuführen und zu unterstützen.

**(M)ein besonderer Moment
.....**

Als dieses Bild während des Inputs erschien, musste ich schmunzeln. Daraufhin kam die Frage: „Wie würdet ihr darauf reagieren?“ Meine Antwort war: „Ich würde mich lachend davor stellen und ein Selfie machen.“ Genau das haben wir dann gemeinsam in die Tat umgesetzt. Erwähnenswert wäre hierzu noch der Hinweis, dass ich zu diesem Zeitpunkt noch kein Kopftuch getragen habe und ich es für dieses Bild aufsetzte, um für die bedeckten Frauen eine moralische Unterstützung zu sein.

Durch das lehrreiche Projekt wissen die Teilnehmenden nun besser und selbstbewusster mit Hate Speech umzugehen.

Unsere Antwort ist: #keepcalm #noracism #nohatespeech #deutschemitmigrationshintergrund

Nicht alle können davon überzeugt werden, auch dies sollte nicht verheimlicht werden. Während ein Teil der Gesellschaft versucht, mit Verstand den unbegründeten Ängsten und Vorurteilen offen entgegenzuwirken, wird ein anderer Teil nur dagegen protestieren und sich mit hasserfüllten Beleidigungen verschließen.

Ich habe mir eingestehen müssen, dass nicht alle nach dem Frieden der vielfältigen Gesellschaft streben und entgegen den Hassparolen mittlerweile sogar mit Humor, um deshalb nicht mehr niedergeschlagen sein zu müssen.

Derartigen Diskussion gehe ich mittlerweile aus dem Weg, denn Menschen mit hasserfüllten Vorurteilen suchen in den Gesprächen mit mir oftmals nicht nach den Gründen, weshalb das gesellschaftliche Miteinander etwas positives sein kann, sondern eine Bestätigung für ihre unbegründeten Verschwörungstheorien.

Anstatt, dass ich die wertvolle Energie investiere, um pöbelnde Menschen vom Frieden zu überzeugen, setze ich meine gesamte Kraft und Motivation für diejenigen ein, die offen sind und die Interaktion suchen.

Das bedeutet nicht, dass ich mir nichts erklären lassen werde oder mich nicht eines Besseren belehren lassen möchte, sondern dass ich mich von Personen inspirieren lassen möchte, welche mit vernunftbezogenen Argumenten den Dialog suchen.

Den Pöbeleien kann ich nur noch mit Lachen entgegen treten und schenke diesen keine Aufmerksamkeit mehr.



Zahlen. Daten. Fakten

Die wesentlichen Informationen auf einen Blick

Team Da.Gegen.Red



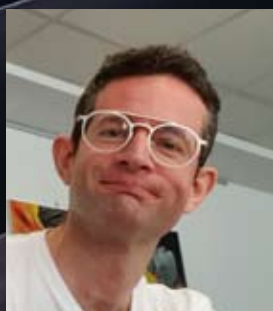
Landesarbeitsgemeinschaft
Mobile Jugendarbeit/Streetwork
Baden-Württemberg e.V.



Mathieu Coquelin
Projektleitung | 30 %



JUGEND-
STIFTUNG
Stiftung zur Förderung
der Jugend in
Baden-Württemberg



Stephan Ruhmannseder
Projektmitarbeiter | 20 %



Türkische Gemeinde in
Baden-Württemberg e.V.

Angebotsumsetzungen erreichte Personen

2019*

Umgesetzte Angebote 24
(Workshops, Peerformate, Vorträge)

Erreichte Personen 567

* Stand Mai 2019

2018

Umgesetzte Angebote 16
(Workshops, Peerformate, Vorträge)

Erreichte Personen 369

2017

Umgesetzte Angebote 10
(Workshops, Peerformate, Vorträge)

Erreichte Personen 256



Grundlegende Informationen

Mathieu Coquelin und Stephan Ruhmannseder	31
Hannes Ley	42
Sina Laubenstein	45

Wir gegen die Anderen?

Zum Umgang mit Hate Speech in Zeiten von Fake News und Verschwörungsideologien



Mathieu Coquelin leitet die Fachstelle Extremismusdistanzierung im Demokratiezentrum Baden-Württemberg und verantwortet seit 2017 die Umsetzung des Modellprojekts Da.Gegen.Redde.



Stephan Ruhmannseder leitet im Demokratiezentrum Baden-Württemberg das Projekt „Meldestelle respect!“ und ist Programmmitarbeiter im Projekt Da.Gegen.Redde.

Hate Speech

.....

Wer sich entscheidet, ein Projekt im Kontext von Hate Speech anzubieten, sieht sich gleich zu Beginn mit einem schwierigen Problem konfrontiert: Hate Speech - was ist das eigentlich?

Im Rahmen des Projekts Da.Gegen.Redde, das die Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork Baden-Württemberg e. V. für das Portfolio des Demokratiezentrum Baden-Württemberg im Jahr 2017 entwickelte, galt es somit zunächst zu klären,

- ✓ wie der Diskurs zu diesem Thema verläuft,
- ✓ welche Professionen und Sichtweisen daran beteiligt sind
- ✓ und welche der dargebotenen Erklärungsansätze sich für die Arbeit mit den jeweiligen Zielgruppen im Modellprojekt als besonders zielführend erweisen würden.

Es ist ja vielmals Fluch und Segen zugleich, wenn es für einen Sachverhalt noch keine präzisen Definitionen gibt. Zwar fehlen klare Bezugspunkte, auf die verwiesen werden kann, dafür eröffnet sich allerdings die Möglichkeit, eigene Gedanken und Erfahrungen mit in die Waagschale einer anstehenden Schärfung des Begriffs zu werfen.

Definition

••••

Hate Speech - bereits in der Übersetzung des Begriffs aus dem Englischen zeigen sich die ersten Schwierigkeiten. Hass und Rede sind schon bei alleiniger Betrachtung der Wörter für sich genommen nichts, das im luftleeren Raum geschieht. Rede wird adressiert und auch der Hass benötigt einen Rezipienten. Der Linguist Jörg Meibauer definiert Hassrede als „sprachliche[n] Ausdruck von Hass gegen Personen oder Gruppen [...], insbesondere durch die Verwendung von Ausdrücken, die der Herabsetzung und Verunglimpfung von Bevölkerungsgruppen dienen.“ (2013, 1) Abwertung wird folglich nicht an eine Person als Individuum adressiert, sondern über die Zuordnung selbiger zu einer bestimmten Gruppe.

Nicht nur sprachwissenschaftlich ergeben sich hieraus allerdings weitere Dilemmata. Was genau bedeutet es denn nun, Hass auszudrücken, und wie lässt sich der Modus Operandi des Ausdrückens näher präzisieren? Wie verhält es sich mit dem Hass selbst? Ist dieser zwingend intendiert oder mitunter auch Beiwerk tradierter und normativer Redewendungen? Und wer definiert, wo Hass beginnt?

Der Hass

Der Reihe nach: Robert Post definiert Hate Speech als den Ausdruck eines Hasses, der eine Emotion von größtmöglicher Abneigung oder Aversion darstellt (2009, 123). Daraus ergeben sich folgende Problematiken. Das Phänomen wird auf intendierte, also absichtlich und emotionalisierte platzierte Inhalte reduziert. Und dann ist Hass etwas, das in einem Individuum reift, und verkürzt somit gerade „[...] die Kommunikation menschenverachtender Ideologien wie der des Nationalsozialismus zu einer individuellen Angelegenheit“ (Sponholz 2018, 51).

Anne Weber verdeutlicht bezüglich der Intentionen mit folgendem Satz: „Das Erkennen von Äußerungen, die als *Hassrede* qualifiziert werden können, ist nicht zuletzt deshalb ein schwieriges Unterfangen, weil im Rahmen einer Hassrede nicht zwangsläufig *Hass* oder Emotionen zum Ausdruck gebracht werden.“ (2009, 5)

Somit wird bis hier zweierlei deutlich. Was als Hassrede im Sinne der Abwertung einzelner oder mehrere Personen über den Gruppenkontext erfolgen kann, muss:

- a. nicht zwingend mit Vorsatz, also mit in sich getragenen Hass, geschehen bzw. gesendet werden;
- b. kann auch mit Absicht ohne emotionalen Hintergrund, sprich aus vermeintlich rationalen Beweggründen, erfolgen.

Hate Speech ist also vielmehr „die kommunikative Herstellung von Ungleichwertigkeit“ (Sponholz 2018, 56) verschiedener Gruppen.

Die Rede

Bevor sich dieser Artikel näher der Autorität zuwendet, die ins Feld geführt werden kann, um zu entscheiden, wo nun Meinung endet und Hass bzw. Abwertung beginnt, ein Rekurs auf die Tücken der einfachen Übersetzung: „Hass.“ „Rede.“

Nachdem ein paar der Unwägbarkeiten bezüglich des Hasses skizziert wurden, soll sich das Augenmerk auf den zweiten Teil richten, die Rede. Auch hier offenbart sich recht schnell, wie wenig zielführend die Begrifflichkeit ist. Unterstellt sie doch, dass überwiegend das reine Wort als Träger der Abwertung fungiert. Und selbst wenn es so wäre, reduziert es Sprache auf Wörter und unterschlägt die Vielzahl an Bildern, die mit unterschiedlichen Wörtern fest verbunden sind.

Betrachtet man allerdings die unterschiedlichen Foren und Plattformen, in denen sich der Hass Bahn bricht, dann zeigt sich recht schnell, dass neben Wörtern, Smileys, Memes und animierten Gifs (Sweetser und Lariscy 2008) gerade auch die Sprache selbst angereichert ist mit gruppenspezifischen Codes und Bildern (Goldstückchen, Gutmenschen, Blaubraune, Aluhutfraktion etc.).

Gerade die Wirkung von Bildern als bewussten Auslösern von Emotionen entfaltet, in ihrem jeweiligen Kontext als Botschaft aus Geschriebenem, Gesagtem und/oder audiovisuellen Inhalten, die Form der kommunikativen (Re-) Produktion von Ungleichwertigkeitsvorstellungen (Butler 2016; Weber 2009). Somit ist „Hate Speech keine Frage der Sprache, sondern eine der Kommunikation“ (Sponholz 2018, 57).

Das Wir und die Anderen

.....

Wenn Hate Speech nun über Kommunikation Ungleichwertigkeiten konstruiert, lohnt ein Blick auf die in kommunikative Prozesse eingebundenen Faktoren und Beteiligten bzw. grundlegenden Annahmen. Laut H. D. Lasswell steht die Frage im Vordergrund: „Wer sagt was in welchem Kanal zu wem mit welcher Wirkung?“ (1948). Dem folgend stehen sowohl die Sender*innen als auch die Empfänger*innen, die Botschaften, das Medium des Transfers und die relative Wirkung zwingend mit zur Disposition, wenn es darum geht, zu bewerten, was als Abwertung zu beurteilen ist.

Wer definiert nun also, wann Ungleichwertigkeit hergestellt wurde? Die Frage nach eben dieser Autorität kann folglich nur unter Einbeziehung der oben genannten am kommunikativen Prozess Beteiligten unter Berücksichtigung der Metaebene erfolgen. Schon an dieser Stelle wird deutlich, dass die wenigsten Personen sich innerhalb eines Diskurses die Mühe machen, sich empathisch in das Gegenüber zu versetzen, geschweige denn einzelne Begrifflichkeiten hinsichtlich der evtl. gruppenspezifischen Auswirkungen zu reflektieren oder gar das Medium des Meinungs austausches mit zu berücksichtigen.

Als Folge der gelisteten Punkte kann Hate Speech im alltäglichen Sprachgebrauch natürlich auch im pejorativen Sinn für die jeweilig eigenen Interessen missbraucht werden:

- a. um konträre oder unliebsame Meinungen und Positionen zu diskreditieren und delegitimieren, indem diese, auch wenn dies nicht zutreffend ist, mit dem Label „Hate Speech“ überzogen werden, oder

- b. um Personen, die sich durch abwertende Kommunikation diskriminiert fühlen, in ihrer Diskriminierung nicht ernst zu nehmen, da diese, aus der eigenen Warte heraus, nicht nachempfunden bzw. nachvollzogen werden kann und Hate Speech somit als solche nicht (an) erkannt wird.

Eine juristische Perspektive?

Was könnte qualifizierter und unabhängiger als Autorität in Frage kommen als klar definierte Regelungen in Form von Gesetzen und Verordnungen als Ergebnis eines demokratischen Prozesses?

In der Tat ist ein Großteil der wissenschaftlich publizierten Artikel zum Thema Hate Speech dem Sachgebiet der Rechtswissenschaften zuzuordnen (Sponholz 2018). Im deutschsprachigen Raum wird hierbei zentral - auch als mögliche Grundlage im Sinne einer Definition - der Begriff der Volksverhetzung in Verbindung mit dem § 130 StGB diskutiert.

„Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören,

1. gegen eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihre ethnische Herkunft bestimmte Gruppe, gegen Teile der Bevölkerung oder gegen einen Einzelnen wegen seiner Zugehörigkeit zu einer vorbezeichneten Gruppe oder zu einem Teil der Bevölkerung zum Hass aufstachelt, zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen auffordert oder

2. die Menschenwürde anderer dadurch angreift, dass er eine vorbezeichnete Gruppe, Teile der Bevölkerung oder einen Einzelnen wegen seiner Zugehörigkeit zu einer vorbezeichneten Gruppe oder zu einem Teil der Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet,

wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

Dennoch haben gerade auch juristische Definitionen so ihre Tücken. Zum einen die offensichtlichen: Nicht alles, was an Abwertungen und Ungleichwertigkeiten in einem Diskurs konstruiert werden kann, ist von strafrechtlicher Relevanz. Zum anderen sind Gesetze oftmals Ankerpunkte



von juristischen Definitionen. Diese sind aber fast durchweg Reaktionen auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen. Sind es nun technologische oder soziologische Veränderungen, so können die Rechtswissenschaften sicherlich einen Beitrag leisten, einen Umgang mit diesem Phänomen zu gewährleisten, „sind aber nicht konstitutiv für dieses Phänomen.“ (Sponholz 2018, 42)

Wesentlich für die kritische Abschätzung der definitiven Ansätze aus der juristischen Perspektive ist die Logik innerhalb des Rechtssystems selbst. Hier wird zum einen immer die Frage nach Täter*innen und Motiven handlungsleitend sein (Tsesis 2013). Auf der anderen Seite ist es auch nicht die Aufgabe von Rechtssystemen, totalitäre und allumfassende Regelungen zu beschreiben, sondern allgemeiner Konsens, dass diesen eine andere Rolle zukommt, nämlich „die minimalen Bedingungen für eine friedliche Koexistenz zu garantieren“ (Sponholz 2018, 43).

Dessen ungeachtet spielen natürlich in der Bearbeitung von gruppenbezogenen Abwertungen gesetzliche Aspekte mit. Und gerade bei der Stärkung von Betroffenen können neben dem bisher erwähnten Volksverhetzungsparagrafen (§ 130 StGB) folgende Straftatbestände auch im digitalen Raum eine Rolle spielen:

- ✓ **Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen** | § 86a StGB
- ✓ **Öffentliche Aufforderung zu** | § 111 StGB **oder die Belohnung und Billigung von Straftaten** | § 140 StGB
- ✓ **Beleidigung** | § 185 StGB
- ✓ **Üble Nachrede** | § 186 StGB
- ✓ **Verleumdung** | § 187 StGB
- ✓ **Nötigung** | § 240 StGB
- ✓ **Bedrohung** | § 241 StGB

Zwischenfazit

.....

Es zeigt sich bis hier, dass es variable fachspezifische Perspektiven und damit Ansätze der begrifflichen Schärfung von Hate Speech gibt. Für die präventive Praxis, wie es im Modellprojekt Da.Gegen.Redde der Fall ist, haben alle ihre jeweiligen Tücken und ihren Charme.

So ist es durchaus sinnvoll, sich grundsätzlich bewusst zu machen, dass Hate Speech so gefasst werden kann, dass über Kommunikation (offline als auch online) die Ungleichwertigkeit von einzelnen Menschen auf Grundlage ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen begründet bzw. manifestiert werden soll. Dieser Prozess der (Re-)Produktion kann losgelöst vom emotional aufgeladenen Wort Hate (Hass) auch rational und damit emotionslos erfolgen.

Damit ist Hate Speech auf zweierlei Art und Weise kein Problem von Individuen, nämlich auf der Seite der Sender*innen ebenso wie auf der Seite der Empfänger*innen. Die Ungleichwertigkeiten und die damit verbundenen Auf- und Abwertungen rekurrieren auf den innerhalb der Kommunikation zugeschriebenen Gruppenzugehörigkeiten und den damit verknüpften Stereotypen.

Somit lässt sich schlussfolgern, dass sich gerade durch die Verwendung von tradierten problematischen und unreflektierten Vorurteilen Abwertungen auch ohne bewusste Intention ergeben können. In logischer Konsequenz ist gerade im präventiven Bereich die Betrachtung aus Sicht der Betroffenen damit immer maßgeblich für die Beurteilung abwertender Botschaften.

Für die präventive Arbeit mit Jugendlichen erscheint es darüber hinaus besonders fruchtbar, die Prozesse der Vergruppung möglichst frühzeitig zu thematisieren und unter Bezug auf abwertende Stereotype kritisch zu reflektieren.

Abgrenzung zu benachbarten Begriffen

.....

Immer wieder wird in öffentlichen Diskursen der Begriff Hate Speech „[...] mit wertbeladenen, abwertenden evaluativen Äußerungen, aber auch mit präskriptiven Aussagen mit negativen Konnotationen gleichgesetzt.“ (Sponholz 2018, 81) Differenzierung tut allerdings Not. Zwei besonders häufig im Kontext auftauchende Begrifflichkeiten sollen daher näher betrachtet werden.

Cyber-Mobbing

Auf der Homepage der EU-Initiative Klicksafe für mehr Sicherheit im Netz wird Cyber-Mobbing unter Berücksichtigung folgender Parameter definiert:

- ✓ absichtliche Beleidigungen, Bedrohungen;
- ✓ das Bloßstellen oder die Belästigung über das Medium des Internets (Chats, Social-Media-Plattformen etc.).

In Abgrenzung zu dem eher als analoges Phänomen bekannten Mobbing an realweltlichen Orten wie der Schule oder im sozialen Nahraum gibt es bei Cyber-Mobbing gerade durch die Art der Kommunikation über digitale Wege keine oder wenige Möglichkeiten, sich den Anfeindungen zu entziehen.

„Gerade bei Cyber-Mobbing unter Kindern und Jugendlichen kennen Opfer und TäterInnen einander aber meist aus dem „realen“ persönlichen Umfeld wie z. B. der Schule, dem Wohnviertel, dem Dorf oder der ethnischen Community. Die Opfer haben deshalb fast immer einen Verdacht, wer hinter den Attacken stecken könnte.“ (Klicksafe)

Cyber-Mobbing kann in Einzelfällen in den Beleidigungen durchaus auf gruppenbezogene Stereotype zurückgreifen. Im Fokus stehen allerdings Angriffe und Abwertungen, die an ein Individuum adressiert werden, das, wie das Zitat oben zeigt, insbesondere bei der Gruppe der Jugendlichen, den Sender*innen auch häufig bekannt ist.

Eine Unterscheidung gerade dieser Ebenen erscheint aus pädagogischer Perspektive vor allem aus Gründen des Umgangs mit Täter*innen und Betroffenen relevant. Stehen gezielt Einzelne im Fokus der Anfeindungen, sind diese primär zu stärken und mit Möglichkeiten der Abwehr zu empoweren, wogegen es bei gruppenbezogenen Abwertungen durchaus fruchtbar sein kann, sich stereotypen Zuschreibungen und Vorurteilen zu widmen. Vor allem wenn Einzelne sich von herabwürdigenden Botschaften adressiert fühlen, ohne direkt als Individuum angesprochen zu werden („Dieses Computerspiel ist ja voll behindert/schwul“, „Er ist Türke, aber trotzdem ein anständiger Kerl.“ - hierbei werden weder Menschen mit Behinderungen, Homosexuelle oder türkischstämmige Mitmenschen direkt adressiert, wohl aber auf der Metaebene).

Fake News

Dem Begriff Fake News wohnt ein ähnliches Phänomen inne wie Hate Speech. Anglizismen verleiten gerne dazu, eine vermeintlich neue Erscheinung zu vermuten. Doch genauso wie es gruppenbezogene Abwertung bereits vor den Zeiten des Internets gab, war auch die Verbreitung von verfälschten oder gefälschten Informationen schon länger Bestandteil der Menschheitsgeschichte. Innerhalb der islamischen Gelehrtenwelt etablierte sich bspw. bereits kurz nach dem Tod des Propheten (saw) ein eigenes Fachgebiet, nämlich das der Hadithwissenschaften. Dieses hat sich zur Aufgabe gesetzt, vermeintliche von tatsächlichen Überlieferungen aus dem Leben des Propheten zu unterscheiden, indem sie auf ihre Plausibilität überprüft werden. Dies vor allem aus dem Grund, dass unterschiedliche Kräfte versucht haben, ihre jeweilig eigenen finanziellen und/oder politischen Interessen durch Verknüpfung an prophetische Tradition zu legitimieren (Halm 2018).

Das Gabler Wirtschaftslexikon definiert Fake News wie folgt:

„Ein Fake ist nach der Bedeutung im Englischen eine Fälschung, eine Täuschung, eine Attrappe oder ein Hochstapler und ein Simulant (Faker). Fake News sind Falsch- und Fehlinformationen, die häufig über elektronische Kanäle (vor allem soziale Medien) verbreitet werden. Sie gehen von Einzelnen oder Gruppen aus, die in eigenem oder fremdem Auftrag handeln. Es gibt persönliche, politische und wirtschaftliche Motive für die Erstellung. Algorithmen verschiedener Art und Social Bots spielen eine zentrale Rolle bei der Verbreitung, zudem die Posts, Likes und Retweets der Benutzer.“
(Bendel 2018)

Der Reihe nach. Fake News sind zunächst einmal Neuigkeiten bzw. Informationen, die unwahr oder in Teilen unwahr sind. Das bedeutet, sich ganz klar vor Augen zu führen, dass nicht jede falsche Information dazu dienen muss bzw. dazu dienlich sein kann, andere Gruppen abzuwerten. Somit sind Fake News nicht per se Bestandteil von Hate Speech, können aber ein Mittel sein. Dies vor allem, wenn sie der abwertenden Botschaft argumentativ und damit flankierend zur Hand gehen sollen.



Einem weiteren Aspekt dieser Definition nach sind Fake News immer intentional und aus bestimmten mit der Fehlinformation in Zusammenhang stehenden Motiven verknüpft. Zwar mag dies für den Ursprung der Fake News gelten, greift aber zu kurz. Nicht berücksichtigt wird, dass in Zeiten von Social Media jedwede Person über die eigenen Profile durch Teilen, Likes oder Retweets selbst zur vermeintlichen Produzentin der Neuigkeiten für die jeweils eigenen „Freunde“ bzw. Follower wird.

Filterblasen & Algorithmen

.....

„Ein Algorithmus ist eine definierte Handlungsvorschrift, die für jede mögliche Eingabe von Informationen eine Ausgabe generiert, die [zeitlich terminiert ist und (Anmerkung der Verfasser)] bestimmte Eigenschaften hat.“

(Zweig, Deussen und Krafft 2017, 319)

Algorithmen regeln seit der Zeit der ersten Suchmaschinen den Zugang zu Informationen, die als Ergebnis für Anfragen zu Sachverhalten geliefert bzw. generiert werden. Auch Plattformen wie Facebook, YouTube und Twitter arbeiten

mit solchen Algorithmen. Diese haben vor allem die Aufgabe, den Aufenthalt auf ihnen möglichst angenehm zu gestalten und damit lange zu gewährleisten. Dies erfolgt, indem auf Grundlage der von einer Person zur Verfügung gestellten Informationen, eine für diese ansprechende Ausgabe an Inhalten generiert wird.

Zunächst erscheint es unverfänglich und zielführend, dass ein Mensch, der gerne angelt, auch auf entsprechenden Plattformen weiterführende Informationen hierzu bekommt, von dem Vorschlag zur lokalen Facebook-Angelgruppe, den speziell auf Angelnde maßgeschneiderten Reiseangeboten bis zu Freundschaftsempfehlungen von Personen mit ähnlichen Interessen (Pariser 2012).

Ersetzen wir jetzt allerdings Angeln durch politische Positionen, so generiert der Algorithmus, dass selbst gesellschaftlich randständige Meinungen im digitalen Raum mehrheitsfähig erscheinen mögen. Falschnachrichten und Halbwahrheiten sind in der eigenen so entstehenden Filterblase evtl. präsenter als Informationen aus vertrauenswürdigen Quellen (Zweig, Deussen und Krafft 2017).

Wir sind auch die Anderen!

.....

Neue Perspektiven auf den Umgang mit Hate Speech

Die Verbreitung von Fake News und der von ihnen befeuerten Verschwörungsideologien hängt also in einem hohen Maße von den Gegebenheiten des Mediums ab, in dem der Diskurs stattfindet. Diese begünstigen ohne Frage die Verbreitung von Falschinformationen und auf diesen aufbauenden Weltbildern. Aber warum glauben so viele Menschen bereitwillig und fest an klar widerlegte Behauptungen? Hier lediglich eine dunkle Macht von außen zu konstruieren, die mit gezielten Falschinformationen systematisch versucht, eine funktionierende Demokratie zu destabilisieren, greift ohne Frage zu kurz. Vielmehr muss es darum gehen, das Milieu zu verstehen, in welchem Verschwörungsideologien eine solche Wirkmacht entfalten können. (Hendricks 2018)

Durch soziale Netzwerke ist jede Person zu einer Senderin geworden. Den eigenen Standpunkt öffentlich kundzutun, ist mittlerweile zur Normalität geworden. Der klassische Journalismus hat so an Einfluss eingebüßt. Nachrichten und vor allem Meinungen gelangen ohne jedwede Kontrolle in die öffentliche Arena und werden über die oben beschriebenen Mechanismen in die Timelines unzähliger Menschen gespült. Natürlich ist das kein rein negativer Aspekt, sondern führt eher zu einer Gleichzeitigkeit des Verschiedenen (Pörksen 2018). Unsortiert stehen recherchierte Beiträge und reflektierte Meinungen neben abstrusen Behauptungen, Hass und extremer Polarisierung. Eine Einordnung oder gar redaktionelle Kontrolle findet nicht statt. Wechselseitig wird sich auf andere Beiträge bezogen und somit ein von Netzwerkeffekten geprägter Raum geschaffen (Pörksen 2018). In diesem findet aber leider selten ein konsensorientierter Austausch statt. Eher werden sich Meinungen laut, unsachlich und in Großbuchstaben ins Gesicht „geschrieben“. Da man sein Gegenüber nicht kennt, wird dessen Meinung auch nicht mehr von der Person getrennt, sondern beides verschmilzt zu einem Feindbild. Typisierungen wie der „linksgrünversiffte Gutmensch“ oder der „dumpfe Nazi-Hetzer“ bilden eine hervorragende Projektionsfläche für den eigenen Hass und eine Rechtfertigung, sich mit Argumenten gar nicht mehr auseinanderzusetzen. In einem solchen Diskussionsklima werden neue Informationen nur noch insofern als kredibel eingestuft, als

sie den eigenen Standpunkt bestärken. Alles, was von „den Anderen“ kommt, muss schon allein aufgrund seiner Herkunft falsch sein und bekämpft werden. Die zentrale Frage, die an dieser Stelle aufgeworfen wird, ist die nach der Rolle, die Fake News und auf ihnen aufbauende Verschwörungsideologien bei der Entstehung und Erhaltung dieser polarisierten Kommunikation spielen. Sind sie, wie häufig behauptet, Ursache, zumindest Katalysator oder vielleicht doch ein Ausdruck eines durch die speziellen Kommunikationsbedingungen geschaffenen Bedürfnisses?

Alles, was von „den Anderen“ kommt, muss schon allein aufgrund seiner Herkunft falsch sein und bekämpft werden.

Dass es sich bei der beobachtenden Feindkonstruktion zunächst um eine genuin menschliche Verhaltensweise handelt, zeigt ein Experiment der Stanford University. Dort wurden Gruppen von Studierenden zwei konkurrierende (und frei erfundene) Studien vorgelegt. In einer der Untersuchungen wurde die Sinnhaftigkeit der Todesstrafe in Frage gestellt, in der anderen deren Wirksamkeit als Abschreckungsmechanismus betont. Die Teilnehmenden wurden vor der Lektüre der Studien jeweils nach ihrem Standpunkt zum Thema befragt. Im Ergebnis werteten diejenigen, die der Todesstrafe bereits kritisch gegenüberstanden, nur die Studie als glaubwürdig, die sie in ihrer bisherigen Meinung bestärkte. Ebenso verhielt es sich mit den Befürwortenden. Das Bemerkenswerte dabei war allerdings nicht, dass die Beteiligten durch die neuen Informationen ihre bisherige Meinung nicht in Frage stellten.¹ Vielmehr wurde bei den Befragungen deutlich, dass die an der Studie Teilnehmenden durch die konkurrierende Information in ihrer Meinung sogar noch bestärkt wurden und diese mit einer wesentlich größeren Vehemenz vertraten (Kolber 2017). Es scheint, als bestätige uns Information nicht nur dann in unserer Weltsicht, wenn sie dieser entspricht. Widerspruch kann diesen Zweck offensichtlich auch erfüllen und zu einem zusätzlichen Abgrenzungsverhalten führen. Je mehr wir

.....
¹ Dieses Phänomen ist als „Confirmation Bias“ bereits seit den 1960er-Jahren bekannt.



mit Sichtweisen, die nicht mit unserer übereinstimmen, konfrontiert werden, desto extremer scheinen wir uns von diesen und den Verursacher*innen dieser Irritationen abzuschotten (Mercier und Sperber 2017).² Ein Phänomen, das sich in zahlreichen Diskussionsverläufen im Netz beobachten lässt und die oben beschriebene Tendenz zur Unterteilung der Welt in Freund- und Feindstereotype befördert.

Die Funktionsprinzipien von sozialen Netzwerken begünstigen diese Entwicklung zusätzlich. Über den Mechanismus der Filterblase werden wir mit immer neuer Bestätigung unserer vorhandenen Weltsicht gefüttert. Sobald wir mit dieser nach außen treten, finden wir unsere Perspektiven aber auch mit einer Vielzahl an konkurrierenden Fakten konfrontiert. Widerspruch ist sehr wahrscheinlich. Dieser wird im Netz sogar wesentlich stärker und vielfältiger ausfallen, als dies in der analogen Welt der Fall wäre. Der Effekt, dass wir dadurch immer weniger offen für andere Standpunkte sind und unseren eigenen immer extremer vertreten, erscheint im Licht der besprochenen Studienergebnisse mehr als wahrscheinlich. Alle, die uns so hinterfragen, werden automatisch zu Gegner*innen, diejenigen hingegen, die unsere Meinung teilen, zu Verbündeten. An diesem Punkt angekommen, ist aus der natürlichen Tendenz zur Verteidigung des eigenen Weltbilds eine medial verstärkte Entwicklung geworden, die durchaus zu einem geschlossenen Weltbild führen kann.

.....
 2 Im 2017 erschienen Werk „The Enigma Of Reason“ unternehmen die Kognitionswissenschaftler Hugo Mercier und Dan Sperber einen überzeugenden Versuch, diesen Umstand zu erklären.

Dass Verschwörungsideologien durch das Internet wieder an Bedeutung gewonnen haben, könnte also nicht nur daran liegen, dass sie durch dieses wieder besser sichtbar geworden sind und in den entsprechenden Filterblasen ein widerspruchsloses Publikum finden (Butter 2018). Denkbar ist auch, dass sie zusätzlich ein durch die besonderen Kommunikationsbedingungen der sozialen Medien geschaffenes Bedürfnis befriedigen. Sie bieten die Möglichkeit, in einem unter ständigen Anfeindungen geführten Diskurs die eigene Weltsicht möglichst effektiv verteidigen und abgrenzen zu können. Sie sind das Totschlagargument in der medialen Diskussion. Gerade weil sich die Unterteilung der Welt in „Gut“ und „Böse“ in eigentlich allen Verschwörungsideologien wiederfindet (Butter 2018), bilden sie deshalb aber auch eine ideale Grundlage für die Konstruktion von Feindbildern. An dieser Stelle bewegen wir uns dann in einem Bereich, in dem es in der Diskussion sehr häufig zur Entmenschlichung des Gegenübers kommt und damit die Grenze zu strafbaren Formulierungen sehr schnell überschritten wird.

Wer mit solchen extremen Auswüchsen (gleichgültig aus welcher politischen Richtung sie herrühren) konfrontiert wird, findet bei der Meldestelle respect! im Demokratiezentrum eine zuverlässige Anlaufstelle. Dort werden Äußerungen einzeln nach juristischen Kriterien eingeschätzt, gegebenenfalls wird Strafanzeige erstattet und anschließend für die Löschung von entsprechenden Beiträgen gesorgt.

So wichtig und notwendig diese Arbeit ist, so bekämpft sie doch lediglich Symptome einer Entwicklung, die zu einer ernsthaften Gefahr für einen demokratischen Grundkonsens in der Gesellschaft werden könnte.

Schlussendlich muss es deshalb darum gehen, das Übel an seiner Wurzel zu packen. Es gilt, die Strukturen der Entstehung von extremem Hass und Verschwörungsideologien offenzulegen und Betroffenen die dahinterliegenden Mechanismen zu erklären. Gerade als präventiver Ansatz erscheint dieses Vorgehen wesentlich zielführender, als mit Strafen zu drohen und starre Strategien zur Gegenrede zu entwickeln. Nicht nur potenziell Betroffene von Hate Speech müssen von Konzepten angesprochen werden, sondern eben auch diejenigen, die Gefahr laufen, in den beschriebenen Strudel aus Desinformation und Polarisierung zu geraten. Auch weil die Vermutung naheliegt, dass es sich gerade bei Jugendlichen nie um reine Opfer oder Täter*innen handeln kann.

Wer sich systematisch diskriminiert fühlt, neigt auch dazu, selbst zu diskriminieren.

Die Kommunikationsbedingungen des Netzes sind für alle gleich, und so finden sich Jugendliche mit großer Wahrscheinlichkeit während ihrer Aktivität in den sozialen Medien in beiden Rollen wieder. Wer sich systematisch diskriminiert fühlt, neigt auch dazu, selbst zu diskriminieren. (Coquelin und Ostwaldt 2018)

Die bisher in methodisch-pädagogischen Ansätzen hauptsächlich propagierte Strategie der aktiven Gegenrede ignoriert dieses Potenzial zur Radikalisierung in der Kommunikationsstruktur der sozialen Medien völlig. Ob aktive Gegenrede bei Jugendlichen zu einem positiven Effekt führen kann, hängt in einem hohen Maße von der Rolle ab, die sie in diesem Moment einnehmen. Für Opfer von Anfeindungen im Netz ist Gegenrede sicherlich eine wichtige, wenn auch risikobehaftete Möglichkeit, sich gegen Beleidigungen zur Wehr zu setzen. Bei der aktuellen Fokussierung auf dieses Konzept besteht aber auch immer die Gefahr, einen Teil der Teilnehmenden an einem Workshop oder Vortrag so zu isolieren, dass bei ihnen negative Effekte im

Hinblick auf eine Tendenz zur Radikalisierung eintreten. Es geht dabei nicht darum, Täter*innen zu schützen, sondern anzuerkennen, dass die Kommunikation im Netz das Potenzial mit sich bringt, sich permanenten Angriffen ausgesetzt zu fühlen und gleichzeitig als Angreifer*in zu agieren.

Gerade in der Prävention gegen extremistischen Einstellungen ist es daher wichtig, Angebote zu konzipieren, die eben nicht nur den aktivistischen Kampf gegen unliebsame Aussagen in den Vordergrund rücken. Vielmehr muss es zunächst darum gehen, die Welt nicht in Opfer und Täter einzuteilen und damit das „Wir gegen Die“-Prinzip bis ins Unendliche zu wiederholen. Primäres Ziel sollte sein, Jugendlichen die grundsätzlichen Funktionsweisen von sozialen Netzwerken und der Nachrichtenproduktion im Netz so nahezubringen, dass ihnen ein eigenverantwortliches Hinterfragen von Informationen ermöglicht wird. Der Vermittlung von niederschweligen Methoden zur Recherche kommt dabei eine besonders wichtige Bedeutung zu.

Diese Ansätze bilden auch die Grundlage für die Methodiken der Sensibilisierungsworkshops, Vorträge und Peer-schulungen des Projekts Da.Gegen.Redde im Demokratiezentrum Baden-Württemberg. Auf Basis der Kenntnis des Prozesses der Radikalisierung und den in diesem Artikel gemachten Ausführungen zum radikalisierenden Potenzial der Kommunikation in sozialen Netzwerken wurde hier ein Konzept geschaffen, das es Jugendlichen ermöglichen soll, sich kritisch mit Inhalten und Diskussionsbeiträgen auseinanderzusetzen. Diese sollen weder einfach geglaubt noch direkt als Angriff auf die eigene Weltsicht verstanden werden (Coquelin und Ostwaldt 2018).

Nur durch die Vermittlung dieser Grundlagen wird eine Generation von Erwachsenen möglich, welche die besonderen Bedingungen der Kommunikation und Information im Internet realistisch einschätzen und damit zur Entwicklung einer dringend notwendigen Diskussionskultur im Netz beitragen kann.

Literatur

...

Bendel, Oliver. *Fake News*. Gabler Wirtschaftslexikon. Das Wissen der Experten. 19. Februar 2018. <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/fake-news-54245/version-277295> (Zugriff am 10. April 2019).

Butler, Judith. *Hass Spricht. Zur Politik der Performativen*. 5. Auflage. Berlin: Suhrkamp, 2016.

Butter, Michael. „Nichts ist wie es scheint.“ *Über Verschwörungstheorien*. Berlin: Suhrkamp, 2018.

Coquelin, Mathieu und Jens Ostwaldt. „Radikalisierung - Theoriemodelle für die Praxis.“ *Forum Kriminalprävention*, 2018: 10-13.

Halm, Heinz. *Islam. Geschichte und Gegenwart*. 11. aktualisierte Auflage. München: Verlag C. H. Beck, 2018.

Hendricks, Vincent F. *Postfaktisch. Die neue Wirklichkeit in Zeiten von Bullshit, Fake News und Verschwörungstheorien*. München: Karl Blessing Verlag, 2018.

Klicksafe. *Cyber-Mobbing - was ist das?* Klicksafe.de. <https://www.klicksafe.de/themen/kommunizieren/cyber-mobbing/cyber-mobbing-was-ist-das/> (Zugriff am 10. April 2019).

Kolber, Elizabeth. *Why Facts Don't Change Our Minds. New discoveries about the human mind show the limitations of reason*. The New Yorker. 19. Februar 2017. <https://www.newyorker.com/magazine/2017/02/27/why-facts-dont-change-our-minds> (Zugriff am 10. April 2019).

Lasswell, Harold D. „The Structure and Function of Communication in Society.“ In *The Communication of Ideas. A Series of Addresses*, von Lyman Bryson, 37-51. New York/London: Harper, 1948.

Meibauer, Jörg (Hrsg.). *Hassrede/Hate Speech. Interdisziplinäre Beiträge zu einer aktuellen Diskussion*. Gießen: Gießener elektronische Bibliothek, 2013.

Mercier, Hugo und Dan Sperber. *The Enigma of Reason*. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press, 2017.

Pariser, Eli. *Filter Bubble: Wie wir im Internet entmündigt werden*. München: Hanser, 2012.

Pörksen, Bernhard. *Die große Gereiztheit. Wege aus der kollektiven Erregung*. München: Hanser, 2018.

Post, Robert. „Hate Speech.“ In *Extreme speech and Democracy*, von Ivan Hare und James Weinstein, 123-138. Oxford, New York: Oxford University Press, 2009.

Sponholz, Liriam. *Hate Speech in den Massenmedien. Theoretische Grundlagen und empirische Umsetzung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 2018.

Sweetser, Kaye D. und Ruthmann Weaver Lariscy. „Candidates Make Good Friends. An Analysis of Candidates' Use of Facebook.“ *International Journal of Strategic Communication* 2 (3), 2008: 175-198.

Tsesis, Alexander. „Inflammatory Hate Speech: Offense versus Incitement.“ *Loyola University Chicago School of Law Research Paper No. 2013-006*, 2013: 1145-1196.

Weber, Anne. *Manual on hate speech*. Strasbourg: Council of Europe Publishing, 2009.

Zweig, Katharina A., Deussen, Oliver und Tobias Krafft. „Algorithmen und Meinungsbildung. Eine grundlegende Einführung.“ *Informatik Spektrum* 40 (40). 12. Juli 2017 Abgerufen am 10. April 2019 von <https://doi.org/10.1007/s00287-017-1050-5>

Über den kommunikativen Notstand in den Sozialen Medien und den Einsatz für eine bessere Diskussionskultur



Hannes Ley, im beruflichen Leben Digital Marketing Consultant und Manager, wollte den alltäglichen Hass im Netz nicht mehr länger schweigend hinnehmen. Er nahm die Sache deshalb im Dezember 2016 selbst in die Hand und gründete die Facebook Gruppe **#ichbinhier**, die er seitdem ehrenamtlich betreut.

Unter dem Hashtag (#) finden sich Menschen zusammen, die gemeinsam mutig auf Hate Speech antworten. Die Gruppe hat mittlerweile über 37.000 Mitglieder, Tendenz steigend.

Was viele immer noch nicht wissen, ist, dass ein Großteil der Menschen ihre Nachrichten mittlerweile auch in den Sozialen Medien und nicht mehr nur im Fernsehen bzw. auf den Webseiten der Verlage konsumieren. Es ist z. B. sehr komfortabel, die Facebook-Seiten seiner favorisierten Nachrichtenkanäle mit „Gefällt mir“ zu kennzeichnen und im Anschluss die Veröffentlichungen dieser Nachrichtenkanäle gebündelt auf der eigenen Facebook-Seite präsentiert zu bekommen. Und da Facebook ein Dialogmedium ist, gibt es unter all diesen Posts offene Kommentarspalten, in denen jeder seine Kommentare zu diesen Veröffentlichungen posten kann. Man kennt das bereits seit Jahren von den Webseiten der Verlage, auf denen unter vielen Artikeln Kommentare veröffentlicht werden konnten. Nur dort sind mittlerweile viele dieser Kommentarbereiche deaktiviert, aus gutem Grund.

In den letzten Jahren konnten wir mehr und mehr beobachten, wie der Ton in den Kommentarspalten rauer wurde.

Wo ist das Problem? In den letzten Jahren konnten wir mehr und mehr beobachten, wie der Ton in den Kommentarspalten rauer wurde. Die Verfasser der Artikel oder andere Kommentatoren wurden immer öfter beschimpft und teilweise sogar bedroht. Außerdem wurden die Kommentarspalten gezielt dazu benutzt, Falschinformationen zu verbreiten und somit meinungsbildend auf die Leserschaft einzuwirken. Viele haben in diesem Kontext vielleicht schon über die sogenannten Putintrolle gelesen, die während der Ukraine-Krise versucht hatten, die Besetzung der Krim durch die Russen historisch zu rechtfertigen. Wären diese Kommentare vereinzelt aufgetreten, wäre man davon ausgegangen, dass es sich hier um natürliche



Meinungsvielfalt handeln dürfte. Auffällig war jedoch, dass um die 50 Prozent der Kommentare prorussisch waren und diese Tatsache den Ergebnissen der Meinungsumfragen seriöser Institute diametral gegenüberstand. Wir konnten also davon ausgehen, dass nunmehr in digitalen Medien auf Basis sozialer Technologien systematisch manipulativ eingegriffen wurde. Und das war nur der Anfang.

Nun muss man unterscheiden. Neben politisch motivierten und organisierten Kommentatoren gibt es im Netz natürlich auch noch die Provokateure mit Geltungsdrang, die Trolle. Es gibt die klassischen Aufwiegler, die gerne Öl ins Feuer gießen. Es gibt die Verschwörungstheoretiker, die krude Thesen unters Volk bringen wollen und es gibt diejenigen, die aus der eigenen Schwäche heraus Menschen diffamieren oder in einer Gruppe bloßstellen wollen, um sich auf- und den anderen abzuwerten. Fast jeder hat in diesem Kontext sicher schon mal den Begriff „Shitstorm“ gehört. Was alle diese Charaktere verbindet, ist, dass sie mindestens unmoralisch agieren, oft sogar Aussagen machen, die strafrechtlich relevant sind. Oft bündelt man diese Aussagen unter der Bezeichnung „Hassrede“ oder „Hate Speech“. Genauer differenziert geht es dabei um

Lügen, Beleidigungen, Sexismus, Verletzungen der persönlichen Ehre, Aufrufe zur Gewalt, Volksverhetzung, Homophobie, Islamophobie etc. Also alles, was nicht im Einklang mit unserem Grundgesetz, dem Strafgesetz oder unserer Vorstellung von einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist.

Hassrede ist bereits jetzt ein Massendelikt.

Ja, diese Aussagen hat es schon immer gegeben. Neu ist jedoch, dass sie durch die Sozialen Medien immer mehr in den digitalen „öffentlichen Raum“ gelangt sind und dass ihre Häufung zu einer Normalisierung dieser Tabu- und Gesetzesbrüche geführt hat. Hassrede ist bereits jetzt ein Massendelikt.

Jetzt kann man lange darüber diskutieren, wie es dazu kommen konnte, dass wir mit diesem Problem in diesem Ausmaß konfrontiert sind. Hier gibt es viele Ursachen und erst in ihrem Zusammenspiel wird deutlich, dass wir es hier

keineswegs mit einem kurzfristigen Phänomen, sondern eher mit einer gesamtgesellschaftlichen und facettenreichen Entwicklung zu tun haben. Es wäre zu kurz gesprungen, wenn man hier alles auf die intelligente und organisierte Nutzung der Medien durch Populisten zurückführen würde. Auch die regulatorischen Versäumnisse der Judikative und Exekutive im Angesicht global und auf eigenen Gemeinschaftsstandards agierender Unternehmen (Facebook, Twitter, YouTube, etc.) als einzige Ursache heranzuführen, wäre nicht ausreichend. Vielmehr glaube ich, dass wir unseren Blick auf ein größeres Thema lenken sollten: Auf den Werteverfall in unserer Gesellschaft und auf den fehlenden Diskurs über die Werte, die wir als Grundlage unserer Gemeinschaft teilen wollen. Jetzt kann man sagen, dass wir ja ein Grundgesetz, einen Rechtsstaat sowie eine kulturelle Identität haben, die uns den Rahmen für unser Zusammenleben vorgeben. Aber ich bin mir im Angesicht der Kommentarspalten nicht mehr so sicher, ob wir uns der Inhalte und Werte dieser Instanzen, auf die wir oder unsere Vorfahren sich einmal geeinigt haben, noch bewusst sind. Vielmehr glaube ich, dass wir sie wiederbeleben müssen.

Im Dezember 2016 habe ich die Facebook-Gruppe #ichbinhier ins Leben gerufen. Das Ziel der Gruppe ist eine Verbesserung der Diskussionskultur in den Sozialen Medien. Der katastrophale Zustand der aktuellen Diskussionskultur oder die totale Abwesenheit einer Kommunikationskultur in den Dialogmedien hatte mich schon viele Jahre zuvor stark beunruhigt und die Idee einer teamorientierten Aktionsgruppe, die sachlich, empathisch und konstruktiv mit Hassrede im Netz umgeht, hat mich begeistert und zum Start dieser Gruppe veranlasst. Mit meiner Wahrnehmung der Situation stand ich wohl nicht allein da. Die Gruppe hat bereits 37.000 Mitglieder, welche die Gruppenziele und ihren Zweck unterstützen und die sich seit nunmehr 10 Monaten täglich jenseits ihrer eigenen Gesinnungsblasen für den Pluralismus und die freiheitliche demokratische Grundordnung einsetzen.

Wir wollen erreichen, dass Menschen in den sozialen Medien besser vor anderen Menschen geschützt werden.

#ichbinhier ist eine Wertegemeinschaft mit einer starken Vision. Wir wollen erreichen, dass Menschen in den sozialen Medien besser vor anderen Menschen geschützt werden. Wir wollen, dass wir im Rahmen von und unter Kenntnis der Meinungsfreiheit lernen, in Zukunft wieder konstruktiv und respektvoll miteinander zu streiten. Wir wollen eine friedliche Gesellschaft und die fängt unserer Meinung nach mit einer gewaltfreien Sprache auf individueller Ebene an.

Literaturempfehlungen

.....

Blume, Michael. Warum der Antisemitismus uns alle bedroht. Wie neue Medien alte Verschwörungsmythen befeuern. Ostfildern: Patmos Verlag, 2019.

Ley, Hannes und Carsten Görig. #Ichbinhier. Zusammen gegen Fake News und Hass im Netz. Köln: Dumont Buchverlag, 2018.

„Das wird man wohl noch sagen dürfen“ vs. Grenzen der Meinungsfreiheit



Sina Laubenstein ist bei den Neuen deutschen Medienmachern als Projektmanagerin zuständig für die No Hate Speech Kampagne.

Debatten um die Meinungsfreiheit sind aus politischen und medialen Diskursen nicht mehr wegzudenken und das nicht nur in Deutschland oder Europa: Auch auf globaler Ebene bietet das Recht auf freie Meinungsäußerung genügend Diskussionsstoff, um alljährlich in den Schlagzeilen zu landen und seitenweise Artikel zu füllen. Dabei könnte es ganz einfach sein, denn das Recht jedes Menschen auf freie Meinungsäußerung gilt nicht nur als Grundpfeiler, sondern auch als einer der wichtigsten Maßstäbe für den Zustand eines jeden demokratischen Staates. Dieses Recht ist nicht nur in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert, sondern auch in der Verfassung verschiedener Staaten explizit genannt. So gehört die Redefreiheit in den USA als erster Zusatz zur Verfassung der Vereinigten Staaten zu den Bill of Rights, in Deutschland widmet sich Artikel 5 des Grundgesetzes dem Recht auf freie Meinungsäußerung.

Wie viel Meinung muss eine demokratische und tolerante Gesellschaft akzeptieren und wo greifen Diskriminierungsschutz und das Recht auf Menschenwürde?



Dennoch entflammen immer wieder hitzige Debatten um die Meinungsfreiheit oder vielmehr um ihre vermeintlichen Grenzen. Steht doch das Recht auf freie Meinungsäußerung in einem Spannungsverhältnis: Wie viel Meinung muss eine demokratische und tolerante Gesellschaft akzeptieren und wo greifen Diskriminierungsschutz und das Recht auf Menschenwürde? Der Grundgesetzartikel fördert dieses Paradox, benennt er doch im zweiten Absatz die verfassungsrechtlichen Grenzen der Meinungsfreiheit. Demnach findet das Recht auf freie Meinungsäußerung seine „Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.“¹

.....
1 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Art. 5 Abs. 2.

Insbesondere die jüngsten Forderungen nach stärkerer Regulierung von Hassreden im Internet sowie die Verabschiedung Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG) verlangen in Deutschland nach einer wiederholten Auseinandersetzung mit eben jenem Spannungsverhältnis, aber auch mit der Meinungsfreiheit insgesamt.

Das Bundesverfassungsgericht fasst den Begriff Meinung sehr weit und flexibel; demnach sind Meinungen Äußerungen, die „stets in den Schutzbereich von Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG [fallen], ohne dass es dabei darauf ankäme, ob sie sich als wahr oder unwahr erweisen, ob sie begründet oder grundlos, emotional oder rational sind, als wertvoll oder wertlos, gefährlich oder harmlos eingeschätzt werden.“²

.....
2 Bundesverfassungsgericht 1 BvR 1384/ 16

Entsprechend gelangt man zu der Schlussfolgerung, dass Hass sehr wohl eine Meinung sein kann. Es steht aber nirgendwo geschrieben, dass wir hasserfüllte Meinungen akzeptieren, geschweige denn unkommentiert stehen lassen müssen. Darüber hinaus gibt es in Deutschland, wie auch in anderen Ländern, Gesetze und Vorgaben, die die Meinungsfreiheit auf juristischer Ebene einschränken. Unter anderem sind Beleidigungen, Volksverhetzung, der öffentliche Aufruf zu Straftaten sowie die Verleugnung des Holocausts per Gesetz in Deutschland verboten. Interessant ist hier der Vergleich mit den USA: Dort ist die Verleugnung des Holocausts von der Meinungsfreiheit gedeckt.

Die flexible Definition des Bundesverfassungsgerichts mag auch von der besonderen deutschen Geschichte geprägt sein: Die Meinungsfreiheit war zu Zeiten des Nationalsozialismus nicht existent, vielmehr wurden die Meinungen (und Menschen) verfolgt, die sich dem Regime widersetzten. Die gegen Ende Februar 1933 erlassene „Reichstagsbrandverordnung“ setzte die elementarsten Grundrechte außer Kraft - so konnten die Presse- und Meinungsfreiheit ohne nähere Begründung eingeschränkt werden. Doch nicht nur zu Zeiten des Nationalsozialismus war die Meinungsfreiheit in Deutschland eingeschränkt: Zwar garantierte Artikel 27 der Verfassung der DDR allen Bürgerinnen und Bürgern auf dem Papier das Recht, ihre Meinung frei zu äußern. „Staatsfeindliche Hetze“ wurde aber, laut Strafgesetzbuch, verfolgt und unter Strafe gestellt, nicht zuletzt, weil die Meinungsfreiheit für die SED ein Risiko darstellte. Ergo brachten sich viele Menschen mit ihrer freigeäußerten Meinung in Gefahr, hatte doch das Ministerium für Staatssicherheit, kurz Stasi, Augen und Ohren in allen Bereichen. Darüber hinaus unterlagen Kunst und Medien der staatlichen Führung und wurden entsprechend zensuriert, um die Herrschaft der SED zu schützen.

„Wenn Freiheit überhaupt etwas bedeutet, dann vor allem das Recht, anderen Leuten das zu sagen, was sie nicht hören wollen“, schrieb George Orwell über die Meinungsfreiheit. In einem demokratischen Staat sollen wir auch extreme Meinungen aushalten, so will es nicht nur das Bundesverfassungsgericht, das wollen auch rund zwei Drittel der Journalistinnen und Journalisten, die sich alljährlich in die Debatten rund um die Meinungsfreiheit stürzen. Sollten wir Meinungen akzeptierten, die Demokratie

und Menschenrechte infrage stellen, weil das Recht auf freie Meinungsäußerung eben auch extreme Meinungen schützt? Es ist, wie schon gesagt, ein Paradox. Die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut. Per Gesetz müssen wir einen scharfen Ton, selbst grenzwertige Äußerungen, aushalten, als Gesellschaft aber eben schon lange nicht mehr. Wir müssen Menschenfeindlichkeit nicht akzeptieren, auch nicht, wenn sie vermeintlich von der Meinungsfreiheit gedeckt ist. Das Recht auf freie Meinungsäußerung bedeutet nicht, dass Rassismus und menschenfeindliche Äußerungen gehört werden sollen und Zuspruch verdienen. Wir können aktiv werden, unser eigenes Recht auf freie Meinungsäußerung nutzen und anderen Menschen direkt sagen, dass sie rassistisch und menschenfeindlich sind. Denn auch wir haben die Freiheit, anderen Menschen zu sagen, was sie nicht hören wollen - etwas, das Menschenfeindinnen und Menschenfeinde nur selten wahrhaben wollen.



**NO HATE
SPEECH
MOVEMENT**

www.no-hate-speech.de



Weiterführende Informationen*

*Auf den folgenden Seiten finden sich weiterführende Informationen zu ausgewählten Phänomenen und Herausforderungen sowie Beispiele für das Agieren extremer Netzcommunities.

Diese Auswahl beansprucht nicht, die komplette Bandbreite der Erscheinungsformen abwertender Handlungen im Netz aufzuführen. Vielmehr zeigt diese auf, welche Schwerpunkte das Modellprojekt überwiegend bearbeitet hat und welche Bedarfe von den Adressat*innen angemeldet wurden.

Michael Butter	49
Vanessa Vu	55
Armin Langer	61
Eren Güvercin und Engin Karahan	72
Jens Ostwaldt.....	79
Leo Träumer	86

Verschwörungstheorien, Fake News, Hass und Gewalt

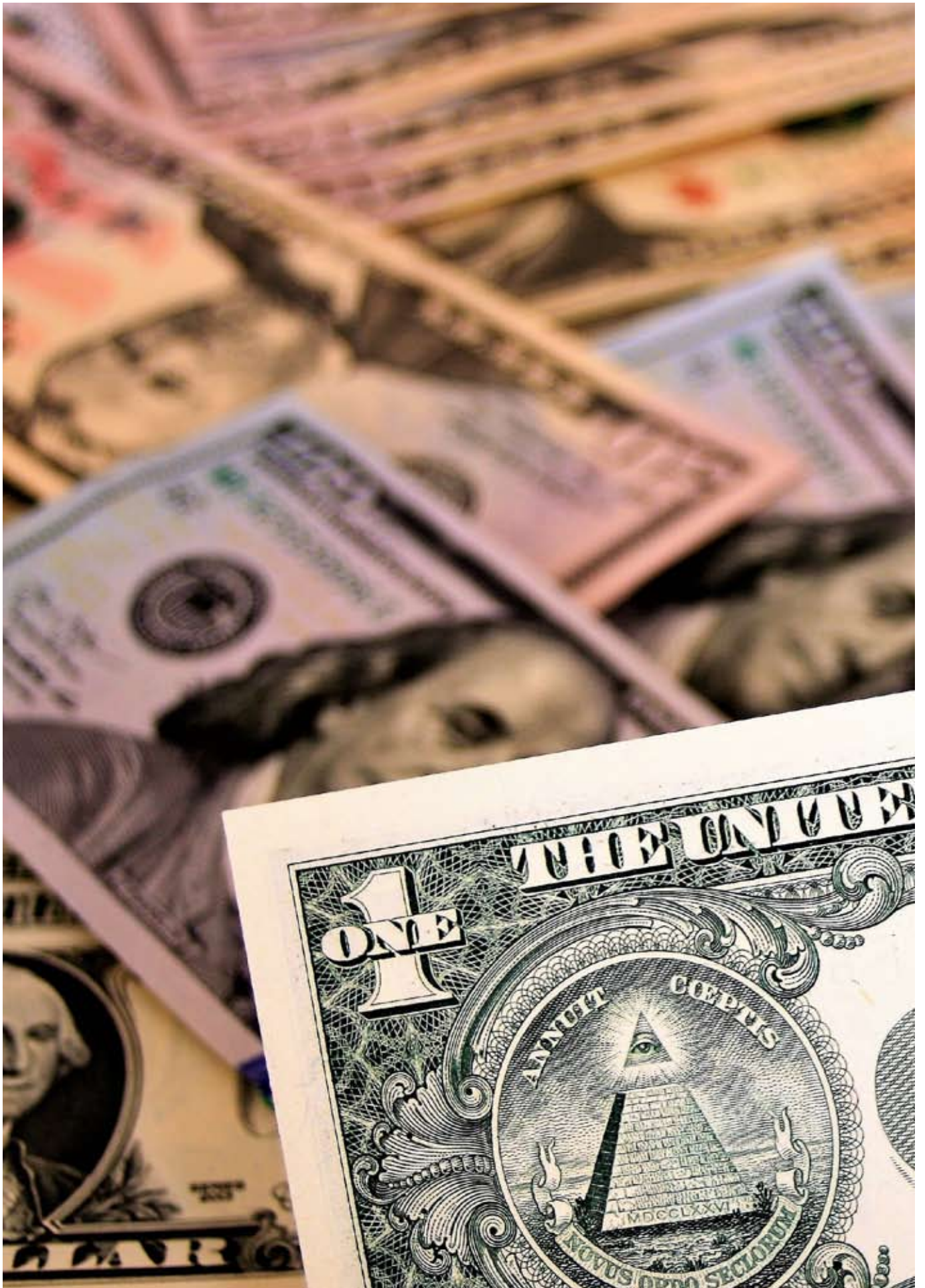


Prof. Dr. **Michael Butter** ist Inhaber des Lehrstuhls für amerikanische Literatur- und Kulturgeschichte an der Universität Tübingen. Er studierte in Freiburg, Norwich und Yale Anglistik, Germanistik und Geschichte, promovierte in Bonn und habilitierte sich schließlich in Freiburg. Mit Peter Knight von der Universität Manchester leitet er ein Projekt zur vergleichenden Erforschung von Verschwörungstheorien, an dem mehr als 150 Wissenschaftler aus 39 Ländern beteiligt sind. Im Frühjahr 2018 erschien sein Buch *„Nichts ist, wie es scheint“: Über Verschwörungstheorien*

Am 11. August 1834 brannte ein protestantischer Mob in Charlestown in der Nähe von Boston ein katholisches Kloster nieder. Verletzt wurde niemand. Am 19. Oktober 2016 schoss ein „Reichsbürger“ in Georgensgmünd bei Nürnberg durch die verriegelte Wohnungstür auf ein Sondereinsatzkommando der Polizei, das gekommen war, um seine Schusswaffen zu beschlagnahmen. Ein Polizist wurde getötet. Am 27. Oktober 2018 eröffnete ein Attentäter in der Tree-of-Life-Synagoge in Pittsburgh das Feuer auf die versammelte jüdische Gemeinde. 11 Menschen starben. Am 22. Juli 2011 tötete Anders Breivik bei einem Bombenanschlag im Regierungsviertel in Oslo acht Menschen. Anschließend fuhr er auf die Insel Utøya und eröffnete das Feuer auf die Teilnehmer*innen eines Zeltlagers der sozialdemokratischen Jugendorganisation. 69 Menschen kamen ums Leben. Zwischen 1941 und 1945 wurden in den Vernichtungslagern der Nazis mehr als 6 Millionen Juden ermordet.

Diesen tragischen Fällen ist gemeinsam, dass sich der Hass und die daraus resultierende Gewalt der Täter zu einem beträchtlichen Teil aus Verschwörungstheorien speiste.

Diesen tragischen Fällen ist gemeinsam, dass sich der Hass und die daraus resultierende Gewalt der Täter zu einem beträchtlichen Teil aus Verschwörungstheorien speiste, also aus der Annahme, dass es eine im Geheimen operierende Gruppe gibt, die Verschwörer, die Ereignisse und Entwicklungen von langer Hand geplant haben und diesen Plan nun Schritt für Schritt in die Tat umsetzen. Am Tag vor den Ausschreitungen in Charlestown beschuldigte der Geistliche Lyman Beecher in einer Predigt die katholischen Einwanderer, die Fußsoldaten in einem Komplott



des Papstes und der gekrönten Häupter Europas gegen die USA zu sein. Reichsbürger*innen glauben, dass Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg nicht souverän geworden und noch immer von den Alliierten besetzt ist und von diesen als Firma betrieben wird (Stichwort: Deutschland GmbH). Anders Breivik stellte kurz vor seinen Anschlägen ein mehr als 1500 Seiten dickes Manifest ins Internet, in dem er Verschwörungstheorien zur angeblichen Islamisierung Europas durch die kulturellen Eliten verbreitet. Und sowohl der Attentäter von Pittsburgh als auch die Nazis glaubten an die äußerst langlebige Verschwörungstheorie von der jüdischen Weltverschwörung.

Die Beispiele zeigen, dass ganz unterschiedliche Gruppen Ziel von durch konspiratorische Verdächtigungen motivierter Gewalt werden können. In Charlestown und Pittsburgh waren Religionsgemeinschaften das Ziel; die Taten wurden in religiös geprägten Orten verübt. In Georgensgmünd richtete sich die Gewalt gegen die Repräsentant*innen eines angeblich illegitimen Staates, dessen Regierung als Marionette einer geheimen Weltregierung begriffen wird. Auf Utøya wurde ein ideologischer Feind angegriffen, der Nachwuchs einer Partei, die in den Augen des Attentäters den gezielten Austausch der christlichen Bevölkerung Europas vorantreibt. Und der Genozid der Nationalsozialisten richtete sich nicht primär gegen die Juden als Religionsgemeinschaft, sondern als ethnische Gruppe.

Bevor ich systematisch erörtere, wie und warum manche Verschwörungstheorien Hass schüren und zu Gewalt führen können, sind zwei Vorbemerkungen nötig, um unangebrachte Pauschalisierungen zu vermeiden. Erstens sind nicht alle Verschwörungstheorien und schon gar nicht alle Verschwörungstheoretiker gefährlich, auch wenn Artikel wie dieser leicht diesen Eindruck erwecken, weil sie sich auf solche Fälle konzentrieren. Es ist aber immer nötig, genau hinzusehen, denn zum einen sind manche Verschwörungstheorien gefährlicher als andere, weil sie zum Beispiel Rassismus oder Antisemitismus schüren. Zum anderen ist fast immer der Kontext entscheidend. Es kommt neben dem Inhalt der Verschwörungstheorie auch entscheidend darauf an, wer wann und in welcher Situation an sie glaubt. Zweitens ist der Zusammenhang zwischen Gewalt und Verschwörungstheorien alles andere als eindeutig. Eine

große Studie des britischen Think Tanks Demos kam 2010 zu dem Schluss, dass Verschwörungstheorien ein Katalysator sein können, der extremistische Gruppen radikaler und gewalttätiger macht, es aber keineswegs sein müssen, da es zahlreiche Gegenbeispiele gibt.

Unabhängig davon, welche Affinität sie zu Gewalt haben, ist allen Verschwörungstheorien gemein, dass sie Chaos und Zufall ausschließen. Im Konspirationismus ist weder Platz für Kontingenz noch für die strukturellen Erklärungen der modernen Sozialwissenschaften. Verschwörungstheorien gehen davon aus, dass die Dinge nicht einfach so geschehen oder die unbeabsichtigte Folge anderer Handlungen sind. Sie behaupten, dass alles geplant wurde, und sehen deshalb eine mehr oder weniger große Gruppe von rational und absichtsvoll handelnden Individuen als verantwortlich für Ereignisse und Entwicklungen an. So ermöglichen sie es, vermeintlich Schuldige zu identifizieren. Während in den klassischen Sündenbocktheorien meist Einzelpersonen aus der Gemeinschaft ausgestoßen werden, nehmen Verschwörungstheorien per definitionem immer mehrere Menschen ins Visier. Es handelt sich also um eine kollektive Form des „Othering“.

Zudem haben Verschwörungstheorien - und das ist im hier diskutierten Zusammenhang sehr wichtig - eine Entlastungsfunktion. Wer Barack Obama als Präsidenten ablehnte, weil er schwarz ist, und unbedingt verhindern wollte, dass Hillary Clinton ihm nachfolgte, weil sie eine Frau ist, sah sich aus gutem Grund dem Vorwurf ausgesetzt, rassistisch und sexistisch zu sein. Wer aber Obama und Clinton als Marionetten einer auf eine Neue Weltordnung zielenden Konspiration sah, konnte diese Vorwürfe zumindest für sich abtun. Analog funktionieren auch deutsche Verschwörungstheorien, die Ressentiments über Geflüchtete bedienen. Wenn die Migrant*innen nicht aus purer Not nach Deutschland kommen, sondern Teil eines perfiden Plans sind, ist Widerstand gegen ihre Anwesenheit kein Ausdruck von Vorurteilen, sondern wohlmotiviert. Hass und mitunter auch Gewalt können so legitimiert werden.

Verschwörungstheorien können Fake News sein, also bewusst verbreitete Lügen, die darauf abzielen, bestimmte Personen oder Institutionen zu diskreditieren und so ein bestimmtes Ziel zu erreichen. Sie sind es aber nicht

zwangsläufig; die Begriffe sind nicht deckungsgleich. Zum einen behaupten nicht alle bewusst verbreiteten Fehlinformationen die Existenz einer Verschwörung; oft geht es „nur“ um Diffamierung und Verleumdung. Zum anderen sind viele Verschwörungstheoretiker absolut überzeugt, der Wahrheit ans Licht zu verhelfen. Sie verbreiten also nicht absichtlich falsche Informationen. Im Einzelfall ist es nicht immer leicht zu entscheiden, ob eine Verschwörungstheorie von demjenigen, der sie verbreitet, selbst geglaubt wird oder nicht. Für ihre Wirkung spielt dies jedoch in der Regel keine Rolle.

Während Fake News ein sehr neues Konzept ist, gibt es den Begriff „Verschwörungstheorie“ in seiner modernen Bedeutung bereits seit Mitte des 20. Jahrhunderts. Die Vorstellung, dass dunkle Gestalten sich verschworen haben, ist jedoch noch wesentlich älter. In der Forschung wird derzeit diskutiert, ob es Verschwörungstheorien moderner Prägung bereits in der Frühen Neuzeit oder erst seit dem 18. Jahrhundert gibt. Zunehmender Konsens herrscht dagegen darüber, dass es bis weit ins 20. Jahrhundert hinein völlig normal war, an Verschwörungstheorien zu glauben. Erst in den 1950er-Jahren kam es in Europa und Nordamerika zu einem Prozess der Stigmatisierung und Delegitimierung von konspirationistischem Wissen, sodass Verschwörungstheorien aus der Mitte der Gesellschaft an deren Ränder wanderten. Sie verloren nicht völlig an Popularität, aber sie existierten fortan vor allem in Subkulturen und unter dem Radar des Mainstreams.

Mit dem Aufkommen des Internets haben Verschwörungstheorien wieder an Sichtbarkeit und dadurch auch an Popularität gewonnen.

Mit dem Aufkommen des Internets haben Verschwörungstheorien wieder an Sichtbarkeit und dadurch auch an Popularität gewonnen. Über Plattformen wie YouTube, Facebook oder Blogs ist es für Verschwörungstheoretiker sehr leicht geworden, ihre Ideen zu verbreiten. Die Gestaltungsmöglichkeiten des digitalen Zeitalters tun ein Übriges. Wurden Verschwörungstheorien früher in dicken, bisweilen im Selbstverlag veröffentlichten Büchern verbreitet,

erscheinen sie heute oft als professionell aussehende, schnell geschnittene Videos. Die Deutungsangebote von Verschwörungstheorien sind somit durch das Internet wieder leichter verfügbar. Hinzu kommt, dass Verschwörungstheoretiker über das Internet viel besser vernetzt sind als früher und sich so leichter in ihren Überzeugungen bestärken können. Das hat zur Folge, dass wieder mehr Menschen an Verschwörungstheorien glauben; der Anstieg ist aber bei Weitem nicht so extrem, wie es uns mitunter vorkommt. Wichtiger ist, dass durch das Internet aus den Subkulturen vergangener Jahrzehnte Teil- und Gegenöffentlichkeiten mit eigenen, alternativen Mediensystemen entstanden sind, in denen es wieder völlig normal ist, an Verschwörungstheorien zu glauben. Wer sich in diesen Filterblasen und Echokammern bewegt, kommt mit anderen Erklärungen oft gar nicht mehr in Berührung.

Schließlich hat sich durch die sozialen Medien die Umschlagzeit von Verschwörungstheorien komplett verändert. Zudem ist das Verbreiten solcher Theorien zu einem Geschäft geworden. Egal, um welches signifikante Ereignis es sich handelt – ein Unglück, ein Anschlag, eine Wahl oder auch nur ein Schwächeanfall einer Politikerin –, es dauert heute oft nur Minuten, bis über Twitter und Facebook die ersten Versatzstücke von Verschwörungstheorien kursieren. Wenige Stunden später erscheinen dann bei YouTube die ersten Videos, in denen die Produzent*innen nachzuweisen versuchen, dass Hillary Clinton nach ihrem Zusammenbruch auf der Gedenkfeier für die Opfer des 11. September im Wahlkampf 2016 durch eine Doppelgängerin ersetzt oder dass der verheerende Anschlag von Las Vegas im Oktober 2017 von der Regierung inszeniert wurde, um das Recht auf Waffenbesitz einzuschränken. Oft werden in diesen, meist nur wenige Minuten langen Videos einander widersprechende, aber immer konspirationistische Interpretation nebeneinandergestellt. Das deutet darauf hin, dass es den Produzent*innen hier weniger darum geht, die Wahrheit ans Licht zu bringen, als möglichst hohe Klickzahlen und so große Werbeeinnahmen zu generieren. Durch das Internet sind Verschwörungstheorien (wieder) zu einem Riesengeschäft geworden. Dass Verschwörungstheorien Hass schüren und zu Gewalt führen können, wird dabei in Kauf genommen.



Literaturempfehlungen

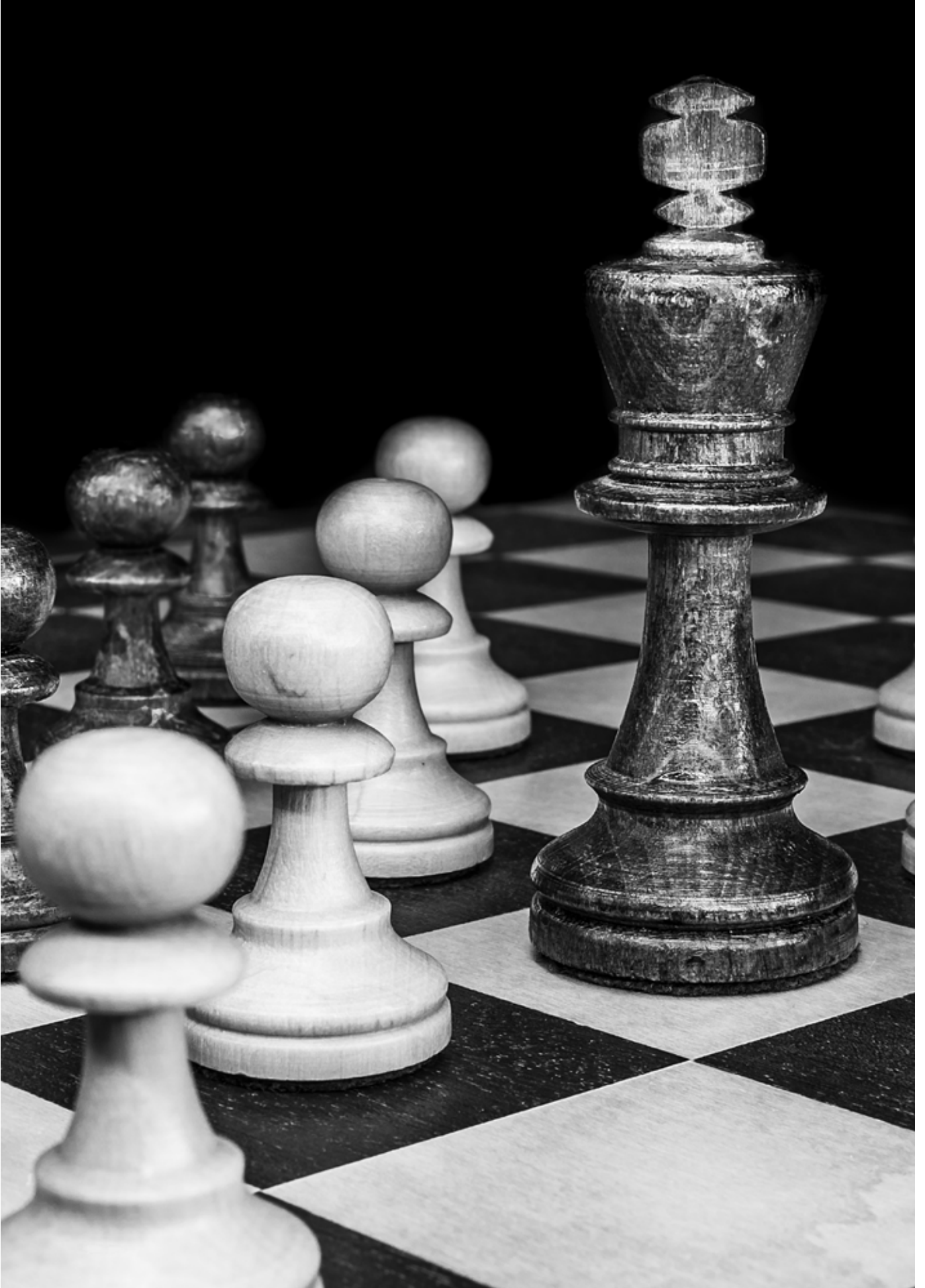
.....

Bartlett, Jamie und Carl Miller. *The Power of Unreason. Conspiracy Theories, Extremism and Counter-Terrorism*. London: Demos, 2010.

Butter, Michael. „Nichts ist wie es scheint.“ *Über Verschwörungstheorien*. Berlin: Suhrkamp, 2018.

Pfahl-Traugber, Armin. „„Bausteine“ zu einer Theorie über „Verschwörungstheorien“: Definition, Erscheinungsformen, Funktionen und Ursachen.“ In *Verschwörungstheorien: Theorie - Geschichte - Wirkung*, Herausgeber: Helmut Rieinalter, Innsbruck: StudienVerlag, 2002: 30-44.

Thalman, Katharina. *„A Plot to Make Us Look Foolish“: The Stigmatization of Conspiracy Theory since the 1950s*. London: Routledge, 2019.



Genese einer Ideologie

Die Erfindung des Rassismus



Foto von Michael Heck für ZEIT ONLINE

Vanessa Vu ist Politik- und Gesellschaftsredakteurin

Es gibt eine Zeichnung aus dem frühen 19. Jahrhundert, die die brasilianische Sklavin Anastácia zeigt. Um den Hals trägt sie einen Metallring wie ein Hundehalsband. Vor ihrem Mund klemmt ein Stück Blech, das von Schnüren über Wangen und Stirn zum Hinterkopf festgebunden ist. Das Blechstück führt weiter in den Mund zwischen Zunge und Kiefer. Es ist die *Máscara de flandres*, ein Folterinstrument: Es verhinderte, dass Sklaven essen, trinken oder miteinander sprechen konnten.

Mehr als 300 Jahre lang kam diese Maske zum Einsatz. Für die Psychoanalytikerin und Künstlerin Grada Kilomba steht die *Máscara de flandres* wie kein anderes Symbol für das koloniale Projekt und die Funktionsweise von Rassismus: die Macht auf der einen Seite, die Ohnmacht auf der anderen Seite, und das Schweigen dazwischen. Was hätten sich die weißen Sklavenhalter anhören müssen, wenn die schwarzen Sklaven hätten reden können?

Schuldgefühle und Scham

Heute sind die Kolonialherren weg, die Sklaven sind frei. Die Masken aber tragen sie bis heute, sagt Kilomba. Die Masken sind nur unsichtbar geworden. Bis heute sind jene, die diese Maske tragen, oft sprach- und machtlos. Weil die anderen, die ihnen die Masken aufsetzen, heute noch Angst vor ihren Worten haben. Und weil sie Schuldgefühle und Scham plagen.

„Wenn Menschen mich mögen, sagen sie, sie tun es trotz meiner Farbe. Wenn sie mich nicht mögen, stellen sie heraus, sie tun es nicht wegen meiner Farbe.“

- Frantz Fanon -

Eigentlich soll es keinen Rassismus geben. Das deutsche Grundgesetz und alle anderen liberalen Verfassungen verbieten ihn. „Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus dürfen in Deutschland und auch anderswo keinen Platz haben“, sagte die Bundeskanzlerin zum 25. Jahrestag des rassistisch motivierten Brandanschlags in Solingen.

Aber die Realität sieht anders aus. „Wenn Menschen mich mögen, sagen sie, sie tun es trotz meiner Farbe. Wenn sie mich nicht mögen, stellen sie heraus, sie tun es nicht wegen meiner Farbe.“ So beschrieb es der Theoretiker Frantz Fanon 1952, der in der früheren französischen Kolonie Martinique geboren wurde und als Schwarzer dort trotz rechtlicher Gleichstellung herablassend behandelt wurde. Und so erleben es viele auch heute, auch in Deutschland: Da ist zum Beispiel Amanuel, dessen Kollege ihm Bananen auf seinen Arbeitsplatz legte und dabei Affengeräusche machte, Burak, der viel mehr Bewerbungen schreiben muss als Bernd, oder Ismail, der länger nach einer Wohnung suchen muss als Hanna, und die Polizei kontrolliert einen Pakka häufiger ohne Anlass als einen Paul.

Rassismus ist die stille, vielleicht wirkmächtigste Ideologie der Menschheitsgeschichte. Wie konnte das passieren?

Biologisch, darüber sind sich Wissenschaftler heute einig, gibt es keine unterschiedlichen, abgrenzbaren Menschenrassen. Das sei vielmehr eine „ideologische Kopfgeburt“, schreibt der Soziologe Wulf D. Hund. In die Welt gekommen mit Hilfe kolonialer Gewalt, von der Aufklärung des 18. Jahrhunderts systematisiert und in den falschen Stand eines wissenschaftlich beweisbaren Fakts erhoben.

Jahrhundertlang kamen die Menschen ohne Rassismus aus. Aber das Bedürfnis, sich und die eigene Gruppe aufzuwerten, indem man andere abwertet, das gab es wohl schon immer. Das Wort für „ich“ ist in vielen Sprachen identisch mit dem Wort „Mensch“. Alle anderen sind in der Sprachlogik nicht mal Menschen. Und seit jeher bekämpften die Menschen einander, Sieger drängten nach Kriegen

den Besiegten ihre Kultur auf oder versklavten sie. Doch wer Sieger und wer Verlierer war, darüber entschieden keine körperlichen Unterschiede. Die waren lange unwichtig.

Die Wende kam im Mittelalter

In der europäischen Antike zum Beispiel hatten Menschen Unterschiede in ihrem Teint zwar wahrgenommen, der Unterschied ordnete aber nicht ihr Zusammenleben. Die Grenze verlief laut dem Historiker Christian Geulen anderswo, beispielsweise zwischen Hellenen im griechischen Einflussgebiet und Barbaren jenseits davon. Beide gehörten zur antiken Gesellschaft dazu, auch wenn Aristoteles die Barbaren zu geborenen Knechten erklärte und Alexander der Große meinte, mit Barbaren müsse man umgehen wie mit Tieren. Es waren Vorurteile, aber keine unveränderlichen: Barbaren konnten Hellenen werden, „und weder Aristoteles noch sonst ein Grieche wäre auf die Idee gekommen, dass die Welt ohne Barbaren eine bessere wäre“, schreibt Geulen. Ähnlich dachten die Römer, die später hellenische Staaten eroberten.

Das änderte sich auch nicht, als die Römer ihren Machtbereich bis an den Rhein ausdehnten und an dessen Ufern auf die Germanen trafen. Sie unterwarfen die Germanen ebenso wie die Gallier und die Kelten - aber nicht, weil die Germanen sich körperlich von ihnen unterschieden, sondern weil die Römer sie für dumm und unzivilisiert hielten.

Die Wende begann im christlichen Mittelalter. In der aristotelischen Weltordnung war für Alle Platz, wenn auch nicht mit den gleichen Rechten. Die Christen des Mittelalters hingegen erhoben erstmals den Anspruch, ihre Religion sei die einzig wahre Religion für alle Menschen. Wer nicht dazugehören wollte, wurde verteufelt und drohte aus Sicht der Christen die eigene Gruppe zu unterwandern und damit zu zerstören. Augustinus und andere Gelehrte und Scholastiker gaben dem neuen Gedanken ein theologisches Fundament. Das bis dahin selbstverständliche Zusammenleben verschiedener Gruppen erklärten sie zur Gefahr.

Frage nach dem reinen Blut

Dieser Gedanke war wichtig für das, was sich ab der Neuzeit zu einer Ideologie namens Rassismus entwickeln sollte. Hier entstehen die Versuche, einen essenziellen Unterschied zwischen sich und den vermeintlich ganz anderen

herzustellen, um die eigene Überlegenheit zu begründen und daraus einen alleinigen Anspruch auf Macht und Ressourcen abzuleiten.

Ein Jahr sticht dabei besonders heraus: 1492. Das Alhambra-Edikt ordnete die Zwangsbekehrung der Juden aus dem heutigen spanischen Gebiet an. Damit schlossen die Christen die Reconquista ab, die Rückeroberung des Landes, in dem zuvor jahrhundertlang Christen, Juden und Muslime weitgehend friedlich zusammengelebt hatten.

Allerdings trauten die Christen ihren eigenen Regeln nicht, zu groß war die inzwischen theologisch begründete Angst vor Fremdkörpern. Sie verdächtigten die übergetretenen Juden, nur oberflächlich zum Christentum konvertiert zu sein und insgeheim ihr Judentum weiterzuleben. Taufe und Glaubensbekenntnis allein galten nicht mehr. Aus der Frage nach dem „reinen Glauben“ wurde eine Frage nach der „Reinheit des Blutes“, der *limpieza de sangre*. Der Verdacht des unreinen Blutes konnte jeden treffen, von der Landbevölkerung bis zum Adel. Die Folge war häufig Vernichtung auf dem Scheiterhaufen. In dieser Zeit tauchte auch erstmals der Begriff Rasse auf. Er diente zur Aufspürung zu bekehrender Gruppen.

Vielfalt als Bedrohung

Was in Spanien begann, setzte sich überall in Europa und mit der europäischen Expansion fort. Spanien war zu der Zeit mit drei Weltreligionen und großen Seefahrten ein bedeutendes Zentrum und trug seine Ideen bereitwillig nach außen. Umgekehrt interessierten sich andere Länder für spanische Strategien. Europa sortierte sich gerade neu, die Kirche brach auseinander. Da wollte man wissen, wie die Spanier inmitten des Chaos voringen. Und dort galt Vielfalt als Bedrohung für das eigene Überleben - umso mehr, als die Spanier nach der Weltumrundung von Ferdinand Magellan im 16. Jahrhundert verstanden hatten, dass die Erde eine Kugel war, auf der es nur begrenzt Platz gab. Sie mussten den Planeten teilen - und wollten es nicht.

Da kam ihnen die reifende Vorstellung von unterschiedlichen Menschenrassen gerade recht. Mit der Idee konnten sie zu Hause die brutalen Annexionen, die Sklaverei und die Ausbeutung in anderen Teilen der Welt rechtfertigen. Bald galten die vermeintlich rassistisch Anderen nicht nur

als unrein und gefährlich, sondern auch noch als faul und triebgesteuert. Den Anderen, vor allem den schwarzen Versklavten, wurde alles unterstellt, was man selbst auf keinen Fall sein wollte oder durfte. Karikaturen und erfundene Geschichten über Kannibalen schmückten dieses Bild aus. Die eigentliche Rassenlehre wurde zwar erst später ausformuliert, aber ihre Grundzüge legitimierten schon damals ein hocheffizientes Herrschaftssystem mit weltweitem Sklavenhandel.

Die Suche nach etwas, das es nicht geben konnte

Die Vorstellung, dass die Anderen fundamental anders seien als man selbst, sickerte so tief ins Bewusstsein, dass einige Europäer es gar als ihre moralische Pflicht sahen, die Versklavten zu erziehen und zu zivilisieren. Wieder andere begannen damit, die vermeintlich Primitiven zu erforschen. Es war der Beginn der Völkerkunde. Nicht selten forschten die Völkerkundler im Auftrag der Kolonialherren, die ihr Einflussgebiet besser verstehen wollten, um die Menschen darin effizienter zu unterwerfen.

Im 18. Jahrhundert kamen die Aufklärer und forderten Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit für alle Menschen. Dem frühen Rassismus tat das keinen Abbruch. Vielmehr begann die Suche nach etwas, das es nicht geben konnte: wissenschaftliche Beweise für die Existenz und Ungleichheit der Rassen.

Die Suche begann bei Äußerlichkeiten. „Die Menschheit ist in ihrer größten Vollkommenheit in der Rasse der Weißen“, sagte der Philosoph Immanuel Kant. „Die Gelben“ hätten schon ein geringeres Talent und die Schwarzen hätten „von der Natur kein Gefühl, welches über das Läppische stiege“. Einige glaubten, im Klima die Erklärung gefunden zu haben: Das gemäßigste europäische Klima begünstige die Entstehung von Hochkulturen, während Hitze die Leute faul mache und Kälte herzlos. Andere schufen die Figur des edlen Wilden, die in einer Art natürlichen Urzustand lebt. Im Gegensatz dazu seien Europäer moralisch verkommen. Später begannen Anthropologen, den Unterschied an

Körpern beweisen zu wollen. Schädel, Kiefer, Nasenform - alles kam unter die Lineale der Forscher und in lange Tabellen, die später in den Lehrbüchern des Nationalsozialismus landen sollten.

„Die Menschheit ist in ihrer größten Vollkommenheit in der Rasse der Weißen.“

- Immanuel Kant -

Dass keine dieser Beweisführungen haltbar war, hielt die Nutznießer der Forschung zu keiner Zeit davon ab, sie zu glauben. Was nicht passte, wurde passend gemacht, Abweichungen einfach weggelassen. Und wenn man, wie bei Juden, im Alltag und äußerlich kaum Unterschiede ausmachen konnte, verpasste man ihnen auf NS-Propagandazeichnungen Hakennasen und grimmige Gesichter und ab 1939 im echten Leben Judensterne. Damit sie eben doch äußerlich unterscheidbar waren.

Neue Begehrlichkeiten weckte die Entdeckung der Gene, der Blick ins Innerste des Menschen: Vielleicht ließe sich hier, in den kleinsten Bauteilen, ein unwiderlegbarer Rassenunterschied beweisen? Die Paranoia der spanischen Reconquista ist so bis heute lebendig. In ihrer extremsten Form führt sie zur „sozialen Hypochondrie“, wie es der französische Psychoanalytiker und Anthropologe Pierre-Yves Gaudard nennt: zu einer tiefsitzenden Angst, dass sich die Eigenschaften der anderen, schlechteren Rassen irgendwie übertragen könnten. So erklärt er sich die Wucht des Rassismus des 20. Jahrhunderts, der zu Völkermorden an Millionen von Juden, Roma, Sinti, Schwarzen und vielen mehr führte.

Dabei brachte auch die Genetik nicht die erhoffte Bestätigung für die Vorurteile, das menschliche Genom erwies sich als zu komplex. Menschen sind schon immer und überall von einem Erdteil in den nächsten gewandert und haben Kinder mit Menschen anderer Gruppen gezeugt. Diese Vielfalt spiegelt sich in der DNA der Nachfahren wieder. Würde man die DNA all jener Menschen vergleichen, die Weiße als Schwarze bezeichnen oder die sich selbst so bezeichnen, dann könnte man keine signifikanten Unterschiede zu beispielsweise Weißen oder Asiaten feststellen. Trotzdem haben die Menschen gelernt, eine Handvoll äußerer Merkmale zur Erkennung und Kategorisierung zu bevorzugen und andere zu vernachlässigen, zum Beispiel Fußform oder Stimmlage.

Rassismus kann überwunden werden

Rassismus war und bleibt eine Ideologie. Eine von der Gesellschaft antrainierte Sicht auf die Welt. Seit Jahrhunderten gibt es die Ideologie, dass fundamentale Unterschiede zwischen Menschen den Status in der Welt begründen. Diese Unterschiede werden mal an Äußerlichkeiten, mal am Blut oder an den Genen festgemacht, auch an der vermeintlichen Herkunft, Kultur oder Religion. Die Folge bleibt dieselbe wie im Mittelalter: Die Anderen gefährden die eigene Gruppe und sollen weg.

Am Ende ist es also die Suche nach den Unterschieden selbst, die Rassismus begründet. Der Wille, eine Ungleichheit sehen zu wollen, die die eigene Gruppe unveränderlich über die andere Gruppe stellt. Eigentlich ging es immer um Macht und ihren Missbrauch. Geld, Arbeit, Wohnraum, kulturelle und politische Teilhabe sind wertvoll. Rassismus entscheidet mit darüber, wer was davon bekommen soll.

Daraus folgt aber auch: Rassismus ist kein menschlicher Defekt, keine unheilbare Krankheit. Er ist eine Erfindung der Menschen. Deshalb kann er auch von Menschen überwunden werden.¹

.....
1 Der Artikel erschien ursprünglich auf ZEIT ONLINE

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-06/rassismus-ideologie-nationalsozialismus-rassentheorie-antike-mittelalter-genetik/seite-3>



Literaturempfehlungen

.....

Bronner, Kerstin und Stefan Paulus. *Intersektionalität: Geschichte, Theorie und Praxis*. Opladen und Toronto: Barbara Buderich, 2017.

Geulen, Christian. *Geschichte des Rassismus. 2. Auflage*. München: Verlag C. H. Beck, 2017.

Hund, Wulf D. *Rassismus*. Bielefeld: transcript Verlag, 2007.

Hund, Wulf D., Christian Koller und Moshe Zimmermann. *Racism made in Germany*. Berlin: LIT Verlag, 2011.

Kendi, Ibrahim X. *Gebrandmarkt. Die wahre Geschichte des Rassismus in Amerika*. München: Verlag C. H. Beck, 2017.

Koller, Christian. *Rassismus*. Paderborn: UTB GmbH, 2009.

Melter, Claus und Paul Mecheril. *Rassismuskritik. Band 1: Rassismustheorie und -forschung*. Schwalbach: Wochenschau Verlag, 2009.

Ogette, Tupoka. *Exit RACISM: rassismuskritisch denken lernen*. Münster: Unrast Verlag, 2017.

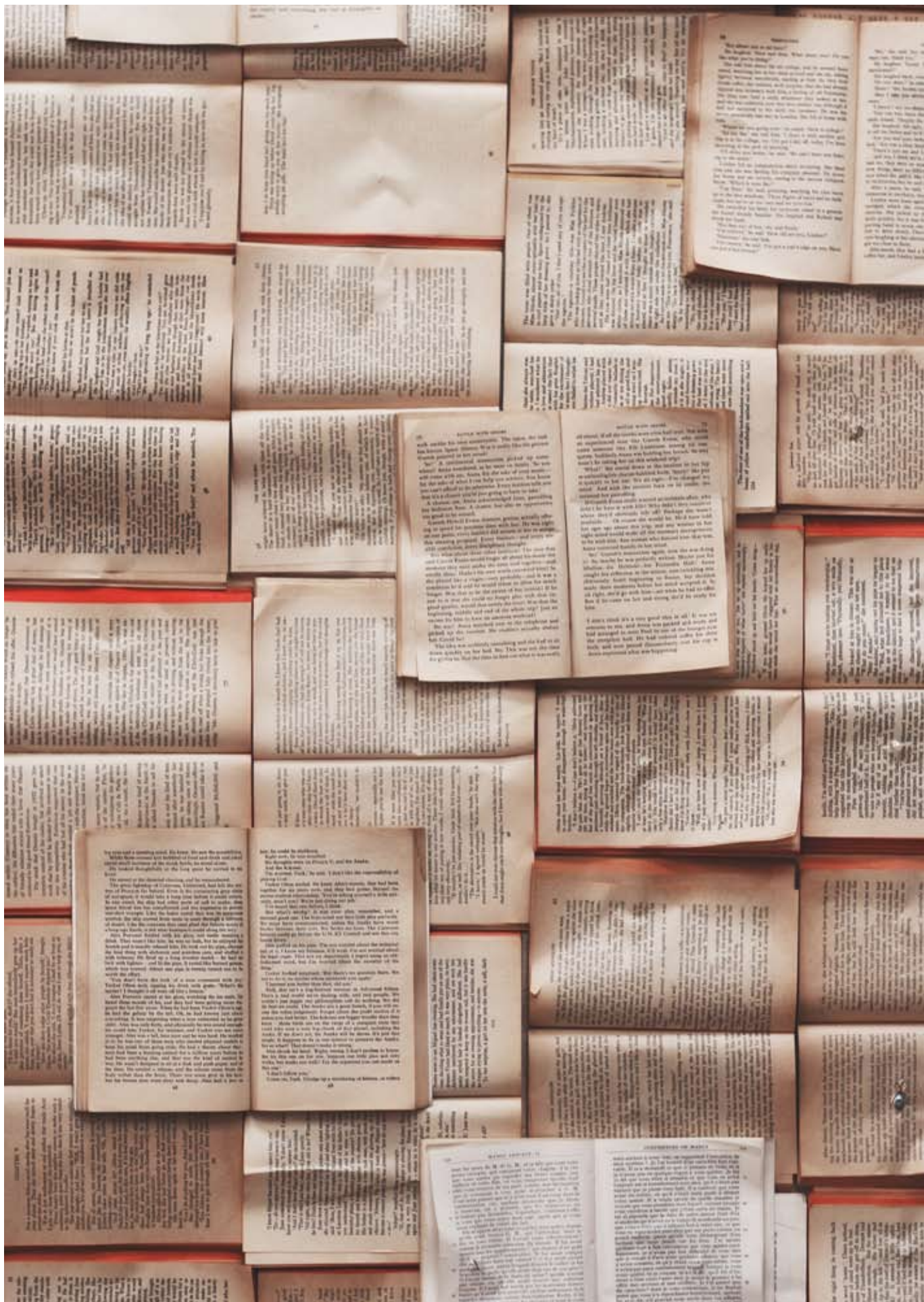
Opferperspektive e. V. (Hrsg.). *Rassistische Diskriminierung und rechte Gewalt*. Münster, 2013.

Schwartz, Michael. *Ethnische 'Säuberungen' in der Moderne: Globale Wechselwirkungen nationalistischer und rassistischer Gewaltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert*. München: Oldenburg Verlag, 2013.

Taguieff, Pierre-André. *Die Macht des Vorurteils: Der Rassismus und sein Double*. Hamburg: Hamburger Edition, 2000.

Terkessidis, Mark. *Die Banalität des Rassismus*. Bielefeld: transcript Verlag, 2004.

Walgenbach, Katharina. *Heterogenität - Intersektionalität - Diversity in der Erziehungswissenschaft*. 2. Auflage. Opladen und Toronto: Verlag Barbara Buderich, 2017.



Von Paulus bis Kant, von Böckel bis Gedeon

Der rote Faden der Feindschaft gegenüber Jüdinnen und Juden in Europa



Foto: Katja Harbi

Armin Langer, Jahrgang 1990, studierte Philosophie und jüdische Theologie in Budapest, Jerusalem und Potsdam. Er lebt als freier Publizist in Berlin, schreibt u. a. für Die ZEIT, die taz und die Deutsche Welle. Sein erstes Buch *Ein Jude in Neukölln - Mein Weg zum Miteinander der Religionen* erschien beim Aufbau Verlag im Jahr 2016.

Im Dezember 2017 war die deutsche Presse voll von Meldungen, die von einem „neuen Antisemitismus“ berichteten. Die Bevölkerung war schockiert, dass 80 Jahre nach dem Holocaust auf deutschem Boden wieder antisemitische Straftaten begangen werden. Der Bundestag beschloss den Einsatz eines Antisemitismusbeauftragten. Der Anlass für dieses kollektive Entsetzen waren die Bilder, auf denen vier arabischstämmige Demonstranten eine selbstgebastelte israelische Fahne vor dem Brandenburger Tor in Berlin verbrannten. Sie wollten damit gegen die Entscheidung von Donald Trump, die US-amerikanische Botschaft aus Tel-Aviv nach Jerusalem zu verlegen, demonstrieren.

Abgesehen davon, dass die Verbrennung von Nationalflaggen in der Bundesrepublik im Allgemeinen nicht strafbar ist und die antisemitische Natur der Vernichtung einer israelischen Fahne fragwürdig ist - es geht hier um die Nationalfahne der israelischen Staatsbürger, nicht um die Fahne des jüdischen Volkes, die es gar nicht gibt -, begingen viele Meinungs- und Medienmachende den Fehler, den Antisemitismus als ein neues Phänomen in Deutschland darzustellen. Es wäre schön, wenn Deutschland aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt hätte und nach dem Holocaust der Judenhass verschwunden wäre - das ist aber leider nicht der Fall. Feindschaft gegenüber Jüdinnen und Juden ist seit Jahrhunderten, sogar seit zwei Jahrtausenden, fester Bestandteil von Deutschland und Europa. Antisemitismus ist nicht neu. In diesem Aufsatz werde ich versuchen, die lange Geschichte und die unterschiedlichen Erscheinungsformen der Judenfeindschaft in Europa kurz zusammenzufassen.

Die Anfänge:

Der Antijudaismus und die Kirche

Wenn wir verstehen wollen, wie die Feindschaft gegenüber Jüdinnen und Juden im europäischen Kontext entstand, müssen wir auf die Anfänge des Christentums schauen. Die ersten Christinnen und Christen waren bekanntlich noch jüdischstämmig und hielten an den jüdischen religiösen Vorschriften fest: „Ihr sollt nicht meinen, dass ich gekommen bin, das Gesetz oder die Propheten aufzulösen [...]. Wer nun eines von diesen kleinsten Geboten auflöst und lehrt die Leute so, der wird der Kleinste heißen im Himmelreich; wer es aber tut und lehrt, der wird groß heißen im Himmelreich“, sagt Jesus in den Evangelien (Matthäus 5,17-19; LUT). Jesus und die erste Generation seiner Anhängerschaft wirkten noch im jüdischen Rahmen, das änderte sich aber nach dem Tod Jesu.

In der Mitte des ersten Jahrhunderts, nach den christlichen Missionsreisen auf dem Balkan und in Nahost, die hauptsächlich vom Apostel Paulus durchgeführt wurden, befand sich die christliche Gemeinde in einer neuen Situation: Einerseits gab es die jüdischstämmigen Christinnen und Christen („Judenchristen“), die an den jüdischen Vorschriften festhielten - andererseits die Heidinnen und Heiden, die als Ergebnis der Missionsreisen zum Christentum übertreten waren und nicht an diesen Vorschriften festhalten wollten („Heidenchristinnen und Heidenchristen“). Die Tora und ihre Gesetze wie die Beschneidung oder die Speisevorschriften beziehen sich ja eh nur auf Jüdinnen und Juden, warum sollten auch sie denen folgen? Besonders Paulus plädierte für die Aufhebung dieser Vorschriften, damit seine Missionsreisen erfolgreicher sein konnten. (Jung 2011, 17-18)

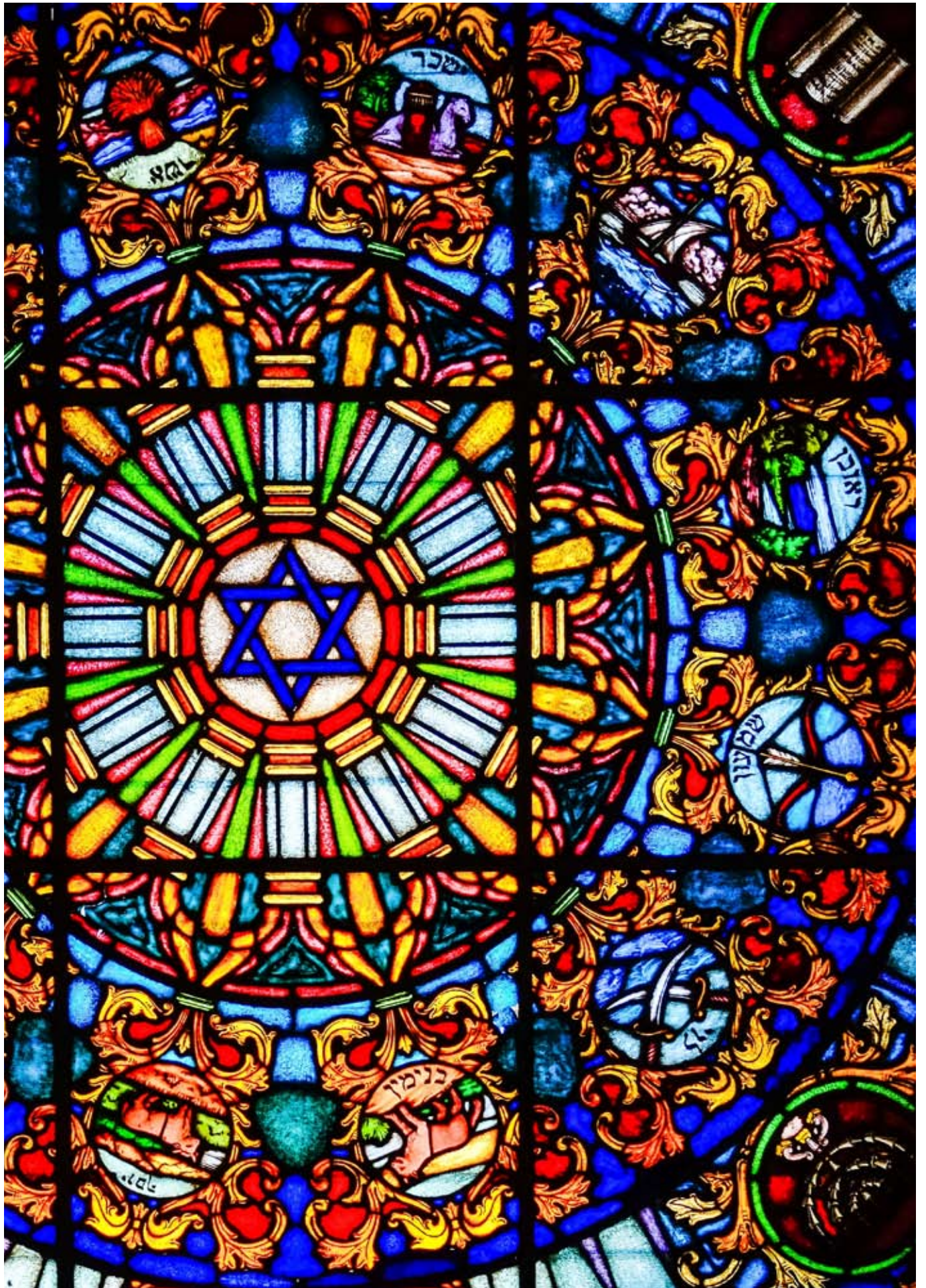
Um das Jahr 50 n. d. Z. wurden die jüdischen Gesetze für Christinnen und Christen nach einer Entscheidung des Apostelkonvents in Jerusalem aufgehoben. Damit setzte sich die paulinische Theologie durch und öffnete sich der Weg zu den Massenkonzersionen. Bald stellten die Heidenchristinnen und Heidenchristen eine Mehrheit in den christlichen Gemeinden. Mit der Entscheidung, Heiden ohne Beschneidung aufzunehmen, wurde das Christentum aus einer jüdischen Sekte zur Weltreligion. Parallel zu der Annullierung der Gesetze durch die Christinnen und Christen, hielten die Jüdinnen und Juden an ihnen noch strenger

fest. Im ersten und zweiten Jahrhundert entstand die Mischna, die erste und bis heute relevante Aufzeichnung von religionsrechtlichen Diskussionen der Rabbiner, der jüdischen Gelehrten. Durch diese Entwicklungen trennten sich die Wege der zwei Religionsgemeinschaften endgültig. (Kirchenamt der EKD 2002, 32-33)

Die jüdisch-christliche Spaltung führte zu verstärkter Kritik gegenüber den Anderen auf beiden Seiten. In der zweiten Hälfte des ersten und im zweiten Jahrhundert entstanden mehrere jüdische Texte, die die Anhängerinnen und Anhänger Jesu als Häretiker bezeichnen. Gleichzeitig fing christliche Autoren und Kirchenväter an, die jüdischen religiösen Vorschriften als rückständig abzustempeln: „Die religiösen Übungen der Juden sind minderwertig und verwerflich. Über ihre ängstliche Vorsicht hinsichtlich der Speisen, über ihren Aberglauben betreffs der Sabbate, über ihre Angeberei mit der Beschneidung und über ihre Heuchelei hinsichtlich der Fasten und der Neumondsfeier, alles Dinge, die lächerlich und nicht der Rede wert sind, verlangst du, wie ich glaube, von mir keine Aufklärung“, steht zum Beispiel im frühchristlichen Diognetbrief (4:1). Dieser von einem unbekanntem Verfasser stammende Brief soll eins der frühesten dokumentierten Beispiele des Antijudaismus, der religiös-begründeten Feindschaft gegenüber Jüdinnen und Juden, sein. (Wirth 1991, 59)

Diese frühchristliche Ablehnung der jüdischen Religion basierte auf dem Grundgedanken, dass das Christentum das Judentum ersetzt hätte: „Schafft also weg den schlechten Sauerteig, der veraltet und versauert ist, und wandelt euch um in einen neuen Sauerteig, der ist Jesus Christus“, forderte der Apostolische Vater Ignatius von Antiochien (†2. Jahrhundert) in seinem Brief an die Magnesier (10:1-3). Das Judentum wurde als eine veraltete Religion dargestellt, die vom Christentum überwunden wurde.

Die Rückständigkeit des Judentums wurde im Mittelalter auch mit einer absichtlich falschen Interpretation der jüdischen Texte unterstützt. Ein gängiges Argument der Kirche gegen die Jüdinnen und Juden war, dass sie rachsüchtig wären. Dies hätten sie unter anderem mit der Textstelle „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ (2. Moses 24,19-20) bewiesen, obwohl darunter im Judentum nicht mehr und nicht weniger verstanden wird als das Gebot, dass ein



zugefügter Schaden in gleichem Maße beglichen werden müsse. Der Talmud, eines der bedeutendsten Schriftwerke der rabbinischen Literatur, wurde ebenfalls als eine Quelle der Barbarei dargestellt. Ab dem 13. Jahrhundert kam es immer wieder zu Talmudprozessen und -verbrennungen in Frankreich und anderen europäischen Ländern. (Greive 1991, 304-305)

Der mittelalterliche Antijudaismus verfügte über noch ein Kernelement, den Vorwurf des „Gottesmordes“. Unter Gottesmord verstand die frühe Kirche den Mord an Jesu durch die Jüdinnen und Juden. Dieses Element taucht schon im Jahr 160 n. d. Z. in einer Predigt von Bischof Melito von Sardes (†2. Jahrhundert) auf, der die Jüdinnen und Juden wie folgt anklagte: „Welch schlimmes Unrecht, Israel, hast du getan? Du hast den, der dich ehrte, geschändet. [...] Getötet hast du den Herrn inmitten Jerusalems! [...] Der die Erde aufhing, ist aufgehängt worden; der die Himmel festmachte, ist festgemacht worden; der das All befestigte, ist am Holz befestigt worden, der Gott ist getötet worden; der König Israels ist beseitigt worden von Israels Hand.“ (Wirth 1991, 58)

Aus dem Vorwurf des Gottesmordes entstanden die Ritualmordlegenden: Seit dem 12. Jahrhundert wurden Jüdinnen und Juden in Europa mit dem Mord von christlichen Kindern, die verschwunden sind, beschuldigt. Laut dem Vorwurf brauchen die Jüdinnen und Juden das Blut von Unschuldigen für ihre Rituale: Mit diesem Vorwurf konnten die Judenfeinde gleichzeitig zwei Stereotype aufwecken. Erstens das Stereotyp des Gottesmordes - sowie die Jüdinnen und Juden einst angeblich Jesus umbrachten, würden sie jetzt weitere Unschuldige morden -, zweitens das Stereotyp der Jüdinnen und Juden mit ihren rückständigen Ritualen. Ritualmordprozesse wurden in Europa bis zum Ende des 19. Jahrhunderts durchgeführt, Pogrome gegen Jüdinnen und Juden, die von Ritualmordlegenden ausgelöst wurden, geschahen sogar noch im Jahr 1946 in Polen und Ungarn. Ritualmordlegenden wurden (und werden) auch nach 1946 gepflegt und verbreitet, diese führten aber weder zu Pogromen noch zu Prozessen. (Eckert 1991, 89)

Der Antijudaismus führte im mittelalterlichen Europa zur systematischen Unterdrückung der Jüdinnen und Juden und zu ihrer Verfolgung, wie etwa in Spanien, wo die

Jüdinnen und Juden im Jahr 1492 zwangsgetauft wurden oder das Land verlassen mussten. Den Jüdinnen und Juden wurden von den christlichen Herrschenden die meisten Tätigkeiten verboten, seit dem 12. Jahrhundert konnten sie nur im Geld- und Kreditgeschäft ihr Brot erwerben. Das Zinsnehmen war nach der kirchlichen Lehre Christinnen und Christen verboten und durfte deshalb ausschließlich von Jüdinnen und Juden ausgeübt werden. Später entstand aufgrund dieser Arbeitsaufteilung das Bild des reichen, habgierigen Juden. Dieses Vorurteil führte zur Zeit der Kreuzzüge immer wieder zu antijüdischen Pogromen. Auch Epidemien lösten Pogrome aus, den Jüdinnen und Juden wurde zum Beispiel vorgeworfen, dass sie die Brunnen vergiftet und damit die Große Pest von 1347 bis 1350 ausgelöst hätten. Der christlich-religiöse Antijudaismus blühte bis zur Aufklärung - er verschwand aber auch dann nicht, veränderte lediglich seine Form. (Benz 2005, 67)

Antijudaismus und Antisemitismus in der Aufklärung

„Die Euthanasie des Judentums ist die reine moralische Religion mit Verlassung aller alten Satzungslehren, deren einige doch im Christentum (als messianischen Glauben) noch zurück behalten bleiben müssen“, schrieb der deutsche Philosoph Immanuel Kant (1724-1804) in seiner Schrift *Der Streit der Facultäten*. Kant wird im deutschen Schulsystem oft als ein Pionier des Toleranzgedankens dargestellt. Laut dem Kinder-Lexikon Klexikon war Kant ein Denker des friedlichen Miteinanders - dabei hatte seine Toleranz Grenzen. Er plädiert zwar nicht für die Euthanasie der jüdischen Personen, aber für den Tod der jüdischen Religion. Seine Ablehnung betrifft die religiösen Vorschriften der Jüdinnen und Juden, nicht die Jüdinnen und Juden per se. Eine Einstellung, die im Geiste der Zeit steht: „Den Juden als Nation oder Religionsgemeinschaft ist alles zu verweigern, den Juden als Menschen aber ist alles zu gewähren.“ (Stangneth 2001, 43)

Kants Aversion liegt wahrscheinlich daran, dass er protestantisch erzogen wurde bzw. calvinistische Theologie studierte und in seiner Philosophie gewisse christlich-protestantische (besonders calvinistische) Normen reproduzierte. Diese Strömung des Christentums ist besonders strikt, was religiöse Symbole angeht, calvinistische Kirchen haben oft nicht mal Kreuze - Calvinistinnen und Calvinisten

kritisieren auch andere christliche Strömungen, insbesondere die katholische Kirche, für ihre Rituale. Kants Kritik betrifft dementsprechend auch Katholikinnen und Katholiken, nicht nur Jüdinnen und Juden.

Laut Kant hätten die Jüdinnen und Juden die Chance, sich zu verbessern, ihre Rückständigkeit sei nämlich nicht genetisch bestimmt. In einem Kommentar an den evangelischen Theologen Johann Friedrich Abegg meinte der Philosoph, dass die Jüdinnen und Juden lediglich ihre Rituale wie die Beschneidung der Söhne hinter sich lassen und sich der einzig wahren Religion - also dem protestantischen Christentum - zuwenden müssten, um nicht mehr „schädlich“ zu wirken. (Stangneth 2001, 60) Laut Kant muss der Fokus der Religion der Glaube sein, Rituale sind unerwünscht. Letztendlich setzte er also die paulinische Theologie fort, auch als er in seinem Werk *Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft* behauptete, dass der jüdische Glaube „ein Inbegriff bloß statutarischer Gesetze“ sei, also gar keine Religion.

Kant war mit seiner Einstellung nicht allein. Unter den Aufklärerinnen und Aufklärern herrschte bezüglich der Einordnung der jüdischen Religion mehr oder weniger Einigkeit. Der evangelische Theologe Friedrich Schleiermacher (1768-1834) wünschte sich ebenfalls eine Euthanasie des Judentums. Aus dieser Überlegung ermutigte Schleiermacher seine jüdischen Bekannten, zum Beispiel die Schriftstellerin Henriette Herz (1764-1847), zur Konversion. (Pitschmann 2016, 162) Die Humboldt-Brüder, Herder und Hegel positionierten sich als überzeugte Liberale gegen die Jüdinnen und Juden diskriminierenden Gesetze. Doch auch sie sahen in der Konversion die einzige Möglichkeit für die Gleichstellung der Jüdinnen und Juden. Besonders die Beschneidung war ihnen ein Dorn im Auge - sie sahen in diesem Ritual eine Hürde vor der jüdischen Emanzipation. (Brenner, Jersch-Wenzel und Meyer 2000, 180)

Viele Jüdinnen und Juden wollten den Erwartungen der Aufklärung entsprechen und assimilierten sich, also gaben ihre jüdischen kulturellen und religiösen Merkmale auf, oder konvertierten sogar zum Christentum. „Der Taufzettel ist das Entree-Billet zur europäischen Kultur“, meinte der deutsche Dichter Heinrich Heine (1797-1856), der ebenfalls vom Judentum zum Christentum übergetreten

ist. (Dreyfus 2016, 50) Es reicht aber nicht, wenn sich nur die Minderheit an die Mehrheit anpasst - auch die Mehrheit muss ihre Haltung ändern. Integration braucht zwei Partner. Dies ist ein ausschlaggebender Punkt, der meines Erachtens von vielen Deutschen bis heute nicht begriffen wurde.

Besonders am Ende des 19. Jahrhunderts mussten viele Jüdinnen und Juden einsehen, dass, trotz all ihrer Bemühungen und trotz ihrer Assimilation, sie von der Mehrheitsbevölkerung weiterhin als „die Anderen“ abgestempelt und abgelehnt wurden. Ein bekannter Vertreter der jüdischen Assimilation war am Anfang seiner Karriere der österreich-ungarische Publizist Theodor Herzl (1860-1904). Er feierte Weihnachten statt Chanukka, ließ seinen Sohn nicht beschneiden und gab ihm noch dazu den Namen Hans. Germanischer geht es kaum. Nach der antisemitischen Stimmungsmache in der Presse, die auf die Verurteilung des jüdischen Offiziers der französischen Armee Alfred Dreyfus folgte („Dreyfus-Affäre“), musste Herzl feststellen, dass der Antisemitismus allein durch die jüdische Assimilation nicht verschwinden wird. So wurde der ehemalige Assimilationist zum Fürsprecher der zionistischen Bewegung. Herzl setzte sich für die Gründung eines unabhängigen jüdischen Staates ein, um endlich die langersehnte Sicherheit der Jüdinnen und Juden zu erreichen, die Europa offensichtlich nicht garantieren konnte. (Kornberg und Herzl 1993, 120)

Die Andersmacherei der Jüdinnen und Juden

Im 19. Jahrhundert kamen andere Aspekte zum Juden Hass, die nicht mehr auf eine religiöse Kritik an den Jüdinnen und Juden zurückführbar sind. Schon im Mittelalter gab es judenfeindliche Stereotype, die nicht explizit religiös-motiviert waren. Dazu zählen zum Beispiel Spottbilder wie die Judensau, die Jüdinnen und Juden verhöhnen und die seit dem 13. Jahrhundert auf Steinreliefs und Skulpturen in Kirchen und Gebäuden vor allem in Deutschland bis heute zu sehen sind. Die Klischees des 19. Jahrhunderts in Deutschland basierten auf den bereits zuvor existierenden antijudaistischen Vorurteilen, waren aber schon von den religiösen Komponenten losgelöst. Am Ende des Jahrhunderts erhob die erste organisierte Gegnerschaft der jüdischen Emanzipation, die sich als Antisemiten bezeichnet

haben, ihre Stimme. Unter der Führung des Journalisten Wilhelm Marr (1819-1904) organisierten sie sich ab 1879 in der Antisemiten-Liga. Zwar könnte man unter dem Wort „Semit“ auch andere semitische Völker wie die Araber, Aramäer oder Amharen verstehen, aber „Antisemit“ entstand in einem historischen Kontext, in dem darunter explizit Jüdinnen und Juden gemeint wurden. (Rürup 2004, 81)

Die organisierten Antisemiten argumentierten, dass das Judentum eine Rasse sei: Durch die Verwendung einer Kategorie aus der Biologie wurde die Grenze zwischen jüdischer Minderheit und der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft als unüberwindbar dargestellt. Weder ein Übertritt zum Christentum noch eine Assimilation kann den Status der Jüdinnen und Juden ändern, weil ihr Anderssein biologisch vorherbestimmt sei, lautete das Argument der Antisemiten. „Der Jude spricht die Sprache der Nation, unter welcher er [...] lebt, aber spricht sie immer als Ausländer [...] in dieser Sprache kann der Jude nur nachsprechen, nachkünsteln, nicht wirklich reden, dichten oder Kunstwerke schaffen“, schrieb der Komponist Richard Wagner (1813-1883) in seinem Pamphlet *Das Judentum in der Musik*. Egal, was der Jude oder die Jüdin macht, er bleibt Jude oder Jüdin und kann nicht Teil der deutschen Nation werden. (Benz 2005, 85)

Ende der 1870er Jahre formierten sich rechtsgerichtete Gruppen und machten die Bekämpfung alles „Semitischen“ zu ihrem Programm. Eine Schlüsselfigur der politisch-antisemitischen Bewegung war der Marburger Bibliothekar Otto Böckel (1859-1923), der bei der Reichstagswahl 1887 für den Wahlkreis Marburg-Kirchhain als erster unabhängiger Antisemit in das Parlament des Deutschen Kaiserreiches gewählt wurde. Böckel warnte in seinen Reden vor einer jüdischen Landnahme, die Jüdinnen und Juden würden sich besonders stark durch die Einwanderung vermehren: „Bekanntlich sitzen sie in großer Zahl in Polen, Litauen, Weiß- und Rotrußland, in Podolien und der Ukraine. Dort wohnt beinahe die Hälfte aller europäischen Juden. Hier befindet sich die große Vagina judaeorum, aus welcher die übrigen Juden Europas Auffrischung und neuen Zuwachs erhalten. Stets in Bewegung, strömen diese polnischen Juden nach Rumänien, Oesterreich und Deutschland ein.“ (Benz 2005, 104-105)

Neben der Angstmache vor einer Überfremdung wurden in dieser Zeit auch die ersten politisch-antisemitischen Verschwörungstheorien verbreitet. Nationalismus, Rassismus und soziale Statusängste dienten als Nährboden für alle möglichen Vorstellungen über die Rolle der Jüdinnen und Juden: Der Jude wurde sowohl als Profiteur des Kapitalismus dargestellt als auch als kommunistischer Unruhestifter. Ein Paradebeispiel für eine Verschwörungstheorie über eine jüdische Schattenmacht ist das Pamphlet *Protokolle der Weisen von Zion*. Der Text wurde von der zaristischen Geheimpolizei fabriziert und zeigt das angebliche Konzept der Jüdinnen und Juden für die Erringung der Weltherrschaft. Obgleich das Dokument bald als eine Fälschung enttarnt wurde, ging es in den Kernbestand antisemitischen Gedankengutes ein. Bis heute werden die *Protokolle der Weisen von Zion* gedruckt und als authentische Quelle wahrgenommen, z. B. von dem baden-württembergischen Landtagsabgeordneten Wolfgang Gedeon, der sich in zwei Schriften 2009 und 2012 zustimmend auf die Protokolle bezog. (Pfahl-Traugher 2016)

Während die liberalen „Judentumkritiker“ wie Kant und die Aufklärer den Jüdinnen und Juden den Übertritt zum Christentum als die Brücke in die deutsche Gesellschaft anboten, lehnten die konservativen Antisemitinnen und Antisemiten wie Böckel oder der angesehene Historiker Heinrich von Treitschke (1834-1896) die Eingliederung der Jüdinnen und Juden vollkommen ab. „Es gibt in Deutschland zwei verschiedene Nationen: Deutsche und Juden; erstere sind die Herren des Landes, letztere sind Gäste, die zwar das Gastrecht, aber niemals das Recht der Herren besitzen dürfen. [...] Deutschland den Deutschen, das ist die Parole des Antisemitismus!“, sagte Böckel. (Gräfe 2013, 316) Die Parole „Deutschland den Deutschen“ wird von Rechten bis heute verwendet. Dies weist auch darauf hin, wie ähnlich die antimuslimischen Argumente von heute den antisemitischen Gedanken des 19. Jahrhunderts sind: von der Angst vor einer Überfremdung und dem Vorwurf der Integrationsunfähigkeit dieser zwei Gruppen über die „religionskritischen“ Ansätze bis zur Erwartung einer vollständigen Assimilation gibt es viele Überlappungen. Trotz der Ähnlichkeiten ersetzt der antimuslimische Rassismus den Antisemitismus nicht - Musliminnen und Muslime sind nicht die neuen Jüdinnen und Juden, auch wenn dieser Spruch ein guter Klickköder sein kann -, beide Vorurteile



existieren parallel in unserer Gesellschaft.

Die konservativen Antisemitinnen und Antisemiten des 19. Jahrhunderts bereiteten das ideologische Fundament für den Nationalsozialismus. Dadurch, dass die konservativen Antisemitinnen und Antisemiten die Integrationsunfähigkeit der Jüdinnen und Juden als biologisch vorherbestimmt einordneten, kamen die Nazis mit dem einzig logischen „Lösungsvorschlag“ für die Problematik. Nach Hitlers Machtantritt 1933 konnten die Nationalsozialisten auf diese bereits bestehenden Argumente zurückgreifen, als sie die Jüdinnen und Juden zuerst mittels Gesetzen und Verordnungen aus der Gesellschaft ausgrenzten - am deutlichsten durch die Nürnberger Gesetze von 1935, die u. a. den Geschlechtsverkehr zwischen Jüdinnen und Juden und Nichtjüdinnen und -juden verboten - und ab 1941 den Holocaust, den organisierten Massenmord, an den Jüdinnen und Juden begingen. (Benz 1999, 50)

Die alten Klischees in den neuen Debatten

Diese Vernichtungspolitik, an der sich Deutschland und die verbündeten oder besetzten Länder beteiligten, wirkte sich für das europäische Judentum katastrophal aus. Etwa sechs Millionen Jüdinnen und Juden fielen ihr zum Opfer, Jahrhunderte von intellektuellen, kulturellen und theologischen jüdischen Traditionen wurden vernichtet beziehungsweise aus dem Kontinent verjagt. Viele Überlebende ließen sich in anderen Teilen der Welt, besonders in den Vereinigten Staaten von Amerika oder im Heiligen Land, nieder. Seit dem Holocaust - der auf Hebräisch „Schoa“, also Katastrophe benannt wird - scheint Judenfeindschaft in Europa zu einem Randphänomen geworden zu sein. Das europäische Establishment positioniert sich klar gegen judenfeindliche Hetze. Besonders hierzulande, wo Vertreter der Bundesregierung immer wieder betonen, dass der Kampf gegen Antisemitismus in Deutschland Staatsräson sei. Doch dieses äußere Erscheinen trügt: In der Bundesrepublik werden jährlich circa 1.000 bis 1.500 antisemitische Straf- und Gewalttaten von der Polizei registriert. Mehr als 95 Prozent davon werden von Rechtsextremen begangen, der Rest von Linksextremen und Vertretern „ausländischer Ideologien“ (Täterinnen und Täter mit Migrationshintergrund werden in dieser Kategorie eingeordnet). Außerdem sind, laut dem Antisemitismusbericht des Bundestages aus dem Jahr 2017, 20 Prozent der Deutschen offen für

antisemitische Vorurteile. Das ist auch ein offensichtliches Zeichen dafür, dass judenfeindliche Ressentiments weit über die extremen Gruppen hinaus auch in der Mitte der Gesellschaft präsent sind.

Besonders eine neue Erscheinungsform des Antisemitismus trifft auf Zustimmung in der deutschen Gesamtbevölkerung, der sogenannte sekundäre Antisemitismus, der erst in der Post-Holocaust-Ära entstand. Diese Art von Judenfeindlichkeit wird als „sekundär“ (zweitranzig) bezeichnet, weil sie auf unmittelbar antisemitische Äußerungen verzichtet. Diese subtile Judenfeindlichkeit ist durch eine Erinnerungsabwehr und eine Relativierung des Holocaust gekennzeichnet. Deren extremste Version ist die Leugnung der NS-Verbrechen an den Jüdinnen und Juden. Eine typische Erscheinungsform des sekundären Antisemitismus entstand zum Beispiel im Zusammenhang mit der Bombardierung Dresdens im Februar 1945: Bis heute sprechen Rechtspopulisten und Rechtsextreme beim Gedenken an die deutschen Opfer der alliierten Luftangriffe von einem „Bombenholocaust“. Damit wird die systematische Ermordung der sechs Millionen Jüdinnen und Juden mit Flächenbombardements, die selbst von den kritischsten Historikerinnen und Historikern „nur“ als Kriegsverbrechen bewertet werden, gleichgesetzt. Eine andere gängige Art des sekundären Antisemitismus ist das Gleichsetzen der israelischen Besatzungspolitik mit der NS-Zeit („die Israelis machen das gleiche mit den Palästinensern, wie die Nazis mit den Juden“), damit die Opfer-Täter-Rolle verschoben wird und die Gräueltaten der Nazis kleingeredet werden. (Wetzel 2016, 51-52)

Der Staat Israel ist ebenfalls eine Projektionsfläche für antisemitische Klischees und Verschwörungstheorien, seit seiner Gründung 1948. Wann die Kritik an der israelischen Regierung antisemitisch ist und wann nicht, ist umstritten - über diese Frage könnte man einen eigenständigen Aufsatz schreiben. Das bekannteste Modell, um israelbezogenen Antisemitismus zu erkennen, ist das sogenannte 3D-Modell vom israelischen Politiker Natan Scharanski (*1948). Laut Scharanski ist die Kritik antisemitisch, wenn sie Israel dämonisiert (z. B. mit dem Nationalsozialismus vergleicht), wenn doppelte Standards angewendet werden (z. B. wenn Israel für Menschenrechtsverletzungen kritisiert wird, die bei anderen Staaten ignoriert werden) und

wenn die Existenz des Staates delegitimiert wird. Der US-amerikanische Rechtsanwalt Kenneth L. Marcus (*1966) beklagt die Undeutlichkeit dieses Modells. Laut Marcus ist Kritik an der israelischen Politik in den Fällen antisemitisch, wenn diese Kritik mit klassischen judenfeindlichen Klischees operiert, doppelte Standards verwendet oder nicht-israelische Jüdinnen und Juden zur Rechenschaft zieht. Bei Marcus taucht die Frage des sogenannten Existenzrechtes nicht auf. (Marcus 2010, 484)

Wenn wir dem Modell von Marcus folgen, dann müssen wir die antiisraelischen Äußerungen mit den alten antijudaistischen und antisemitischen Vorstellungen vergleichen, um sie einordnen zu können. So kann man zum Beispiel behaupten, dass das Titelbild des 15. SPIEGEL-Magazins aus dem Jahr 2002 antisemitisch war, weil darauf der Satz „Auge um Auge“ im Kontext der israelischen Vergeltungsattacken zur Zeit der zweiten Intifada benutzt wurde. Wie ich bereits oben erwähnte, wurde dieser Satz in der Vergangenheit absichtlich falsch interpretiert, um die Jüdinnen und Juden als ein rachsüchtiges Volk darzustellen. Mit einem ähnlichen alten Vorurteil operiert der Ruf „Kindermörder Israel“, den man oft bei pro-palästinensischen Demonstrationen hören kann. Diese Formulierung spielt mit dem ebenfalls oben erwähnten Klischee, dass Jüdinnen und Juden das Blut von unschuldigen Kindern trinken würden. Kaum jemand bezeichnet Saudi-Arabien oder Russland als „Kindermörder“, obwohl ihre Luftwaffen im Jemen beziehungsweise in Syrien genauso Kinder umbringen, wie es die israelische Luftwaffe im Gazastreifen tut. Der sekundäre Antisemitismus ist auch ein wiederkehrendes Element in dem Narrativ über die israelische Besatzungspolitik: So wurde zum Beispiel im Welt-Artikel „So führte Israel seinen Blitzkrieg in der Wüste“ vom 5. Juni 2017 von einem „israelischen Blitzkrieg“ gesprochen. Damit greift das Springer-Medium ein Vehikel des sekundären Antisemitismus auf und vergleicht die israelische Armee mit der Wehrmacht. Blitzkriege sind zwar keine nationalsozialistische Erfindung, aber sie werden im Allgemeinen mit dem Zweiten Weltkrieg in Verbindung gebracht.

Der Antisemitismus kann auch unter Musliminnen und Muslimen eine Rolle in ihrem Einsatz gegen die israelische Besatzungspolitik spielen. So wie in den oben erwähnten christlichen Quellen, findet man auch in traditionellen

islamischen Quellen Stellen, die judenfeindlich ausgelegt werden können. (Kiefer 2017, 19-20) Im Mittelalter – zum Beispiel im 12. Jahrhundert in Andalusien unter der Herrschaft der Amazigh-Dynastien – wurden zwar Jüdinnen und Juden von den islamischen Herrschern, im Vergleich zu den christlichen Fürsten gut behandelt, aber sie waren nie gleichberechtigt. Der Spruch „Chaibar, Chaibar, du Jude!“, den arabische Demonstrantinnen und Demonstranten oft bei Kundgebungen gegen Israel skandieren, greift auch auf diesen untergeordneten Status der jüdischen Gemeinschaft zurück: Hierbei handelt es sich um den Feldzug Mohammeds im Jahr 628 gegen Chaibar, eine damals von Jüdinnen und Juden besiedelte Oase auf der arabischen Halbinsel. Das Schicksal der dort besiegten Jüdinnen und Juden war ihre Unterwerfung. (Lewis 1984, 10-11)

Die islamische Welt kannte die antisemitischen Verschwörungstheorien nicht, diese sind im christlichen und christlich-geprägten Europa erfunden worden. Die ersten judenfeindlichen Ausschreitungen in der islamischen Welt gehen erst auf die Zeit des europäischen Kolonialismus zurück. Im Jahr 1840 wurden Jüdinnen und Juden in Damaskus des Mordes an einem christlichen Geistlichen zu Unrecht verdächtigt und daraufhin verfolgt. (Kiefer 2017, 22-24) Seit der israelischen Staatsgründung stützen arabische und muslimische Israelgegner sich oft auf die europäischen antisemitischen Exportklischees. Zum Beispiel der palästinensische Präsident Mahmud Abbas, der vor dem Europäischen Parlament behauptete, dass die Rabbiner in Israel gefordert hätten, die Brunnen der Palästinenserinnen und Palästinensern zu vergiften und damit den mittelalterlichen Vorwurf der brunnenvergiftenden Jüdinnen und Juden reproduzierte.

Den Antisemitismus bekämpfen

Der Judenhass ist seit Jahrhunderten fester Bestandteil in Europa, er wird wohl auch nie vollkommen verschwinden. Die alten Erscheinungsformen sind auch weiterhin präsent, sowohl die rassenantisemitischen Argumente des 19. Jahrhunderts als auch der frühchristliche Antijudaismus. Besonders im Zuge großer gesellschaftlicher Debatten tauchen die alten Stereotype auf, wie zum Beispiel im Jahr 2012 bei der Beschneidungsdebatte.

Es braucht viel Engagement seitens der Mehrheit und anderen Minderheiten, um zumindest kleine Erfolge gegen das antisemitische Gedankengut erreichen zu können. Aus diesem Grund sind Bürgerprojekte, die an die Schulen gehen und Kinder und Jugendliche für dieses Thema sensibilisieren, wie zum Beispiel die „Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus“, unterstützenswert. Mit unserer Berlin-Neuköllner jüdisch-muslimischen Initiative „Salaam-Schalom“ gehen wir auch regelmäßig an die Schulen und kommen mit den Schülerinnen und Schülern über jüdisches Leben und Antisemitismus ins Gespräch. Ich persönlich habe auch zahlreiche positive Erfahrungen bei solchen Besuchen gemacht. Am Anfang wollen mich die Schülerinnen und Schüler oft noch für die israelische Besetzung des Westjordanlands verantwortlich machen - wenn ich aber erfolgreich bin und es schaffe, meine Botschaft zu vermitteln, laut der wir alle in der ersten Linie Nachbarn, Kommilitoninnen und Kollegen sind und nicht die Vertreterinnen oder Vertreter verfeindeter Regierungen, dann diskutieren wir am Ende schon darüber, wo man den besten Falafel in Neukölln kaufen kann.

Jüdinnen und Juden werden weiterhin in Deutschland diskriminiert. Diese Herausforderung muss aber mit Sachlichkeit angegangen werden, zum Beispiel mit der Förderung von Bildungs- und Begegnungsprojekten, und nicht mit emotionalen Debatten und Übertreibungen, wie das im Dezember 2017 der Fall war.

Literatur

•••

Benz, Wolfgang. *Der Holocaust*. München: Verlag C. H. Beck, 1999.

Benz, Wolfgang (Hrsg.). *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Band 5. Organisationen, Institutionen und Bewegungen*. Berlin und Boston: de Gruyter Saur, 2012.

Benz, Wolfgang (Hrsg.). *Was ist Antisemitismus*. München: Verlag C. H. Beck, 2005.

von Braun, Christina und Eva-Maria Ziege. *Das 'bewegliche' Vorurteil - Aspekte des internationalen Antisemitismus*. Würzburg: Königshausen und Neumann, 2004.

Brenner, Michael, Steffi Jersch-Wenzel und Michael A. Meyer. *Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit*. München: Verlag C. H. Beck, 2000.

Dreyfus, Madeleine. *Ein ziemlich jüdisches Leben - Säkuläre Identitäten im Spannungsfeld interreligiöser Beziehung*. Köln, Weimar und Wien: Böhlau, 2016.

Eckert, Willehad Paul. „Antisemitismus im Mittelalter.“ In *Antisemitismus - Erscheinungsformen der Judenfeindschaft gestern und heute*, Herausgeber: Günther Ginzel. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, 1991: 71-99.

Ginzel, Günther B. (Hrsg.). *Antisemitismus - Erscheinungsformen der Judenfeindschaft gestern und heute*. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, 1991.

Gräfe, Thomas. „Die Juden - Die Könige unserer Zeit.“ In *Handbuch des Antisemitismus*, Herausgeber: Wolfgang Benz. Berlin und Boston: de Gruyter Saur, 2013: 316-318.

- Greive, Hermann. „Der Talmud - Zielscheibe und Ausgangspunkt antisemitischer Polemik.“ In *Antisemitismus. Erscheinungsformen der Judenfeindschaft gestern und heute*, Herausgeber: Günther Ginzel. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, 1991: 304-310.
- Gronke, Horst, Thomas Meyer und Barbara Neißer. *Antisemitismus bei Kant und anderen Denkern der Aufklärung*. Würzburg: Königshausen und Neumann, 2001.
- Jung, Martin H. *Kirchengeschichte*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2011.
- Kiefer, Michael. *Antisemitismus und Migration*. Berlin: Aktion Courage e. V., 2017.
- Kirchenamt der EKD (Hrsg.). *Juden und Christen I-III*. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus, 2002.
- Kornberg, Jacques und Theodor Herzl. *From Assimilation to Zionism*. Bloomington und Indianapolis: Indiana University Press, 1993.
- Lewis, Bernhard. *The Jews of Islam*. Princeton: Princeton University Press, 1984.
- Marcus, Kenneth L. „The New OCR Antisemitism Policy. Volume 2 Issue #2.“ *JOURNAL for the STUDY of ANTISEMITISM*, 2010: 479-491.
- Niehoff, Mirko (Hrsg.). *Nahostkonflikt kontrovers - Perspektiven für die politische Bildung*. Schwalbach: Wochenschau Verlag, 2016.
- Pfahl-Traughber, Armin. *Wolfgang Gedeon und die 'Protokolle der Weisen von Zion'*. 31. Mai 2016. <https://hpd.de/artikel/wolfgang-gedeon-und-protokolle-weisen-zion-13147> (Zugriff am 10. April 2019).
- Pitschmann, Carina. „Antisemitismus theologischer Wissenschaft im 19. Jahrhundert - Zur Konstruktion des Judentums.“ In *Das Christentum und die christliche Kirche der drei ersten Jahrhunderte* von Ferdinand Christian Baur. Berlin: LIT, 2016.
- Rürup, Reinhard. „Antisemitismus in modernen Gesellschaften.“ In *Das 'bewegliche' Vorurteil*, Herausgeber: Christina von Braun und Eva-Maria Ziege. Würzburg: Königshausen und Neumann, 2004: 81-100.
- Stangneth, Bettina. „Antisemitische und Antijudaistische Motive bei Immanuel Kant? Tatsachen, Meinungen, Ursachen.“ In *Antisemitismus bei Kant und anderen Denkern der Aufklärung*, Herausgeber: Horst Gronke, Thomas Meyer und Barbara Neißer. Würzburg: Königshausen und Neumann, 2001: 11-124.
- Wetzel, Juliane. „Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus im Kontext Nahostkonflikt.“ In *Nahostkonflikt kontrovers - Perspektiven für die politische Bildung*, Herausgeber: Mirko Niehoff. Schwalbach: Wochenschau Verlag, 2016: 51-61.
- Wirth, Wolfgang. „Judenfeindschaft von der frühen Kirche bis zu den Kreuzzügen.“ In *Antisemitismus - Erscheinungsformen der Judenfeindschaft gestern und heute*, Herausgeber: Günther Ginzel. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, 1991: 53-70.

Islam-/Muslimfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus



Eren Güvercin studierte Rechtswissenschaften in Bonn und arbeitet als freier Journalist und Autor für verschiedene Medien, u. a. die Frankfurter Allgemeine Zeitung, Deutschlandradio, WDR, taz, der Freitag und die Islamische Zeitung. 2012 erschien im Herder Verlag sein Buch *Neo-Moslems. Porträt einer deutschen Generation*. Er ist Gründungs- und Vorstandmitglied der *Alhambra Gesellschaft e. V.* und Mitglied im Beirat des *Forum für offene Religionspolitik e. V.*



Engin Karahan war über zehn Jahre in muslimischen Migrantenselbstorganisationen für den Bereich Öffentlichkeitsarbeit, Organisationsmanagement und Religionsverfassungsrecht zuständig und nahm an der Deutschen Islam Konferenz teil. Aktuell berät er als Inhaber von *Karahan Consulting* (www.karahan.net) migrantische NGOs und andere zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure im Bereich Politik und Öffentlichkeitsarbeit. Karahan ist Gründungs- und Beiratsmitglied der *Alhambra Gesellschaft e. V.*

Einführung

.....

Islamfeindliche Ressentiments nehmen seit den Anschlägen vom 11. September 2001 rapide zu. Islam- und Muslimfeindlichkeit ist dabei nicht nur ein Phänomen gesellschaftlicher Randgruppen, sondern ist bis in die Mitte der Gesellschaft verbreitet. Diese Entwicklung ist nicht nur auf Deutschland begrenzt. In vielen europäischen Ländern nimmt die Ablehnung gegenüber dem Islam als Religion und Musliminnen und Muslimen als Individuen zu. Rechtspopulistische und offen rassistische Parteien in ganz Europa schlagen aus dieser Atmosphäre politisches Kapital.

Studien über Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) wie die im Zweijahresrhythmus durchgeführte *Mitte-Studie* der Friedrich-Ebert-Stiftung verweisen auf negative Einstellungen eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung gegenüber Musliminnen und Muslimen. Dies machen sich nach Einschätzung der Bundeszentrale für politische Bildung rechtspopulistische und rechtsextreme Bewegungen und Parteien zunutze, um mit muslimfeindlichen Kampagnen in die gesellschaftliche Mitte vorzudringen. Die antimuslimische Agitation ist dabei vielfach nichts anderes als ein neu verpackter Hass auf Migrantinnen und Migranten. Aus „den Ausländern“ sind „die Muslime“ geworden. Im Herbst 2014 entstand so in Dresden die *Pegida*-Bewegung, die sich von ihrem Namen her explizit gegen die „Islamisierung des Abendlandes“ richtet. Die in Teilen der Bevölkerung verankerte Muslimfeindlichkeit äußert sich auch in einer Vielzahl von Übergriffen, Drohungen und Beleidigungen gegen Musliminnen und Muslimen sowie Anschlägen auf Moscheen, die von Schändungen mit Schlachtabfällen oder Fäkalien bis hin zu Brandanschlägen reichen. Seit Januar 2017 gilt die Erweiterung des Themenfeldkatalogs der Politisch Motivierten Kriminalität (PMK) beim Oberthema „Hasskriminalität“ um das Unterthema „Islamfeindlichkeit“. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums wurden im Jahr 2017 insgesamt 1.075 Straftaten mit islamfeindlichem

Hintergrund erfasst. 994 davon entfielen auf den Phänomenbereich PMK -rechts-, was einen Anteil von 92,5 % ausmacht.

Begriffsfrage

•••••

Islam- und Muslimfeindlichkeit

In der Wissenschaft und auch in der öffentlichen Debatte gibt es unterschiedliche Konzepte und Begriffe, die versuchen dieses Phänomen zu beschreiben. Die Begriffe, die am häufigsten verwendet werden, sind Islamophobie, Islamfeindlichkeit, Muslimfeindlichkeit und der antimuslimische Rassismus.

Zur Benennung antimuslimischer Einstellungen benutzten auf dem GMF-Modell basierende Untersuchungen (Bielefeldt 2007; Bielefeldt 2013; Kühnel und Leibold 2007; Zick et al. 2011; Zick 2013) zunächst vorwiegend den Begriff der Islamophobie, um hervorzuheben, dass es sich um eine weitgehend unbegründete und diffuse Angst vor dem Islam handelt. In einer der ersten Auswertungen der Daten einer Langzeitstudie definierten Jürgen Leibold und Steffen Kühnel Islamophobie als „generelle ablehnende Einstellungen gegenüber muslimischen Personen und allen Glaubensrichtungen, Symbolen und religiösen Praktiken des Islams“ (Leibold und Kühnel 2003, 101). Ablehnung und Diskriminierung erfahren Musliminnen und Muslime demnach primär aufgrund ihrer Religion bzw. religiösen Praxis.

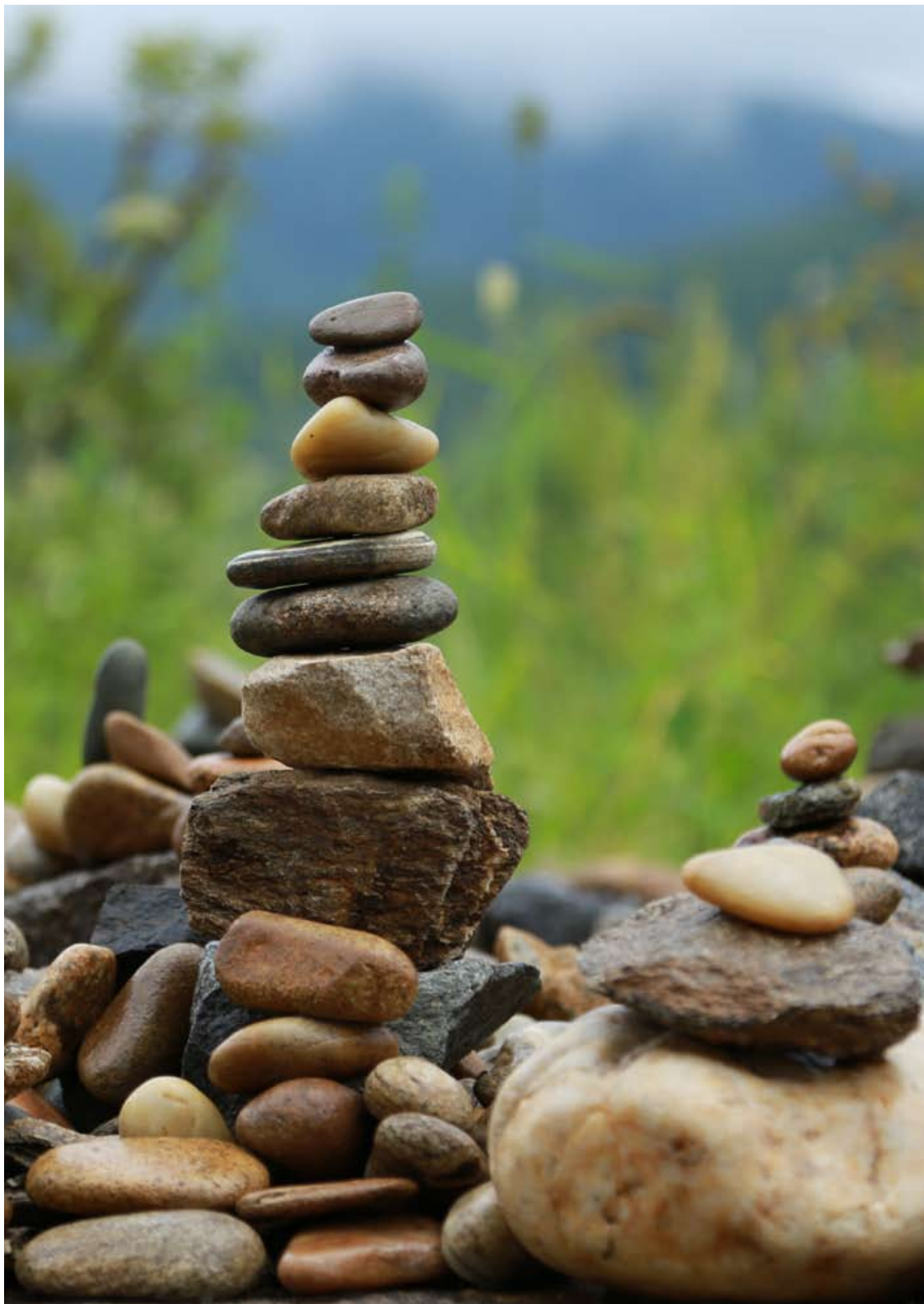
Inzwischen werden die Begriffe Islam- und Muslimfeindlichkeit bevorzugt. Andreas Zick versteht darunter „eine generalisierte Zuschreibung von negativen Stereotypen, Emotionen, Gedanken und Überzeugungen auf den Islam‘ oder die Muslime“ (Zick 2013, 36). Gleichzeitig wird festgestellt, dass ein enger Zusammenhang zwischen islamfeindlichen und „fremdenfeindlichen“ sowie rassistischen Einstellungen bestehe und es aufgrund der Tatsache, dass es sich bei der Mehrheit von Musliminnen und Muslimen in Deutschland um Migrantinnen und Migranten und deren Nachkommen handelt, in öffentlichen Debatten häufig zu deren Vermengung komme (Kühnel und Leibold 2007). Islam- und Muslimfeindlichkeit, Fremden- und Ausländerfeindlichkeit und Rassismus werden ebenso wie etwa Antisemitismus, Antiziganismus oder in neueren Studien „die Abwertung asylsuchender und geflüchteter Menschen“, als

Elemente des Syndroms Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit trennscharf definiert und auf einer Ebene verhandelt. Als Vorurteile verstanden können diese Einstellungen entweder „im Raum der Ideologien verbleiben“ (Zick et al. 2011, 39) oder aber handlungsleitend werden, indem sie die Vorurteilsträgerinnen und Vorurteilsträger zu direkter Diskriminierung und Gewalt gegenüber der adressierten Gruppe veranlassen. Darüber hinaus können Vorurteile gesellschaftliche Ungleichheiten rechtfertigen, sodass Angehörige der Mehrheitsgesellschaft etwa im Bereich der Ausbildung, am Arbeitsplatz, im Wohnumfeld oder bei der Gesundheitsversorgung generell begünstigt werden. (Küpper 2010, 212) Ausgehend von diesem handlungs- und akteurszentrierten Modell von Diskriminierung können Vorurteile, wenn sie mit Macht ausgestattet werden, Basis für diskriminierende Praktiken und Strukturen sein, die sich in Institutionen, Organisationen und Unternehmen ebenso wie in Regeln, Gesetze und Abläufe einschreiben. (Zick et al. 2009, 309; Zick et al. 2011)

Antimuslimischer Rassismus

Zwar wird in antimuslimischen Diskursen stets auf das Merkmal Religion rekurriert, indem betont wird, dass Musliminnen und Muslime eben als solche abgelehnt werden, Muslimischsein - in diesem Sinne - ist jedoch keine „freiwillige Identität“, die man wählen oder auch ablegen kann. Vielmehr lässt sich inzwischen ein Rassifizierungsprozess beobachten, dem als muslimisch markierte Menschen nicht entrinnen können (Shooman 2011). Im Zuge dieser Rassifizierung kommt es zu einer Verschränkung zwischen muslimischer Identität und ethnischer Herkunft, indem religiöse und kulturelle Zugehörigkeit genealogisch über die „Abstammung“ hergeleitet werden (Shooman 2014, 219).

Obwohl die Vorstellung biologischer „Rassen“ längst widerlegt ist, ist „Rasse“ eine nach wie vor wirkmächtige, diskursive Kategorie, mit der Gruppen auf der Grundlage bestimmter, ihnen zugeschriebener Eigenschaften hierarchisiert werden. Wie Yasemin Shooman feststellt, ist der antimuslimische Rassismus „ein Rassismus, der in erster Linie Bezug auf die Merkmale Kultur und Religion nimmt, sich aber zuweilen auch mit biologistischen Argumentationsweisen vermischt“ (Shooman 2014, 30).



Wie die „Sarrazindebatte“ beispielhaft illustriert, sind die Kategorien „Rasse“ und Klasse bzw. ethnische und sozio-ökonomische Herkunft mitunter deutlich relevanter für die Benachteiligung und Ausgrenzung von muslimisch markierten Menschen als Religion und religiöse Praxis.

Solche Verschränkungen des Islamdiskurses nehmen die an einer Rassismuskritik orientierten Arbeiten besonders ins Visier und verfolgen dabei den Anspruch, die Überschneidungen und Wechselwirkungen von Geschlecht, Sexualität, Klasse, Rasse, Kultur, Körper und Religion herauszuarbeiten. Gerade im Hinblick auf diese sogenannte Intersektionalität verschiedener sozialer Kategorien bieten sich durchaus Anknüpfungspunkte an das GMF-Konzept, das die Korrelation verschiedener Vorurteile zwar unterstreicht, aber nicht systematisch untersucht. Im Gegensatz zum GMF-Modell interpretieren rassismuskritische Ansätze Rassismus jedoch nicht als Vorurteil im Sinne einer subjektiven Reaktion auf gesellschaftliche Verhältnisse, sondern Rassismus wird selbst als soziales Verhältnis verstanden, das moderne Gesellschaften strukturiert und konstituiert (Attia 2013). Konkret handelt es sich dabei um ein Herrschafts- und Dominanzverhältnis, bei dem entlang von konstruierten Grenzen bestimmte Gruppen bei der Verteilung von symbolischen und materiellen Ressourcen benachteiligt und andere entsprechend privilegiert werden. (Attia 2013) Vertreterinnen und Vertreter dieses Konzepts weisen auf die Alltagsdimension von Rassismus hin und darauf, dass es nicht unbedingt einer negativen Intention bedarf, um diesen zu reproduzieren.

„Die Analyse der gewöhnlichen gesellschaftlichen Verhältnisse, die das Extreme tragen, steht im Fokus der Rassismuskritik“, schreiben María do Mar Castro Varela und Paul Mecheril (2016, 15). Islam- und Muslimfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus erscheinen aus dieser Perspektive nicht länger als alleiniges Problem der Bevölkerung bzw. der Zivilgesellschaft, während Staat, Politik und Recht von ihrer Verantwortung an der strukturellen (Re-)Produktion des Phänomens entlastet werden. Diskriminierende Praktiken, die darauf zurückgehen, dass es in einem Land keine funktionierende Antidiskriminierungsgesetzgebung bzw. -kultur gibt oder der Staat eine zu passive Rolle bei deren Durchsetzung einnimmt, geraten dadurch ebenso kritisch in den Blick wie strukturelle Formen von

Diskriminierung durch staatliche Institutionen wie „Kopftuchverbote“ für Personen im öffentlichen Dienst oder die staatliche Beobachtung und Überwachung, anlassunabhängige Personenkontrollen und erleichterte Abschiebungen im Rahmen der Terrorismusbekämpfung, von denen Musliminnen und Muslimen und als solche Markierte in besonderer Weise betroffen sein können (Sayyid 2014).

Konzeptuell unterscheiden sich die hier diskutierten Zugänge zum Themenkomplex Islam- und Muslimfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus vor allem dadurch, dass sie mit ihrer Analyse auf verschiedenen Ebenen ansetzen. Daraus ergeben sich jeweils andere Implikationen für Umgangsweisen mit dem Phänomen und seinen Effekten. Arbeiten aus dem Bereich der Vorurteilsforschung begreifen Islam- und Muslimfeindlichkeit in erster Linie „als Ausfluss eines subjektiven Bewusstseins“ (Biskamp 2016, 94) und setzen entsprechend auf der individuellen Ebene auf eine Veränderung von Einstellungen durch gezielte Bildungs- und Aufklärungsarbeit (Heitmeyer 2012). In Praxisfeldern wie der Antidiskriminierungsarbeit in den Bereichen Jugendhilfe und Sozialer Arbeit hat der GMF-Ansatz wichtige Einsichten zu Ausmaß, Zusammenhängen und Funktionen von Vorurteilen und Diskriminierung ermöglicht, wie etwa die Leiterin der Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung Judith Rahner herausstellt. Die im GMF-Konzept angelegte Perspektive auf die Ähnlichkeit verschiedener Abwertungsphänomene ermöglicht es, „ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass viele Menschen gleichsam Subjekt und Objekt von Vorurteilen sein können“, (Rahner 2017, 40) sodass in der pädagogischen Arbeit aus „der Erfahrung eigener Diskriminierung eine solidarische Haltung gegenüber anderen Minderheiten“ (Rahner 2017) angeregt und Präventionsstrategien abgeleitet werden können, „die auf Stärkung, Partizipation, Widerspruchstoleranz oder Gendersensibilität der Adressat*innen setzen“ (Rahner 2017, 40-41).

Wie Rassismuskritikerinnen und -kritiker unterstreichen, reicht es nicht aus, allein auf Einstellungsänderungen als Mittel zu setzen, um Ungleichheitsverhältnisse zu bekämpfen, ohne auch das entsprechende diskursive, strukturelle und institutionelle Gefüge zu berücksichtigen, durch das diese negativen Haltungen und Äußerungen gegenüber als

muslimisch Markierten gerahmt und ermöglicht werden. „Freundlich zu Muslim*innen zu sein und ihre Religion zu tolerieren oder gar zu respektieren, ändert nichts daran, dass Kopftuch tragende Frauen im Öffentlichen Dienst nicht eingestellt werden, dass die Markierung als Muslim*innen als Anfangsverdacht für die Kriminalisierung dieser Person ausreicht, dass sich palästinensische Flüchtlinge auf Grund von Asylgesetzgebung und Kettenduldungen nicht frei im Land bewegen, keiner adäquaten Arbeit nachgehen, keine menschenwürdige Wohnung suchen und nicht politisch aktiv werden dürfen.“ (Attia 2013) Um den institutionellen und strukturellen Verankerungen von Ungleichwertigkeit zu begegnen, müssen auch Medien, Bildungswesen, Polizei, Justiz, Politik und Wirtschaft als bedeutsame Handlungsfelder in Betracht gezogen werden.

Den Anspruch rassismuskritischer Interventionen erläutert Imam Attia u. a. am Beispiel der Bekämpfung von Sexismus. Während Maßnahmen, die häusliche Gewalt gegen Frauen in einem als muslimisch markierten Kontext als kulturellen Ausdruck des Islams betrachten und in der Konsequenz Betroffene etwa zu einer Distanzierung von ihrer religiösen Praxis oder Gemeinschaft drängen, diese zusätzlich zu ihrer Gewalterfahrung rassistisch diskriminieren, richten rassismuskritische Praxisansätze den Fokus auf die spezifische Lebenssituation von muslimisierten Frauen. Dazu gehört, dass sie häusliche Gewalt als ein Phänomen behandeln, bei dem sich Sexismus, Rassismus und Klassismus kreuzen (Intersektionalität) und das im Zusammenhang mit Restriktionen im Bereich von Ausländergesetzgebung, Staatsbürgerschaftsrecht und Einwanderungspolitik verstärkt auftreten kann. Auf der Grundlage eines solchen kritischen Umgangs mit der institutionell-strukturellen und der diskursiven Ebene können Interventionen im Bereich der Sozialen Arbeit dann Maßnahmen beinhalten. Solche könnten sein: „die rechtliche Unterstützung der Frauen, ein eigenständiges Aufenthaltsrecht zu erlangen, oder die Schaffung einer Öffentlichkeit, die diese Frauen auch als Muslimin oder als Muslimin Markierte darin unterstützt, ihr Leben eigenständig zu führen, Wohnung, Arbeit und Kinderbetreuung zu bekommen“ (Attia 2013).

Ungeachtet dessen, ob man das abwertende Sprechen über den Islam und muslimischen Menschen als Vorurteil oder als Rassismus begreift, die Diagnose, dass die

Diskriminierung und Ablehnung gegenüber Musliminnen und Muslimen ein gesellschaftliches Problem sind, kann nicht bedeuten, dass die Ursachen dafür allein in den Befindlichkeiten der Bevölkerung zu suchen sind und diesem Problem mit auf die Einstellungen der oder des Einzelnen ausgerichteten „Therapiemaßnahmen“ allein beizukommen ist. Eine ganzheitliche Betrachtung der Situation von Musliminnen und Muslimen in Deutschland und Europa muss die unterschiedlichen Ebenen und Erscheinungsformen von Diskriminierung ebenso einbeziehen wie den Beitrag, den migrations-, integrations- und religionspolitische Diskurse und Praktiken zu deren (Re-)Produktion leisten. Angebote in den Bereichen politische Bildung und Soziale Arbeit sind ein wichtiger Baustein, mit dem die unmittelbaren Effekte von Islamfeindlichkeit und antimuslimischem Rassismus bekämpft werden können, und können eine Sensibilisierung für antimuslimische Diskurse und damit einhergehende Benachteiligungen im Alltag bewirken. Das institutionell-strukturelle Gefüge, das solche Äußerungen und Diskurse hervorbringt und dessen Fortbestand gleichzeitig durch selbige gesichert wird, kann dagegen nur mit langfristig wirksamen politischen Strategien verändert werden, die auch andere Handlungsfelder wie Medien, Bildungswesen, Polizei, Justiz, Politik und Wirtschaft einschließen.



Literatur

...

Attia, Imam. „Privilegien sichern, nationale Identität revitalisieren. Gesellschafts- und handlungstheoretische Dimensionen der Theorie des antimuslimischen Rassismus im Unterschied zu Modellen von Islamophobie und Islamfeindlichkeit.“ *Journal für Psychologie* 21 (1), 2013: 1-31.

Bielefeldt, Heiner. *Das Islambild in Deutschland. Zum öffentlichen Umgang mit der Angst vor dem Islam*. Herausgeber: Deutsches Institut für Menschenrechte. Berlin, 2007.

Bielefeldt, Heiner. „Muslimfeindlichkeit. Ausgrenzungsmuster und ihre Überwindung.“ In *Muslimfeindlichkeit - Phänomen und Gegenstrategien. Beiträge der Fachtagung der Deutschen Islam Konferenz am 4. und 5. Dezember 2012*, von Bundesministerium des Inneren im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz, Herausgeber: Bundesministerium des Inneren im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. Berlin, 2013: 23-34.

Biskamp, Floris. *Orientalismus und demokratische Öffentlichkeit. Antimuslimischer Rassismus aus Sicht postkolonialer und neuer kritischer Theorie*. Bielefeld: transcript, 2016.

do Mar Castro Varela, María. *Die Dämonisierung der Anderen*. Bielefeld: transcript, 2016.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.). *Deutsche Zustände*. Folge 10. Berlin: Suhrkamp, 2012.

Kühnel, Steffen und Jürgen Leibold. „Islamophobie in der deutschen Bevölkerung: Ein neues Phänomen oder nur ein neuer Name? Ergebnisse von Bevölkerungsumfragen zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit 2003 bis 2005.“ In *Konfliktfeld Islam in Europa*, von Monika Wohlrab-Sahr und Levent Tezcan. Baden-Baden: Nomos, 2007: 135-154.

Küpper, Beate. „Anknüpfungspunkt: Islamfeindlichkeit.“ In *Deutsche Zustände*. Folge 9, von Wilhelm Heitmeyer. Berlin: Suhrkamp, 2010: 212-213.

Leibold, Jürgen und Steffen Kühnel. „Islamophobie. Sensible Aufmerksamkeit für spannungsreiche Anzeichen.“ In *Deutsche Zustände*. Folge 2, von Wilhelm Heitmeyer. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 2003: 100-119.

Rahner, Judith. „Diskriminierungskritische Bildung in Zeiten rechtspopulistischer Dynamiken. Das Konzept „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ in der Praxis.“ *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit - Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis* 2 (2), 2018: 36-46.

Sayyid, Salman. „A Measure of Islamophobia.“ *Islamophobia Studies Journal* 2 (1), 2014: 10-25.

Shooman, Yasemin. „...weil ihre Kultur so ist!“ *Narrative des antimuslimischen Rassismus*. Bielefeld: transcript, 2014.

Shooman, Yasemin. *Islamophobie, antimuslimischer Rassismus oder Muslimfeindlichkeit? Kommentar zu der Begriffsdebatte der Deutschen Islam Konferenz*. Heinrich Böll Stiftung. 1. Juli 2011. <https://heimatkunde.boell.de/2011/07/01/islamophobie-antimuslimischer-rassismus-oder-muslimfeindlichkeit-kommentar-zu-der> (Zugriff am 23. Mai 2019).

Zick, Andreas. „Islam- und muslimfeindliche Einstellungen in der Bevölkerung. Ein Bericht über Umfrageergebnisse.“ In *Muslimfeindlichkeit - Phänomen und Gegenstrategien. Beiträge der Fachtagung der Deutschen Islam Konferenz am 4. und 5. Dezember 2012*, Herausgeber: Bundesministerium des Inneren im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. Berlin, 2013: 35-46.

Zick, Andreas, Beate Küpper und Andreas Hövermann. *Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung*. Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin, 2011.

Zick, Andreas, Beate Küpper und Wilhelm Heitmeyer. „Vorurteile als Elemente Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit - Eine Sichtung der Vorurteilsforschung und ein theoretischer Entwurf.“ In *Vorurteile. Ursprünge, Formen, Bedeutung*, von Anton Pelinka, Karin Bischof und Karin Stögner. Berlin & Boston: De Gruyter, 2011: 287-316.



Die Spirale des Extremen

Reziproke Radikalisierung in den sozialen Medien



Jens Ostwaldt leitet die Fachstelle PREvent!on zur Prävention von religiöse begründetem Extremismus im Demokratiezentrum Baden-Württemberg.

Radikale Akteure brauchen sich gegenseitig. Dieses Erkenntnis wurde vor allem denjenigen, die Präventionsangebote umsetzen, in den letzten Jahren zusehends bewusst. Die wechselseitige, also reziproke Radikalisierung von vor allem neosalafistischen und rechtsextremen Gruppierungen ist eine der treibenden Kräfte, wenn es darum geht, die Triebfedern dafür zu finden, dass sich (junge) Menschen entsprechenden Gruppierungen anschließen.

Radikalisierende Akteure greifen dabei auf Methoden zurück, die denen der Sozialarbeit nicht unähnlich sind. Es geht um persönliche Ansprache, darum den Menschen als Individuum wertschätzend wahrzunehmen und darüber hinaus, der im Kontext dieses Artikels zentrale Aspekt, eine zielgruppenorientierte Ansprache durch das Verbreiten einseitiger und oftmals populistischer Inhalte. In den letzten Jahren wurde das Zitat geprägt, die Salafisten seien die besseren Sozialarbeiter. Besser sind sie in keinem Fall, sie haben es nur leichter, denn sie behaupten, sie könnten jungen Menschen einfache Lösungen für komplexe Probleme bieten - vor allem in den Sozialen Medien. Selbiges tun auch Akteurinnen und Akteure des Rechtsextremismus oder Anhängerinnen bzw. Anhänger anderweitiger extremistischer Ideologien. Sie bieten ein einfaches Feindbild und machen ihren Anhängerinnen und Anhängern glauben, dass der Kampf gegen eben dieses, einen bunten Strauß von Problemen löst. Diese vermeintlichen Lösungsansätze lassen sich als dysfunktionale Lösungsstrategien bezeichnen, denn sie zielen in Wahrheit keineswegs darauf ab, die wahrgenommenen Probleme des Individuums zu lösen, sondern bereiten vielmehr den Nährboden für eine durch Unzufriedenheit und Dualismus geprägte Weltsicht.

Die Sozialen Medien spielen in diesem Kontext eine zentrale Rolle. Wie in dieser Publikation schon verschiedentlich thematisiert wurde, stellt der Umgang mit Medien, die eine schnelle und einfache Informationsbeschaffung ermöglichen, eine große Herausforderung für die Vermittlung

spezifischer Kompetenzen an Menschen aller Altersklassen dar. Allzu oft werden Kinder und Jugendliche als Zielgruppe von Medienbildung fokussiert. Diese Eingrenzung der Zielgruppe scheint jedoch vor dem Hintergrund der Strategien radikalisierender und populistisch agierender Akteurinnen und Akteure im Internet nicht angebracht. Es bedarf vielmehr einer ganzheitlichen Perspektive, soweit sei dem Fazit dieses Artikels schon einmal vorweggegriffen.

Twitterkampagne #nichtohneinKopftuch

Unter anderen haben neosalafistische und rechtsextreme Akteurinnen und Akteure das Internet als wirkmächtiges Medium entdeckt, denn hier können Feindbilder besonders leicht mit vermeintlichen Handlungsstrategien verknüpft werden.

Das Vorgehen extremistischer Gruppierungen im Internet soll im Folgenden an einem Beispiel aus der salafistischen Szene verdeutlicht werden:

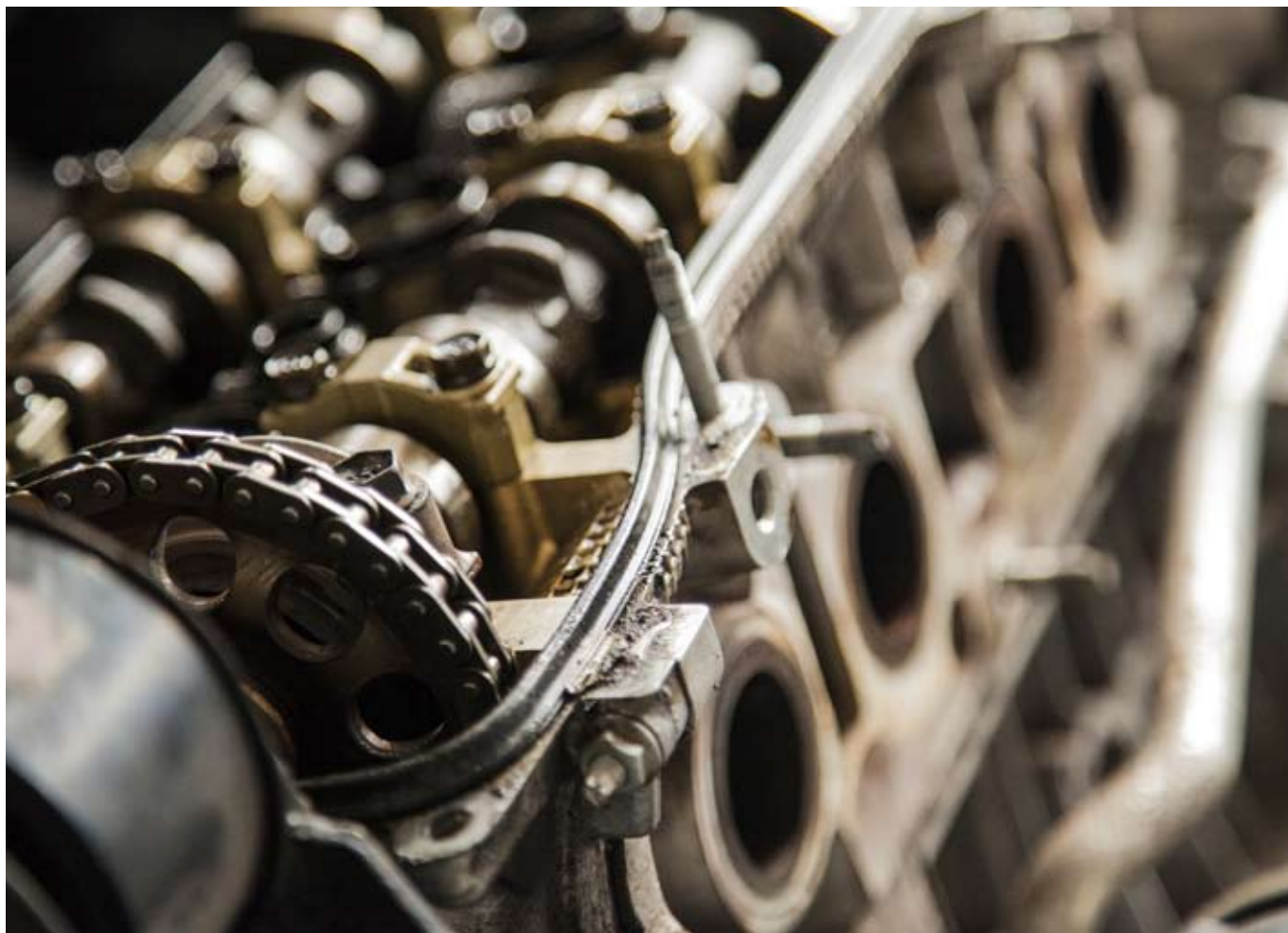
Über verschiedene Plattformen und Communities, wie z. B. „Generation Islam“ oder „Realität Islam“, werden jugendaffine Inhalte verbreitet, die passgenau auf die Lebensrealität vieler (muslimischer) Jugendlicher abzielen. So rief z. B. „Generation Islam“ für den 15. April 2018 zu einem „Weekend of the Revolt“ und einem „Twitterstorm“ auf. Allein am 15. April wurde #nichtohneinKopftuch mehr als 100.000 Mal in Beiträgen verwendet. Auslöser des Aufrufs war die Diskussion über ein mögliches Kopftuchverbot an Schulen in Nordrhein-Westfalen für unter 14-Jährige, die das Hashtag aufgreift. Es erreichte damit recht schnell die Top 10 Trends auf Twitter. Parallel dazu wurde auf onlinepetition.org eine Petition zu eben diesem Thema eingerichtet, die in kurzer Zeit mehr als 100.000 Unterstützerinnen und Unterstützer mobilisieren konnte (ISD 2018). Auch die Gruppierung „Realität Islam“ griff die Diskussion auf und mobilisierte für eine Petition, die sich direkt an den Petitionsausschuss des Bundestages richtete, mehr als 50.000 Unterstützerinnen und Unterstützer (ebd.). Sowohl „Generation Islam“ als auch „Realität Islam“ werden mit der in Deutschland verbotenen islamistischen Gruppierung Hizb-ut-Tahrir in Verbindung gebracht (ebd.). Die zwei genannten Plattformen stehen exemplarisch für einen Wandel der Systematik, mit der Jugendliche für die eigene Sache gewonnen werden sollen. Dabei spielen die

„Muslimisierung“ (Spielhaus 2014) von Migrantinnen und Migranten und problembezogene gesellschaftliche Diskurse (Nazirizadeh 2015, S. 189) eine große Rolle: Wurden junge Menschen türkischer Abstammung zu Beginn der Jahrtausendwende noch als „Türken“ bezeichnet, werden sie nun der Gruppe der „Muslime“ zugeordnet. Diese „Andersmachung“ wird als Othering bezeichnet und beschreibt den Prozess, Muslime als „anders“ zu markieren und sie auf diese Weise von einer konstituierten Mehrheit zu trennen (Spielhaus 2013, 190). Die Fremdwahrnehmung als „Muslimin“ oder „Muslim“ mit den damit einhergehenden kulturalisierenden Zuschreibungen ermöglicht es extremistischen Gruppierungen, diese extern zugeschriebene Identität zu adressieren.

In der Konsequenz zielen die Angebote von Gruppierungen wie „Generation Islam“ und „Realität Islam“ zunächst nicht auf die direkte Rekrutierung im Namen terroristischer Vereinigungen wie z. B. Hizb-ut-Tahrir. Es geht zuerst vermeintlich nur darum, täglich erlebte Erfahrungen von Rassismus und persönlicher sowie kollektiver Diskriminierung aufzugreifen und den Jugendlichen eine Plattform zu bieten. Der Aufruf gegen das Kopftuchverbot steht stellvertretend dafür, dass radikalisierende Akteurinnen und Akteure zum einen durch konzentrierte Aktionen in den sozialen Medien große Aufmerksamkeit erreichen können und zum anderen die jungen Menschen bei Alltagsfragen und -sorgen abholen, für die sie im nächsten Schritt ideologische Deutungs- und Lösungsmuster im Sinne dysfunktionaler Lösungsstrategien anbieten.

Wechselseitige Radikalisierung

Das Beispiel der Twitterkampagne #nichtohneinKopftuch zeigte auch deutlich, wie sich religiöse Radikalisierung im Kontext des Neosalafismus und politische Radikalisierung in Richtung des Rechtsextremismus gegenseitig bedingen: Kurz nachdem die Kampagne ihren Höhepunkt erreichte kaperte die rechtsextremistische „Identitäre Bewegung“ das Hashtag und verbreitete islam- und fremdenfeindliche Botschaften wie z. B. „Wenn Muslime keinen Alkohol, keine Hunde, keine Bikinis, kein Schweinefleisch und keine Religionsfreiheit wollen, warum leben sie dann in Europa?“ (ISD 2018). Julia Ebner hat diese wechselseitigen Funktionsweisen eindrücklich beschrieben.



„British counter-jihad movements, American alt.right groups and continental European identitarian networks may come under different brands but their camouflage is the same: they use terrorist incidents, gang violence and immigration problems to legitimise an unwarranted intolerance towards Muslims under the guise of „counter-jihadism.“

(Ebner 2017, 63)

Die von Ebner beschriebenen Wechselwirkungen schlagen sich auch in Deutschland z. B. in der Konstitution rechtsextremer Gruppierungen wie der „Identitären Bewegung“ nieder. Diese zeichnen sich dadurch aus, dass sie verschiedene Möglichkeiten der Identifikation mit der Gruppe durch ein spezifisches Selbstverständnis bieten: Die „Identitäre Bewegung“ versteht sich als bürgerliche Protestbewegungen. Sie nimmt für sich in Anspruch, vor allem Intellektuelle anzusprechen. Die meisten dieser Gruppierungen haben gemein, dass sie ihre Programmatik zum einen auf ein identitätsstiftendes Angebot als vermeintlich „deutsch“ bzw. „europäisch“ ausrichten, was zum anderen nur in

Abgrenzung zu anderen konstruierten Gruppen funktioniert, denen diese Eigenschaft abgesprochen wird. Auch der Neosalafismus arbeitet mit eben diesen identitätsstiftenden Elementen. Im spezifischen Kontext des Neosalafismus werden sie als ethnizitätsbildend bezeichnet (Ceylan 2016, 164). Jenseits von gesellschaftlichen Kategorien, wie Herkunft, Nationalität, Muttersprache etc. etablieren neosalafistische Akteurinnen und Akteure eine eigene „Ethnie“, die lediglich die Konversion, diese jedoch vollumfänglich, in die dezidierte neosalafistische Glaubenspraxis voraussetzt.

„Der Islam“ als Projektionsfläche

Der islamischen Religion kommt in der wechselseitigen Bezugnahme rechtsextremer und neosalafistischer Akteurinnen und Akteure aufeinander (im Fachjargon als reziproke Radikalisierung (Bartlett et al. 2010) bezeichnet) eine besondere Rolle zu. Auf der einen Seite instrumentalisieren neosalafistische Akteurinnen und Akteure diese für ihre politische und antidemokratische Agenda, während rechtsextreme und -populistische Narrative auf der



anderen Seite allzu oft „den Islam“ zum Feindbild stilisieren. Symptomatisch für beide Seiten ist die vordergründige Bezugnahme auf die islamische Religion, die bei näherer Betrachtung zusehends zum Vehikel politischer Agenden wird. Für pädagogische Fachkräfte ergibt sich aus diesem Spannungsfeld die große Herausforderung, solche Instrumentalisierungen zu erkennen und sie entsprechend zu bearbeiten. Darüber hinaus gewinnt eine islamische Identität in den letzten Jahren auch im Migrationsdiskurs an Bedeutung: Auf der einen Seite steht die zuvor genannte Muslimisierung von Migrantinnen und Migranten durch den politischen und gesellschaftlichen Diskurs in Deutschland, der - auf der anderen Seite - auch durch Akteurinnen und Akteure betrieben wird, die z. B. eine „türkisch-islamische Synthese“ (Bozay 2018) vorantreiben und damit Nationalismus und politischen Islam verbinden. Dieses Narrativ einer Re-Ethnisierung, also einer Rückbesinnung auf eine vermeintlich ethnische Herkunft, verbunden mit einer islamischen Identität wird z. B. von den Grauen Wölfen, einer rechtsextremistischen türkischen Gruppierung in Deutschland, vorangetrieben.

Anschlussfähigkeit durch Brückennarrative

Die Relevanz der Phänomene des Salafismus und des Rechtsextremismus stieg in den letzten Jahren stetig an, weil die Jugendaffinität dieser Szenen ebenfalls kontinuierlich angestiegen ist. Im phänomenübergreifenden Vergleich fällt auf, dass sich die ideologischen Inhalte oftmals ähneln, sie bilden Überschneidungen. Diese lassen sich deshalb als „Brückennarrative“ (Meiering et al. 2018) bezeichnen und bereiten den ideologischen Nährboden für das zuvor beschriebene Konzept der reziproken Radikalisierung: Indem sich die Fokussierung auf einzelne Themen in den radikalen und populistischen Szenen überschneidet, erhöht sich das Radikalisierungspotential erheblich, weil spezifische Perspektiven der jeweils anderen Gruppierung direkt adressiert werden können. Im Folgenden werden exemplarisch drei dieser Narrative dargestellt.

Sowohl der Salafismus als auch rechtsextreme Gruppierungen weisen oftmals einen dezidierten Anti-Feminismus auf. Im rechtsextremen Anti-Feminismus geht es vor allem darum, Männlichkeit als ein vom Aussterben bedrohtes Konzept zu inszenieren und somit eine Täter-Opfer-Umkehr vorzunehmen. Männer sind nun nicht mehr, wie im

ursprünglichen Anti-Feminismus der 1960er Jahre, das von Natur aus überlegene Geschlecht, sondern vielmehr Opfer eines „staatlichen Feminismus“. In der Stilisierung des Männerbildes zu einem nahezu heroischen Ideal finden sich sowohl neosalafistische als auch rechtsextreme Akteurinnen und Akteure wieder. So wird in der Neuen Rechten z. B. Homosexualität nur dann akzeptiert, wenn sie durch eine überhöhte Hypermaskulinität kompensiert wird (Meiering et al. 2018, 21). Dieser Maskulismus findet sich auch im salafistischen Ideal des tapferen Kriegers, der sich selbstlos im Sorgen um die eigene Familie und im Kampf gegen die dem Islam feindlich gesinnten Mächte aufopfert. Eindrücklich unterstrichen wird dieses Männlichkeitsideal durch die Abbildungen von Kämpfern des sogenannten „Islamischen Staats“ (IS), die in Kampfmontur posieren und dabei - neben einer Kalaschnikow - ein Katzenbaby in der Hand halten.

Das zweite Narrativ, das ideologische Parallelen zwischen Rechts- und religiös begründetem Extremismus aufzeigt, ist der Glaube an eine jüdische Weltverschwörung. Antisemitische Narrative spielen sowohl im Salafismus als auch im Rechtsextremismus und Linksextremismus eine große Rolle. Der gemeinsame Nenner scheint hier vor allem ein israelbezogener Antisemitismus zu sein, der einhergeht mit einer antiamerikanischen Haltung bzw. einer Haltung gegen eine vermeintliche Entgrenzung durch Globalisierung, einem Elite vs. Volk-Narrativ und einer ablehnenden Haltung allen Medien gegenüber (Stein 2017, 355). Im Kontext des Neosalafismus entfaltet dazu noch das Narrativ der Verschwörung aller nicht-muslimischen Staaten gegen die islamische Welt eine nicht zu unterschätzende Schlagkraft, immer verbunden mit antisemitischen Verschwörungstheorien.

Eine weiteres, als „Brückennarrativ“ zu bezeichnendes, phänomenübergreifendes ideologisches Element ist der Widerstand (Meiering et al. 2018, 22). Das Recht zum Widerstand ist in der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland (Artikel 20, Absatz 4 Grundgesetz) festgelegt: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ Vor allem die Gruppierungen der Neuen Rechten beziehen sich auf dieses Recht (Kleger 2013). Ausprägungen dieser Bezugnahme

sind z. B. die von rechten Gruppierungen gegründeten Bürgerwehren, die für sich beanspruchen, eine von ihnen angestrebte Ordnung durchzusetzen, und somit das Gewaltmonopol des Staates in Frage stellen. Ein Beispiel für eine solche Gruppierung ist die „Bürgerwehr Freital/360“, deren Mitglieder sich seit 2016 für einen Anschlag auf ein Wohnheim für Geflüchtete verantworten müssen. Ein ähnlich gelagerter Fall ist die sogenannte „Sharia-Polizei“, die im Jahr 2014 in Wuppertal vor allem junge Männer auf vermeintliche Aktivitäten aufmerksam machte, die unislamisch seien (Meiering 2018, 25).

Schlussfolgerungen für die pädagogische Praxis

Sowohl rechtsextrem als auch neosalafistisch ausgerichtete Gruppierungen stillen mit ihrem Angebot der Orientierung und der vermeintlich einfachen Lösung komplexer Probleme damit ein Bedürfnis nach Spiritualität und Identität, das sie vor allem im Kontext einer Bezugsgröße definieren:

„Salafisten (und Rechtspopulisten) treten mit dem Anspruch auf, den Islam genau zu kennen. Auf jede Frage wissen sie sofort die richtige Antwort und zitieren einen »passenden« Koranvers, den sie in der Regel aus dem Zusammenhang reißen.“ (Lemmen 2014, 419)

Der Auseinandersetzung mit den Glaubensinhalten und -ausprägungen der islamischen Religion und den Formen der Instrumentalisierung durch extremistische Akteurinnen

und Akteure, sei es von neosalafistischer oder rechtsextremer Seite, kommt in der pädagogischen Arbeit mit jungen Menschen im Kontext von gesellschaftlichen Radikalisierungstendenzen eine zentrale Rolle zu. Die sichere Identifikation von radikalisierenden und extremistischen Interpretationen islamischer Glaubensinhalten und der Diskreditierung einer Weltreligion wird auch in Zukunft eine - möglicherweise sogar entscheidende - Schlüsselqualifikation von Fachkräften der Kinder- und Jugendarbeit sein. Darüber hinaus zeigt sich jedoch auch, dass die Themen, die populistische und radikalisierende Gruppierungen ansprechen, vor allem die Frage nach der Identität und Zugehörigkeit eines jeden und einer jeden Einzelnen stellen. Die Konstruktion eines „Wir“, das vor allem exklusiv verstanden wird und sich nur in klarer Abgrenzung zu einer als „Die“ deklarierten Gruppe definieren lässt, ist allen radikalisierenden Gruppierungen gemein.

Es zeigt sich, dass der Umgang mit diesen Herausforderungen und die dafür notwendigen Kompetenzen in Zukunft nicht mehr ohne eine vertiefende Auseinandersetzung mit den Funktionsweisen gesellschaftlicher und individueller (politischer) Meinungsbildung im Kontext Sozialer Medien gedacht werden kann. Die Zielgruppe von Medienbildung sollten deshalb vor allem auch diejenigen Personen sein, die mit Kindern und Jugendlichen zentrale gesellschaftliche Themen besprechen. Die Zeiten, in denen die junge Generation der Elterngeneration das Internet erklärt, müssen der Vergangenheit angehören.





Literatur

...

Bartlett, Jamie, Birdwell, Jonathan; King, Michael. *The Edge of Violence*. 2010.

Bozay, Kemal. *Radikalisierung in der Migrationsgesellschaft - Wo liegen die Ursachen ethnisch-nationalistischer Mobilisierung?* Online verfügbar unter <https://blog.prif.org/2018/05/03/radikalisierung-in-der-migrationsgesellschaft-wo-liegen-die-ursachen-ethnisch-nationalistischer-mobilisierung/>, zuletzt geprüft am 20.02.2019, 2018.

Ceylan, Rauf. *Jugendarbeit in Moscheen. Möglichkeiten einer Präventionsarbeit gegen neo-salafistische Strömungen*. In: Zeitschrift für die Jugendarbeit 64 (4), 2016: 161-168.

Ebner, Julia. *The rage. The vicious circle of Islamist and far-right extremism*. London, New York, NY: I.B. Tauris, 2017.

ISD. OCCI DE Insight Report. *Plattformwanderung als Folge der Entfernung rechtsextremer Profile, neonazistische Propaganda und die islamistische Gruppe „Generation Islam“*. Online verfügbar unter http://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2018/06/IR-Juni-OCCI_DE.pdf, 2018.

Kleger, Heinz. *Widerstand und ziviler Ungehorsam im demokratischen Rechtsstaat*. In: Birgit Enzmann (Hrsg.): *Handbuch Politische Gewalt. Formen - Ursachen - Legitimation - Begrenzung*. Wiesbaden, 2013: 163-203.

Lemmen, Thomas. *Salafistische Bestrebungen in Deutschland als Herausforderung für den interreligiösen Dialog*. In: Thorsten Gerald Schneiders (Hrsg.): *Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung*. Bielefeld, Germany: transcript, 2014: 415-421.

Meiering, David, Dziri, Aziz, Foroutan, Naika; Lehnert, Esther, Abou-Taam, Marwan.: *Brückennarrative. Verbindende Elemente für die Radikalisierung von Gruppen*. Unter Mitarbeit von Simon Teune. Leibniz-Institut Hessische Stiftung Frieden- und Konfliktforschung (PRIF Report). Online verfügbar unter https://gesellschaftextrem.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_publicationen/prif0718.pdf, 2018.

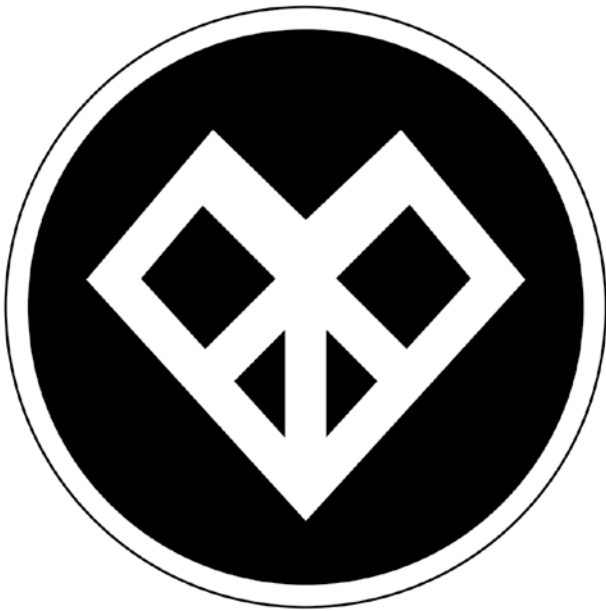
Nazirzadeh, Dawood. *Religiös begründeter Extremismus - eine muslimische Perspektive und Handlungsempfehlungen*. In: Dietmar Molthagen (Hrsg.): *Handlungsempfehlungen zur Auseinandersetzung mit islamischem Extremismus und Islamfeindlichkeit. Arbeitsergebnisse eines Expertengremiums des Friedrich-Ebert-Stiftung*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, 2015: 187-198.

Spielhaus, Riem. *Vom Migranten zum Muslim und wieder zurück. Die Vermengung von Integrations- und Islamthemen in Medien, Politik und Forschung*. In: Dirk Halm und Hendrik Meyer (Hrsg.): *Islam und die deutsche Gesellschaft*. Wiesbaden: Springer VS, 2103: 169-194.

Spielhaus, Riem. *Ein Muslim ist ein Muslim, ist ein Muslim ... oder? Jugendliche zwischen Zuschreibung und Selbstbild*. In: Wael el Gayar und Katrin Strunk (Hrsg.): *Integration versus Salafismus. Identitätsfindung muslimischer Jugendlicher in Deutschland ; Analysen, Methoden der Prävention, Praxisbeispiele*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verl., 2014: 20-37.

Stein, Timo. *Mal links, mal rechts, mal islamistisch gefärbt: Israelkritik als Türöffner für das antisemitische Stereotyp*. In: Ralf Altenhof, Sarah Bunk und Melanie Piepensneider (Hrsg.): *Politischer Extremismus im Vergleich*. Münster: LIT, 2017.

Die rechtsextreme Netzcommunity „Reconquista Germanica“ und ihre Verbindungen



Leo Träumer¹, Netzaktivist bei Reconquista Internet.

Reconquista Internet (RI) ist ein freiwilliger und privater Zusammenschluss von Menschen jeden Alters, aller Geschlechter, unterschiedlicher Herkunft und mit allerlei sonstigen individuellen Vorzügen und Fehlern.

RI versteht sich als aktive, überparteiliche und unabhängige Bürgerrechtsbewegung. Die unantastbare Menschenwürde zu achten und zu schützen, ist ihre Verpflichtung. Ihr Ziel ist es, jedem und jeder aus der Spirale des Hasses und der Enthemmung herauszuhelfen.

„Reconquista Germanica“ (RG) ist ein hierarchisch aufgebautes und straff organisiertes Kollektiv aus netzaffinen, meist jungen Menschen, das sich selbst als „satirisches Projekt“ der neurechten Bewegung darstellt. Tatsächlich greift „Reconquista Germanica“ allerdings - völlig unsatirisch - Politiker*innen, Medien, Netzaktivist*innen und Institutionen mit dem Ziel an, die öffentliche Meinung und den öffentlichen Diskurs im eigenen Sinne zu beeinflussen: Man möchte in die Köpfe der Menschen vordringen und eine Deutungshoheit bei bestimmten Themen erlangen, die sich schlussendlich auch realpolitisch niederschlagen soll.

Zur Organisation der einigen Dutzend bis wenigen hundert aktiven Mitglieder wird von „Reconquista Germanica“ hauptsächlich die Chatplattform Discord, die ursprünglich für Onlinespieler*innen entwickelt wurde, genutzt. Neulinge auf dem Discordserver der „Reconquista Germanica“ müssen, um Zutritt zu dem Server zu erhalten, ein Bewerbungsgespräch bei einem selbsternannten „Rekrutierungs-offizier“ oder „Gardeführer“ führen, und dort über ihre „politische[n] Absichten und Ansichten“² Auskunft geben. Die Aufnahme eines Mitglieds erfolgt in der Regel zunächst auf Probe, wobei Neumitglieder sich - ähnlich wie bei kriminellen Vereinigungen - durch Aktionen im Sinne der Führung zunächst beweisen müssen, um ihre Stellung in der Gemeinschaft zu festigen.

.....
2 So wörtlich in dem Regelwerk der „Reconquista Germanica“.

.....
1 Pseudonym

Ihre Aktionen unterteilt „Reconquista Germanica“ in verschiedene Kategorien: In „Sniper“- Missionen wird versucht, Personen des öffentlichen Lebens und des gegenpolitischen Lagers so zu reizen und zu provozieren, dass diese eine unbedachte, öffentliche Überreaktion zeigen. In „Clear and Hold“-Missionen wird versucht, an sich unverwerfliche Hashtags (z.B. #refugeeswelcome) mit eigenen Inhalten und Standpunkten zu besetzen. In „Search and Destroy“-Missionen schließlich werden (politische) Gegner*innen durch vorbereitete Texte und Bilder mit dem Ziel der öffentlichen Verächtlichmachung oder der Einschüchterung angegriffen.

Das Ziel ihres Aktionismus definiert „Reconquista Germanica“ selbst damit, rechtspopulistische Parteien zu stärken und die Grenze des Sagbaren im digitalen Raum verschieben zu wollen. Eine Strategie zur Erreichung dieser Ziele ist das massenhafte Anlegen von Mehrfachaccounts in sozialen Netzen - vor allem bei Twitter, Facebook und YouTube -, um damit bestimmte Themen künstlich aufzublasen und stärker erscheinen zu lassen, als sie es sind: So wurde zum Beispiel das TV-Duell vor der Bundestagswahl 2017 mit dem von der „Reconquista Germanica“ erdachten Hashtag „#Verräterduell“ begleitet, das von knapp 400 größtenteils neu angelegten Accounts bei Twitter durch knapp 2.500 Tweets geteilt wurde.³ Obgleich diese Aktion nicht den gewünschten Erfolg, der deutschlandweiten Platzierung als eines der populärsten Hashtags, erreichte, so konnten in einer Gesamtbetrachtung des Bundestagswahlkampfes 2017 immerhin sieben andere Themen der „Reconquista Germanica“ als Top-Thema platziert werden.⁴ Auch im Europawahlkampf 2019 hatten gut 47 % der politischen Diskussionen eine thematische Verbindung zur AfD und zu rechten Themen, obwohl die Gruppe der rechten Unterstützer*innen nur ein Zehntel der Twitter-Nutzer*innen ausmacht.⁵

Nach außen bemüht sich „Reconquista Germanica“ darum,

3 <https://www.derwesten.de/politik/beim-tv-duell-zehn-mal-mehr-tweets-als-bei-rekord-tatort-id211814545.html> [zuletzt geprüft am 11.07.2019]

4 http://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2018/07/ISD_Ich_Bin_Hier_2.pdf

5 <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/europawahl-soziale-medien-101.html>

den Eindruck zielstrebigser Seriosität zu erwecken. Nicht nur ist das eine Voraussetzung für gesellschaftliche Akzeptanz, auch stellt dies einen Abwehrmechanismus gegenüber Journalist*innen, Strafverfolgungsbehörden und Aktivist*innen anderer politischer Couleur dar.

Dieser Eindruck kann bei Betrachtung der Inhalte und des Agierens jedoch nicht aufrechterhalten werden. Zwar wird propagiert, dass der Discordserver vor allem zum Planen und Entwickeln von Aktionen dient, doch wird jedem Beobachter schnell klar, dass es vielen Mitglieder auch (oder vor allem?) um das offene und unverhohlene Ausleben ihrer ausländerfeindlichen, antisemitistischen, rassistischen, systemfeindlichen und teils auch homophoben Gesinnung geht. So werden durch Mitglieder der verschiedenen „Heeresgruppen“⁶ Rassenideologien diskutiert („Braune Menschen sind einfach primitiver.“ - „Neger sind in der Masse brutaler wie wir.“ - „Deswegen liest man häufig auch Eritrea oder Senegal, die haben einen Durchschnitt um die 65⁷, was wollen die Gutmenschen erwarten, entweder sind es krasse Analphabeten oder Verbrecher.“ - „Sie sollten nicht aus ihren Habitaten ausbrechen.“)⁸ oder es wird die beste Methode zur Sterilisierung großer Teile der Bevölkerung die nicht „waschechte Deutsche“ sind, besprochen („Daher lieber schleichend sterilisieren in dem wir Nahrung und vor allem Trinkwasser (ja, man weiß wer wo Wasser zapft und in welche „No-Go-Areas was reinfließt) entsprechend manipulieren“ - „[...] Ginge es nach mir, würde ich gewisse Waren (#halal) mit gewissen Substanzen versetzen.“ - „Wenn jeder IQ 70 Neger unsere Werte und Kultur lebt ist Deutschland gerettet.“).

Gleichermaßen beunruhigend und demaskierend ist, dass sich in diesem Umfeld nicht nur junge Internetaktivist*innen tummeln, die völkische Ansichten vertreten, sondern dass die Vernetzung mit um Seriosität bemühten politischen Parteien und anderen

6 „Heeresgruppe“ ist ein Organisationsbegriff aus den Armeen des deutschen Reiches während der ersten beiden Weltkriege.

7 Anm.: Gemeint ist der Intelligenzquotient

8 Diese und die folgenden Zitate sind wörtlich aus der „Haupthalle“ des Discordservers der „Reconquista Germanica“ entnommen und können - mit ihrem Kontext - in unserem ersten Hassreport nachgelesen werden.

Organisationen im rechten Spektrum hervorragend funktioniert. Nach ARD-Recherchen waren der damalige AfD-Funktionär Bodo Staron⁹ ebenso wie der damalige niedersächsische Landesvorsitzende der Jungen Alternative (JA)¹⁰ Lars Steinke beim Bundeswahlkampf 2017 im Netzwerk von „Reconquista Germanica“ aktiv.¹¹ Auch Mitglieder der „Identitären Bewegung Deutschland“ (IBD), einer vom Verfassungsschutz beobachteten, rechtsextremen Gruppierung, engagierten sich teils intensiv in dem Netzwerk von „Reconquista Germanica“. Schließlich profitiert „Reconquista Germanica“ nicht nur ideell, sondern auch monetär von Vernetzungseffekten: parallel zu ihren YouTube-Videos bewirbt sie in einer Ankündigung von 18. April 2019 ein Magazin der neuen Rechten über spezielle Links, die, wenn sie geklickt werden, für eine Umsatzbeteiligung der „Reconquista Germanica“ sorgen.¹²

Was also tun? Im rechten Spektrum gibt es die Vorstellung, dass politische Veränderungen erst durch kulturellen Wandel zu erreichen sind. Nach dieser Logik muss zuerst der Diskurs einer Gesellschaft beeinflusst werden, um politische Umschwünge möglich zu machen. Lange galt im Umgang mit Trollen der Grundsatz „Don't feed the troll“, also das Ignorieren absichtlich polarisierender Inhalte, um die Schreibenden nicht noch zusätzlich anzuspornen. Verfolgt man diese Taktik, so bleibt ein geplant manipulativ platzierter Beitrag einfach unkommentiert stehen.

9 Heute, als Blogger tätig, verfasst er Texte wie „Flüchtlinge - Alles geplant im Pentagon?“ oder „Multikulti und Demokratie sind nicht kompatibel.“

10 Die JA ist die satzungsmäßige Jugendorganisation der AfD.

11 <https://faktenfinder.tagesschau.de/inland/manipulation-wahlkampf-103.html>

12 Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D): 30. Jahrgang 2018, S. 171.

Das Ergebnis ist zum einen ein verzerrtes Meinungsbild in unseren Kommentarspalten. Wenn in einer Diskussion viele Kommentare negativ sind, so entsteht bei den Leser*innen unweigerlich der Eindruck, dass ein großer Teil der Gesellschaft das besprochene Thema eben negativ beurteilt. Wenn diese Kommentare nun auch noch respektlos, abwertend und aggressiv formuliert sind, vielleicht sogar zu Gewalt aufrufen, dann wird damit zum anderen unterschwellig der Eindruck vermittelt, dass diese Reaktion gesellschaftlich toleriert werde. Entsteht dieser Eindruck, dann lädt er dazu ein, die eigenen üblichen Ansprüche an Austausch und Miteinander über Bord zu werfen und auch mal vom Leder ziehen zu können, denn: die Masse scheint es zu legitimieren und „die haben es ja verdient!“. Hier entsteht eine starke Gruppendynamik, die hässliche Züge annehmen kann und jetzt schon dort ein Problem ist, wo tatsächlich eine große Gruppe so denkt. Völlig absurd wird es aber im oben beschriebenen Kontext, wo solche scheinbaren „Massenmeinungen“ oft auf nichts weiter basieren als auf Massen an Fakeprofilen, hinter denen in Wirklichkeit nur eine Handvoll echter Menschen stecken.

Der Tatsache, dass unter den aktuellen Bedingungen der sozialen Medien der erste Eindruck einer Kommentarspalte wenig bis nichts über die tatsächliche gesellschaftliche Meinung aussagt, muss man sich bewusst sein. Die meist still mitlesende - oder teilweise in solchen Netzwerken auch gar nicht präsente Gruppe - der vernünftigen, grundgesetzachtenden Menschenrechtsfreund*innen ist immer um ein Vielfaches größer als die der hetzenden Minderheit.

Und auch Gegenrede kann ein probates Mittel gegen Meinungsmache im Netz sein: Wer Hass und Hetze im Netz widerspricht, der zeigt den Mitlesenden, dass diese Haltung eben nicht die Mehrheitsmeinung darstellt und nicht toleriert wird. Wer sachliche und konstruktive, lösungsorientierte Kommentare schreibt oder digitale Zivilcourage zeigt und Menschen unterstützt, die unfair angegriffen werden, zeigt allen anderen - auch den „besorgten Bürgern“ - andere Perspektiven auf. Gesellschaftlicher Diskurs kann nur miteinander funktionieren, was auch heißt, dass ein destruktiver Kommentar eine kritische aber konstruktive Antwort braucht.

In Fällen, in denen der Eindruck entsteht, dass dieses Vorgehen nicht mehr sinnvoll ist (man denke an Fälle, in denen vom Gegenüber Beiträge verfasst werden, die man für strafrechtlich relevant hält), kann zivilgesellschaftliches und couragiertes Handeln auch im Melden der Beiträge zum Beispiel an die Meldeplattform hassmelden.de bestehen. Diese zeigt, zusammen mit der Meldestelle respect! im Demokratiezentrum Baden-Württemberg, die Verfasser*innen von Beiträgen mit strafrechtlicher Relevanz an. So können mit den Meldungen strafrechtliche Konsequenzen für Straftäter*innen im Netz ausgelöst werden, und der Anschein, dass das Netz rechtsfrei ist, kann genau zu diesem gemacht werden: einem Schein.

Das Internet ist kein Ort der Unanständigen, kein Ort der Lauten und kein Ort der Unvernünftigen, auch wenn diese exakt diesen Eindruck erwecken möchten. Das Internet ist in weiten Teilen ein Raum der Vernünftigen und Anständigen, ein Raum derer, die das Grundgesetz bejahen und für Menschlichkeit und Respekt einstehen - und unsere Gesellschaft ist es erst recht.





Landesarbeitsgemeinschaft
Mobile Jugendarbeit/Streetwork
Baden-Württemberg e.V.

Heilbronner Straße 180 ■ 70191 Stuttgart
Postanschrift: Postfach 10 11 51 ■ 70010 Stuttgart

Telefon: 0711-1656-474
Fax: 0711-1656-329

E-Mail: servicestelle@lag-mobil.de

www.lag-mobil.de